

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, R. Holtzmann, P. Joachimsen, H. Lietzmann, Ed. Meyer †, H. Oncken, F. Philippi, F. Schneider, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a.
herausgegeben von Dr. E. Ebering.

Heft 201

Welt- und Staatsideen des deutschen Liberalismus in der Zeit der Einheits- und Freiheitskämpfe 1859–1866

Ein Beitrag zur Soziologie des deutschen
politischen Denkens

Von

Dr. Hansgeorg Schroth

BERLIN

1931

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.

Vaduz

1965

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America

Inhalt.

	Seite
Vorbemerkung	5
1. Kapitel. Die geistig-politische Polarität des XIX. Jahrhunderts.	
1. Abschnitt. Der deutsche Idealismus, die Romantik und der Historismus und ihre Staatsideologien	11
2. Abschnitt. Hegel und die geistig-politische Polarität des XIX. Jahrhunderts	23
3. Abschnitt. Der Weg der Verwirklichung	31
2. Kapitel. Die historische und gesellschaftlich-zivilisatorische Struktur der „Neuen Aera“.	
1. Abschnitt. Die historisch-soziologische Anfangskonstellation der „Neuen Aera“	34
2. Abschnitt. Historischer Abriß der „Neuen Aera“	46
3. Abschnitt. Die gesellschaftlich-zivilisatorische Struktur der „Neuen Aera“	59
3. Kapitel. Welt- und Staatsauffassung des deutschen Liberalismus der „Neuen Aera“.	
1. Abschnitt. Die Welt- und Staatsauffassung des deutschen Liberalismus der „Neuen Aera“	75
2. Abschnitt. Das politische Handeln der Liberalen in der „Neuen Aera“	90
3. Abschnitt. Die soziologische Bedeutung der „Neuen Aera“	95
Anmerkungen	103
Literaturverzeichnis	112

Digitized by the Internet Archive
in 2024

Vorbemerkung.

Die Bildung eines spezifisch politischen Denkens ist eine der kennzeichnendsten Tatsachen im deutschen Geistesleben des 19. Jahrhunderts, zugleich aber seine Differenzierung in ein konservatives und in ein liberales politisches Denken. Nur innerhalb einer geistig-politischen Polarität zwischen diesen beiden Denkstilen kann das politische Leben Deutschlands während des vergangenen Jahrhunderts verstanden werden.

Die umfassende Aufgabe wäre eine Morphologie dieser beiden Denkstile, wie sie sich aus der soziologischen Konstellation der Neuzeit und der politischen Geburt Europas herausbildete. Diese kann hier nicht geleistet werden, da sie anknüpfen müßte an die soziologische Bedeutung und Andersartigkeit der Neuzeit gegenüber dem Mittelalter. Notwendig scheint nur, darauf hinzuweisen, daß die soziologische Bedeutung der Neuzeit — und damit auch die eines politischen Lebens überhaupt, das mit ihr zugleich entsteht — darin zu sehen ist, daß der Mensch sich als eines Eigenwesens bewußt erlebte und von sich selbst aus die Neuordnung der Welt als Dasein vollzog.

Diese Selbstentdeckung des Menschen ist ein gesamteuropäisches Phänomen, in dem alle Entwicklungsverschiedenheiten in den einzelnen Lebensgebieten ihre letzte Einheit finden. Die Gemeinsamkeit sämtlicher Entwicklungsreihen: Ausdruck und fortwirkendes Gestalten jener umwälzenden Bewußtseins-

hellung des Menschen über sich selbst zu sein, ist die führende, aber von da ab nicht die einzige. Gemeinsam sind fortan jene Kräfte vor allem, in deren Zusammenhang diese Bewußtseinsaufhellung steht, nämlich die jener Bewußtwerdung der menschlichen Umwelt, der Natur, und die jener besonderen Beherrschbarkeit der Natur, die mit der kapitalistischen Wirtschaft entsteht. Alle diese Kräfte haben sich über ganz Europa erstreckt, mehr oder minder frei sich entwickelnd. Und die von ihnen in Gang gebrachte Umformung der Gesamttatsache Leben ist eben gemeinsames Werden. Schon in dieser bestimmten Art des Entstehens von Europa liegt die Forderung der schicksalhaften Einheit dieses Kontinents, die jetzt wieder von neuem bewußt wird.

Sieht man nun in dieser gesamteuropäischen Sicht die Entwicklung des 19. Jahrhunderts für Deutschland als ein Ganzes, so kann man diese als die Entwicklung der Herauslösung des Menschen aus einer festgefügtten, durch starke Tradition aufrecht erhaltenen, einheitlichen und engumgrenzten Lebensordnung ansehen; zugleich aber auch als den Versuch, vom einzelnen Menschen aus unter Berücksichtigung des gewordenen Daseins eine neue Lebensordnung aufzubauen, in der der einzelne Mensch nicht wie bisher eingefangen ist in eine starre Gesellschafts- und Wirtschaftsgliederung, sondern frei aus sich selbst die Ordnung sich schafft, in der er existieren will. Herauslösung aus den ständischen Lebensformen und Hineinleben in die freiheitliche Lebensgestaltung, als welche sich diese Entwicklung konkret zeigt, sind aber nicht spezifisch deutsche Entwicklungsperioden, sondern gesamteuropäisches Schicksal. Nur die Art, in der sich dieses Schicksal in Deutschland prägte, läßt von einer spezifisch deutschen Entwicklung sprechen. Sie wird in der Historie mit den Begriffen Einheit und Freiheit umschrieben, die in ihrer gleichberechtigten Nebeneinanderstellung jene Polarität bezeichnen, von der hier die Rede sein soll.

Im Gebiete des engeren Politischen aber emaniert diese Polarität sich in der Auseinandersetzung mit den modernen Staatsprinzipien, die aus der Situation der Zerstörung und Auflösung der ständisch gebundenen Gesellschaftsordnung und der

Errichtung der freien Gesellschaft entspringen. Zusammen mit der Auflösung der ständischen Gesellschaftsform fiel bekanntlich auch deren feudale und zünftlerische Gliederung, also alle diejenigen Fesseln, in die der Einzelne durch seinen Beruf oder seine Person gebunden war. Das führte zur Freisetzung der Individuen und der Berufsarten, zur Freisetzung vor allem der Wirtschaft. Diese konnte sich nun nach den ihr immanenten Entwicklungssätzen entwickeln. Die zünftlerische Ordnung der Wirtschaft wurde durch die der „freien Konkurrenz“ ersetzt. Damit ist das ganze Leben dem Individuum anheimgegeben, das in zwei Sphären existiert: in der privaten, sehr ausgeweiteten und in der öffentlichen, der auf den Staat und dessen Formung bezogenen. Dieser Trennung des individuellen Lebens in privates und öffentliches entspricht die Trennung vom staatlichen und wirtschaftlichen Leben, die Trennung aber auch von Staat und Kirche, Staat und Kultur. Das Herauslösen dieser Lebensgebiete aus der Verwaltungsautonomie des Staates allein schon hätte eine Neuformung desselben bedingt.

Damit wurde der Staat lediglich ein Gehäuse, das die Gesellschaft freier Individuen umschließt und jeweils den Wandlungen derselben Raum geben mußte. Ob nun die Gesellschaft sich engere oder weitere konkrete Aufgaben stellte, stets bleibt der Staat nur der Zusammenhalt der Gesellschaft. Als solcher ist der Staat nur Funktion, seine Funktion aber ist die Erhaltung der Gesellschaft nach innen und nach außen, d. h. er hat die Aufgabe, darüber zu wachen, daß die einzelnen Individuen gegenseitig ihre Freiheits-Grenzen respektieren und daß die Gesellschaft nach außen geschützt ist, damit das Individuum sich frei entwickeln könne. Die reale Ordnung, mit der diese Funktion der Sicherheit nach innen und außen aufrecht erhalten wird, ist das Recht. Der Sicherheit gewährleistende Staat ist ausschließlicher Rechtsstaat, ausschließliche Sicherheitsfunktion, Selbstschutz der Gesellschaft. In welcher Art jedoch diese Funktion ausgeübt wird, was Rechtens sein solle, hängt von der Gesamtheit der Gesellschaft, von der „volonté générale“ ab. Sie als die Gesellschafts-Vernunft trägt in sich das „natürliche Recht“, aus dem heraus die positive Rechtsordnung der Gesellschaft gemäß den auszubalanzierenden

Interessen der Individuen nach dem Gesetz des „ordre naturel“ errichtet wird. Aus dieser Staatsideologie mußten nun die Staatsprinzipien für alle möglichen Regierungsformen generell geschaffen werden.

Es sind deren drei: die Menschen- und Bürgerrechte, das Majoritätsprinzip und der Nationalitätsgedanke. Die Morphologie dieses politischen Denkstiles nun, der hier seinen soziologischen Standort hat und als Liberalismus bekannt ist, verlangt die Rekonstruktion seiner historischen und sozialen Verwurzelung, die Rekonstruktion aber auch seines Gestaltwandels, der immer dann eintrat, wenn sich das soziale Schicksal der ihn tragenden Gruppen änderte. Eine solche Rekonstruktion wird sinnvoll, wenn man dadurch die Strahlungskraft und den Ausbreitungsradius ermessen kann, den dieser politische Stil bis in die Gegenwart gehabt hat. Denn daß mit ihm auch unser gegenwärtiges politisches und soziales Schicksal verbunden ist, bedarf keiner weiteren Beweisführung. Gerade heute, wo der Liberalismus wieder aufgerufen wird, die gegenwärtige politische und soziale Verworrenheit zu lösen, ist die Besinnung auf seine Gestalt notwendig. Aber aus der großen Aufgabenkette, die mit dem Gestaltwandel des deutschen Liberalismus gegeben ist, sei nur ein Teil hervorgehoben. Und zwar jener Liberalismus, der von der Historie als der der „Neuen Aera“ gekennzeichnet wird — der nachrevolutionäre Liberalismus, der dann zum Nationalliberalismus wird. Gerade jene Phase des Liberalismus scheint insofern von besonderer Bedeutung zu sein, als mit ihm und seinem Schicksal die Würfel gefallen sind darüber, ob Deutschland eine demokratisch-politische Entwicklung nehmen wird oder nicht. Der Ausgang dieser Entwicklung ist bekannt und zeigt Verfall. Hier in der „Neuen Aera“ schon scheinen die soziologischen Gründe dieser Entwicklung offen zu liegen.

Zur Lösung dieser Aufgabe reicht aber nicht aus, was durch die Historie verarbeitet ist. Eine solche soziologische Analyse des historisch-politischen Denkens setzt voraus die Erfassung des Lebens als einer bewegten Totalität, eines umfassenden Erfahrungszusammenhangs. Dem Soziologen ist jede Denkart nicht die immanente Entfaltung einer Idee, son-

dern das Korrelat zu einem ganz bestimmten lebendigen Tatsachenzusammenhange, zu einer ganz eindeutig erfassbaren, konkreten historischen Situation. Diese Zusammenhänge aber sind ihrerseits nichts anderes als Ergebnisse der Versuche von kollektiven Gesellschaftskräften, sich in ihrem Dasein und ihrer Historizität, d. h. also in der Welt der sich stets verändernden geistigen und sozialen Wirklichkeit zu orientieren. Nur mit einer Totalitätsanschauung, wie sie die Kultursozio¹logie pflegt, vermag hier die Einheit von gesellschaftlicher, zivilisatorischer und kultureller Entwicklung erfaßt werden. Das jeweilige Resultat ist die Gestalt, in der ein Denkstil auftritt in unlösbarem Zusammenhang mit der Struktur, die die ihm korrelierte Wirklichkeit zeigt. Hier gilt es nun, jene letzte Phase des idealistischen deutschen und preußischen Liberalismus deutlich werden zu lassen, die sich in den Jahren von 1859—1866 abspielte. D. h. der Liberalismus jener Jahre soll verstanden werden als ein bestimmter Kulturausdruck des deutschen Kulturtyps vom 19. Jahrhundert.

Um das politische Handeln jener Liberalen zu verstehen, die Träger des liberalen Kulturwollens sind, bedarf es dazu einer eigenen Gestaltung der kultursozio¹logischen Methode. D. h. es wird innerhalb des Geschichtskörpers Preußen-Deutschland, der für alle Menschen zwischen 1859 und 1866 derselbe war, die Besonderheit jenes Welt- und Ichbildes herausgestellt werden, mit der die Liberalen ihr Lebensaggregat beherrschten. Aus der Dynamik dieser beiden wird das spezifisch liberale Kulturwollen erkannt, von dem aus dann der Teil des gesellschaftlichen Lebens erfaßt wird, in dem die Politik sich abspielt, der Staat. Damit spezialisiert sich also die Aufgabe dahin, aus der Einheit der liberalen Kulturabsicht heraus die intellektuelle Formung des politischen Wollens der Liberalen zu verstehen. Der Liberalismus jener Zeit besaß ein bestimmtes politisches Wollen und eine dazugehörige Staatsideologie, d. h. die intellektuelle Formung der Lebenssymbolik in Bezug auf den Staat. Diese steht im Mittelpunkt der Verständlichmachung, und darnach richtet sich auch das Vorgehen in der Einzelanalyse. Die letzte Ausrichtung der Einzelanalyse auf das Politische bedingt die Mittelstellung dieses Politischen.

Begonnen werden soll diese Analyse mit der Darstellung jenes Kulturgutes, mit dem die Liberalen der damaligen Zeit sich auseinanderzusetzen hatten. Und das aus einem bestimmten Grunde. Um den Ort zu bestimmen, an dem jene liberale Periode von 1859—1866 im Ganzen des XIX. Jahrhunderts steht, ist es notwendig, die Einheit des XIX. Jahrhunderts gleichsam als den Hintergrund jenes Zeitabschnittes aufzurichten, die als soziologische Einheit in dem hier gemeinten Sinne die kulturelle Einheit ist, also die Art der Darstellung von der Typik des kulturellen Wollens jenes Jahrhunderts empfängt. Damit soll die Sinneinheit des 19. Jahrhunderts klar werden, aus der jene zwei geistigen und geistig-politischen Willensströme fließen, die ihrerseits die geistig-politische Polarität des Jahrhunderts erzeugen, die dann das Kulturgut des Liberalismus bedeuten. Von hier aus wird sich erweisen, inwiefern der Zeitabschnitt der „Neuen Aera“, der hier aus Gründen der inneren Einheit bis zum Jahre 1866 ausgedehnt und von seiner Begrenzung auf Preußen zu Deutschland erweitert wurde, eine letzte Phase ist, nicht aber wie die Historie es will, ein „Neues“, vor allem nicht der Beginn einer neuen „Aera“ in dem Sinn, in dem die Historie es bisher dargestellt hat. Das „Zeitalter der Einheit und Freiheit“, wie es von der Historie bezeichnet wird, findet in jenen Jahren sein Ende durch die besondere historisch-soziologische Konstellation jener Jahre. Damit ist der reale Sinn angedeutet, mit dessen „Vision“ an das ganze Unternehmen herangegangen wurde, die ihre konkrete Gestalt durch diese Art der Darstellung und jene kultursoziologische Methode erhalten soll. Das Verstehen der deutschen Politik jener deutschen und preußischen Liberalen der Jahre 1859—1866 aus ihrem kulturellen, sinnerfüllten Wollen begreiflich zu machen: das ist die Aufgabe.

1. Kapitel.

Die geistig-politische Polarität des XIX. Jahrhunderts.

1. Abschnitt.

Der deutsche Idealismus, die Romantik und der Historismus und ihre Staatsideologien.

Die Gestalt des deutschen Liberalismus der Bismarckschen Preußenzeit bekommt Leben und Farbe, wenn man sein Verwurzelteisein in der geistig-politischen Polarität des XIX. Jahrhunderts kennt. Diese Polarität selbst ist in keinem europäischen Lande in dieser Intensität zu finden, da in keinem Lande Politik und Metaphysik so eng verbunden waren wie in Deutschland. Das Eintreten für ein politisches Prinzip war gleichermaßen ein Kampf um Weltanschauung. Und was sich zuerst im deutschen Idealismus, in der Romantik und im Historismus manifestiert, bleibt lange noch Inhalt alles weiteren Denkens und auch der politischen Ueberzeugung. Es geht in dem allen um die Form und Gestalt des Lebenssinnes, den man nicht mehr nur eindeutig, autoritativ festgelegt vorfand, sondern den man sich selbst erkämpfen mußte. Vor allem ging es um zwei grundsätzliche Haltungen, die man dem Leben gegenüber einnehmen konnte: jener Deutung des Lebens als eines sinnvollen aus dem Glauben an eine übersinnliche Macht, die die Welt und den Menschen in ihrem Sosein und Dasein geordnet hat, daß man an ihr grundsätzlich nichts ändern, sondern nur in ihr leben und wirken kann — und jener Ueberwindung der Welt, indem man sie weltlich nahm, indem man den in ihr lebenden Menschen die Möglichkeit zusprach, aus der Welt zu machen, was im Menschen liegt. Die geistige Auseinandersetzung mit diesen Haltungen beginnt nach der französischen Revolution

in Deutschland im alten und neuen Preußen. Die politische und soziale Erschütterung, die in den deutschen Landen durch die napoleonischen Kriege und durch die französische Herrschaft stattfand, ist korrelat mit der Erschütterung, aber auch mit der ungeheuren Verfestigung geistigen Lebens, wie es sich in Idealismus, Romantik und Historismus doch letztlich ausprägte und den geistigen Hintergrund für alles weitere deutsche Geschehen bildete. Ein bestimmter Kulturtyp ist es, der jene Ausbildungen trägt, ein politischer Menschentyp, wie ihn andere europäische Völker nicht kannten. Von Humboldt, Fichte angefangen über Stein, Gneisenau und all die bekannten Namen bis ins 20. Jahrhundert hinein finden sich dieselben Strukturelemente, abgewandelt allerdings und oft zerstört.

Jener Kulturtyp² zeichnete sich durch eine ungeheure intellektuelle Universalität und durch ein entsprechendes seelisch-tiefes, totalitätsbewußtes Menschentum aus. Man hat diese intellektuelle Universalität klassisch, die spezifisch seelische Formung humanitär genannt und man kann diese Begriffe auch soziologisch auf jenen Kulturtyp anwenden, wenn man sich bewußt bleibt, daß das ihm zugrunde liegende Lebensgefühl ein starkes Bewußtsein von einer übersinnlichen Sinnhaftigkeit des Lebens ist. Klassizismus und Humanität sagen aus, daß jene Menschen in sich jene Einheit der Kultur trugen, die im Zusammenhang von klassisch-intellektueller Universalität und humaner seelischer Formung entsteht und das bildete, was man Persönlichkeit nennt. Diese Vereinigung von universeller Aufgeschlossenheit dem Sein gegenüber und zugleich einer geistig-seelischen Distanzierung demselben Sein gegenüber, diese letzte Vereinigung der verschiedensten menschlichen Welten und ihrer Gegensätzlichkeiten in einem Kosmos, der sich in diesen Welten dann entfaltet und in ihnen „erscheint“, immer wieder vom Einzelnen als Ganzes erfaßt und im täglichen Leben und Handeln erlebt werden will, jene Totalitätsschau also ist der stärkste Ausdruck jener übersinnlichen Sinnhaftigkeit des Lebens, die diesen Kulturtyp bildete. Ein ungeheurer kultureller Reichtum liegt in ihm ausgebreitet. Diesem zufolge ist auch die optimistische Bildungsfreudigkeit

zu verstehen, aber zugleich auch die etwas satte Zurückschau des Einzelnen in sich selbst, das ein wenig mystische Spiel freier Gedanken, die zu unabhängig sind, um nur autoritätsgläubig zu sein, aber auch zu aristokratisch, um in der Wirklichkeit nur die harten Bedingungen des Lebens zu erkennen. Gerade diese Charakterisierung zeigt das Kulturbewußtsein, das „bei aller Versenkung in das reine Subjekt sich selbst nie verstehen kann, weil es die Welt nicht verstehen mag, aus der es erwachsen ist“³. So stellt sich dieser Kulturtyp dar als eine eigentümliche Vermischung von individualistisch-philosophischer Aufklärung und protestantischer Religiosität in bürgerlicher Form. Dieser Typ aber ist im Gegensatz zu Frankreich nicht eine Ablösungsform höfischer Kultur (deren Formen und Moden in Deutschland bis zur Selbstbewußtwerdung des Eigenen nur äußerlich nachgeahmt wurden), sondern Ansatzpunkt einer neuen Bildung, die zunächst ihrer gesellschaftlichen Bindung entsprechend in idyllischer, sinnig-inniger Gefühlsmittelmäßigkeit befangen ist, diese aber durch das äußere Schicksal rasch überwindet und zur Persönlichkeitskultur führt⁴. So ist es berechtigt zu sagen, daß „der Sieg des Bürgertums in Frankreich den Abbruch, in Deutschland den Beginn einer großen Kultur-epoche“ bedeutet⁵. So bildeten die „Gebildeten“ in ihrer Zeit eine „Gesellschaft“ eigener Art, die nicht durch reine Standesherkunft oder nur wirtschaftliche und politische Interessen bestimmt wurde, sondern durch allgemeinen Bildungsdrang, der sich so lange ungehindert auswachsen konnte, als er nicht durch besondere gesellschaftliche und zivilisatorische Kräfte abgelenkt wurde, der aber nur auf Grund einer ständischen Lebensaggregation möglich war. Denn noch hatte in Deutschland das Erwerbsleben nicht seine rein-kapitalistische Eigen-gesetzlichkeit erreicht. So lange aber konnte diese Schicht von Bildung und Besitz jene paradiesische Insel des Wissens und Glaubens in dem Meere des Seins bilden, die allein jenes noch fast vorkapitalistische Bürgertum sein eigen nennen konnte. Die Veränderung aber im staatlichen Lebensraum, die man durch den Napoleonismus erfuhr, rief ein erneutes Realitätsbewußtsein vom Leben wach. Nun stand zugleich das Neue unvermittelt vor diesem Kulturbild und forderte Einordnung. Man

weiß, wie z. B. im Westen Deutschlands die Einführung des Code civil gewirkt hat. Damit wurden aus diesem Kulturtyp und von ihm die Gegenkräfte⁶ ausgelöst, von denen nun zu sprechen ist als dem ideologischen Kulturgut des Liberalismus.

Die Auslösung der Gegenkräfte, historisch von der Veränderung der Gesamttatsache Leben abhängig, knüpft natürlich in diesem geschilderten Kulturtyp an jene kulturellen Ausdrücke der deutschen Aufklärung und des deutschen Pietismus an. Sie sind insofern soziologisch derselben Grundhaltung der übersinnlichen Sinnhaftigkeit des Lebens entsprungen und bekommen in ihrer spezifischen Formung ihre bestimmte Intellektualisierung und von neuem eine Sinngebung, je nach dem Vorstellungsbilde, das man sich bei dieser Sinngebung von der Gesamttatsache Leben gemacht hat. So ist es auch bei den Formungen des deutschen Idealismus und der Romantik.

Beiden geistigen Formungen sind nicht nur das Aeüßerliche ihrer Entstehung im deutschen Osten als Ausdruck einer Lebensformung eines Koloniallandes⁷ gemeinsam, sondern auch die politische Ausprägung ihrer Ideen durch den Einfluß der französischen Revolution und des Napoleonismus⁸. Beide haben das deutsche Staatsleben des XIX. Jahrhunderts getragen, beide wurden die geistigen Bildner des deutschen Nationalgedankens. Entscheidend jedoch sind nicht diese historischen Gemeinsamkeiten, sondern vor allem die soziologischen. Denn beide sind Ausdrücke für die Hineinnahme der gesellschaftlichen Lebenszusammenhänge in das aufgeschlossene bewußte Erleben des einzelnen Menschen in ihrer historisch gewordenen und loseseienden Form, die Aufnahme gerade der gesellschaftlichen Lebensstatsachen in das intellektuelle Bewußtsein und in die seelische Willens- und Erlebnissphäre. Damit aber die Hinaufhebung dieser gesellschaftlich (volkheitlich-staatlich) gesehenen Gesamttatsache Leben in die Sinneinheit, die als die übersinnliche Sinnhaftigkeit des Lebens gekennzeichnet wurde. Auch die Gesellschaft ist nichts als Erscheinungsform, wie auch der Einzelmensch, so daß jetzt also alles kulturelle Wollen Produkt der realen gesellschaftlichen Kräfte und dieser verabsolutierten intellektuellen und seelischen Formung des Einzelmenschen und dessen Verhaftetsein mit seiner Umwelt ist.

Damit verbunden ist das gemeinsame Abrücken beider Formungen von dem rein individuell-rationalen Denken der harmonistisch-individualen Aufklärung und ihre Konstituierung in einem neuen totalitätsgebundenen Denken. In bezug auf die Wirklichkeitsgestaltung gehen dieses Totalitätsdenken und diese Totalitätsanschauung in ihren beiden Prägungen auf eine sittliche Erneuerung des Einzelmenschen, der Menschheit und einer völkischen Wiedergeburt aus.

Im einzelnen aber weisen der idealistisch-ethische und romantische Subjektivismus⁹ als Intellektualisierungen und Ideologien jener Symbolwelt der Uebersinnlichkeit allen Lebens verschiedene Züge auf. Schon äußerlich zeigt sich der deutsche Idealismus als die rationale, die Romantik als die irrationale Prägung jener Sinnhaftigkeit.

Indem der Idealismus in seinem Denken von der Vernunft ausgeht, wird die Vernunft die vermittelnde Kraft, mit deren Hilfe das Bewußtsein die objektive Wirklichkeit erfaßt und als Ganzheit in seine Einheit erhebt. Die Bewußtseinseinheit ist das sinnerfüllende Zentrum, von dem aus gesehen die Ganzheit der Objektwelt Erscheinungsform dieses Sinnes ist. Es herrscht damit Identität zwischen der subjektiven Bewußtseinseinheit und der Ganzheit der erscheinenden Objektwelt, d. h. die Vernunft wird als wirklich vorgestellt. Die Vernünftigkeit ist die Sinnerfüllung, und alles Sein ist durch die Vernunft als Wirklichkeit sinnerfüllt. Was sich entfaltet, ist für den Idealismus die sittliche Vernunft, unter welcher der Mensch als ein einzelnes Wesen seine volle Bedeutung erst erhält. Der Mensch ist als Subjekt sowohl Sein als auch Erscheinung, immer aber sittlich-vernünftiges Sein, immer erfüllender Träger des Uebersinnlichen, hier in der Form von Vernunft und Sittlichkeit. Gerade durch diese rational-formale Bestimmung unterscheidet sich der Idealismus von der Romantik. Denn jene Erkenntnis des Menschen als Icheinheit und seine Verbundenheit mit der Objektwelt tritt letzten Endes ganz in den Hintergrund. Der Weg geht beim Idealismus stets nur vom Subjekt, von der Bewußtseinseinheit, (die zugleich Sinneinheit ist), zur Objektwelt, von da aber nicht mehr zurück. Er vergißt die notwendige Prägung, die das Subjekt realiter durch die Objektwelt erfährt.

Aus der Fülle der Objekte wurde nur das entnommen, was allgemein-menschlich, d. h. vernünftig, also stets bestimmte Erscheinungs- und Entfaltungsform des Uebersinnlichen war. Dabei ist alles Historische und historisch Individuelle nur unendlicher Ausdruck eines und desselben Prozesses, eben der Entfaltung des Geistes, der vernunftbestimmten Sittlichkeit. Damit ist reale Gleichheit ausgeschlossen, nur gleiche Verpflichtung in unendlichen Ausdrücken gemeint; darum auch ist der Freiheitsbegriff umgebogen zu der verpflichtenden Freiheit des Einzelmenschen, seine sittlich-vernünftige Bestimmung in größtmöglicher Vollkommenheit zur Darstellung zu bringen als Form der Entfaltung des „Geistes an sich“.

Sieht man in dieser Art und Weise den deutschen Idealismus als Ganzes, so ist er selbst Ausdruck jenes kulturellen Wollens, das aus der Sinnhaftigkeit des Lebens in einem Uebersinnlichen entspringt und die Synthese von Seele und Welt in der Symbolik des sittlichen Geistes, der sittlichen Vernunft vollzieht. Diese Synthese bestimmt, daß der einzelne Mensch als Subjekt kraft seiner Vernunft und in ihr erkennt, welchen Sinn das gesamte Leben habe, nämlich unendliche Erscheinung zu sein für das „An-sich“ des Lebens, den Geist. Der Geist ist es, indem die volle, allzeit seiende Einheit der Gesamttatsache Leben liegt, so wie sie sich historisch dann entfaltet. Der Geist aber stellt sich selbst dar in der Bewußtseinseinheit des Menschen, im Ich, vollzieht dort die Erkenntnis des Wesens der Erscheinungswelt und identifiziert in der Vernunft Sein und Erscheinung als eben jene Entfaltung des Geistes. In der Identität wird die Subjekt-Objekt-Spannung aufgehoben und die Totalität des Lebens in Vollkommenheit und Harmonie ausgebildet. Diese Ausbildung hat im einzelnen Menschen jeweils zu geschehen und ist als solche eine sittliche. Erst der Mensch, der sich so zur Universalität in Vernunft und Sittlichkeit ausbildet, ist Persönlichkeit. Denn sittlich ist alle Erhebung des Seins in den Geist, in die Totalität, die als metaphysische ihren Wert als gute und schöne erhält. Das soziologisch Entscheidende dieser Totalitätsanschauung in der intellektualisierten Form des Rationalismus ist eben die Umformung des europäischen, na-

türlichen Freiheitsgedankens ins Metaphysische. Von hier aus wird dann die idealistische Staatsideologie verständlich werden.

Um die vollkommene und harmonische Durchbildung des Menschen in Vernünftigkeit und Sittlichkeit zur Persönlichkeit darzustellen, bedarf der Mensch der Freiheit. Freiheit aber nicht, um lediglich tun zu können, was man wolle, in dem Bewußtsein, daß alles Tun von selbst in einem „ordre naturel“ eingeordnet ist, sondern um gleicherweise wie jedes andere Subjekt erfüllen zu können, was seine ihm vorgesetzte Bestimmung, sozusagen seine vorstaatliche Menschenpflicht ist. Von dieser größtmöglichen Entfaltung der sittlichen Vernunft in der Persönlichkeit geht nun der Aufbau des Staates aus. Der Staat ist auch hier zunächst Funktion: er schützt durch seine Rechtsordnung seine Bürger in ihrem materiellen Besitzstand und ihrer Sicherheit nach innen und außen, damit diese ihre sittlichen Aufgaben zu erfüllen vermögen. Innerhalb dieser Ordnung wird allen Interessen freie Entfaltung gewährt, denn die Interessenkämpfe in der menschlichen Gesellschaft werden als die Erwecker sittlicher Kräfte und Bildner sittlicher Werte angesehen. Der Staat hat die höchstmögliche Entbindung sittlichen Handelns zu gewährleisten. Der idealistische Staat in seiner ersten Prägung kennt aber nur ein funktionales Sein, das lediglich im Hinblick auf die sittliche, vernünftige Totalität des Seins existiert. Im Zusammenhang mit der damaligen Lebensaggregation läßt sich dieses Staatsdenken dann verstehen, wie es von Böttger formuliert wurde: „Jedenfalls in einer Zeit entstanden, in der ein öffentlich-politisches Leben in Deutschland nicht existierte, im Innersten jeder revolutionären Tendenz feindlich, aber gesättigt mit allen Ideen, die im Auslande im Sinne gesetzlicher politischer Freiheit gewirkt hatten, war es diese Philosophie, die mit einer Entschiedenheit, wie keine der vorhergehenden Zeit den Menschen aus sittlichen Motiven heraus auf den Staat verwies zu pflichtmäßiger und freier Arbeit an der Herstellung eines Zustandes der möglichsten Uebereinstimmung der Verfassung mit Rechtsprinzipien, „als nach welchen zu streben die Vernunft durch einen kategorischen Imperativ verbindlich macht“.

Die andere Ausprägung der neuen Totalitätsanschauung war die Romantik. Als Gesamtphänomen erfaßt, stellt sie sich gleichzeitig als historisches Individualitäts- und Totalitätserfassen dar. So geht sie vom Ursprünglichen, Unmittelbaren, Gewachsenen und Wachsenden, vom Dynamischen des Lebens selbst aus und sieht in ihm erst den einzelnen Menschen mit seiner Vernunft. Das Individuum ist nicht Subjekt zunächst irgendeines Uebersinnlichen, sondern wird als lebendiges Ich mitgesehen mit und in allem anderen Sein. Als Ich findet es die Einheit stets nur in der lebendigen Fülle. Das Ich wird so als Totalität Qualität, ist immer neue Substanz, nicht Träger einer Vernunft oder bloßer Ichpunkt. Das Ich ist immer qualitativ Totalität der Fülle des Seins, Sein aber ist das naturale und das in der Historie gewordene gesellschaftliche. So sieht sich der romantische Mensch historisch, „milieu“-gemäß gebunden. „Historie gibt es dort, wo das Individuum mit seinem Zentrum sich in einen übergeordneten kausal-historischen Zusammenhang einbettet, den es aus dem Erlebnis seiner Konkretheit hervorbringt“¹⁰. So ist also das Erlebnis des konkreten Seins zugleich Erlebnis des vergangenen, im tiefsten also Erlebnis des Lebens überhaupt. Dieses Erlebnis des Lebens in all seiner Fülle macht das typisch-romantische Lebensgefühl aus. Daher schließt die romantische Haltung absolute Bindungen aus: Erlebnis ist nur und nur individuell. Hingabe an Normen, erfülltes Wollen kann nicht Endpunkt sein. Die Fülle des Seienden reißt das erlebende Ich von einer Form zur anderen, immer neue Welten in sich aufnehmend und als Totalitäten schöpfend. Die Dynamik des Seienden fließt in allen Erscheinungsformen durch das totalitätshungrige Ich, ohne ihm in irgendeiner Totalität Ruhe zu geben. So wird zuletzt dieses Schweben von Einem zum Andern Sinn des Lebens. Der jederzeit neuerschaffene Vollzug des „genialen Ich“, in jeder Form der Fülle Totalität zu sein und diese Totalität als sittliche zu sehen, ist Sinn des Lebens. Im Erleben erst wird die Welteinheit geschaffen, Erleben nicht als Vernünftigkeit, aber als sittliches Erleben, ist es, die jene „Okkasionalität“ erzeugt, von der Schmitt-Dorotic spricht. Im Unterschied zum Idealismus, der in der Vernunft ein ewiges, allgemein-gültiges Prinzip seiner Einheit gefunden

hatte, verliert sich das romantische Subjekt an die Fülle der Objektivitäten, ohne sie ordnend oder verabsolutierend in sich aufzunehmen. Damit wird das Subjekt selbst letzte Instanz, das frei schöpferische „geniale Ich“, das alles Bestehende nun nur noch auf sich bezieht und damit relativiert. In diesem Sinn ist Romantik „subjektiver Okkasionalismus“, d. h. „im Romantischen behandelt das romantische Subjekt die Welt als Anlaß und Gelegenheit seiner romantischen Produktivität“¹¹.

Daß „Alles zum Anlaß für alles“ wird¹², ist eben Ausdruck eines Kulturwollens, das auf Totalität gerichtet ist, und zwar auf die Totalität von fließendem Sein und fließender Individualität, so wie sie das Leben selbst Tag für Tag erzeugt. Aber hier ist die Romantik abgeglitten zum „Okkasionalismus“. Sie verlor sich an die Fülle des Historischen und Individuellen, an die „Natur“ des menschlichen Zusammenlebens, wie sie sich in Sprache, Sitte, Lied usw. ausdrückt, ohne diese Fülle jemals zu ordnen. Immer neues Erleben hindert an der Systematisierung der Welt. Und so ging auch von der Romantik nur die Anregung zur Bewußtseinsaufhellung dessen, was Volk heißt, aus. In ihrer Haltung aber dienen zuletzt Gesellschaft, Geschichte, Menschheit und Weltall alle nur dem romantischen Ich in seiner grenzenlosen, genußfroh erlebten Verschwendung an sie. Somit erscheint es, als ob den Romantiker nichts um seiner selbst willen interessiert¹³. Romantik heißt nicht in systematisch-intellektueller Konstruktion erfüllte Totalität des sittlichen Bewußtseins, sondern ewiges Suchen nach der idellen Einheit im fließenden Sein bei gleichzeitiger Beharrung im Flusse. Die Sinnhaftigkeit des Lebens liegt darin; auch sie ist eine übersinnliche Sinnhaftigkeit, da im Sein eine alles in Dynamik erhaltende Kraft steckt, der man sich in der Einheit gibt. Diese Kraft ist ideologisch dann der „Volksgeist“ geworden. Daß nun die politische Romantik sich ganz besonders mit Restauration, Feudalität und ständischen Ideen verbindet, ist ihrer konkreten Inhaltlichkeit nach nur verständlich aus ihrer Verwurzelung im ostdeutschen Adel und dessen Haltung im damaligen staatlichen Leben Preußens. Aber das konkret unerfüllte Staatsdenken der Romantik kann nach seiner geistig-seelischen Haltung überhaupt nur darin bestehen, daß der Staat etwas von

der Geschichte Mitgebrachtes, mit dem Geschichtsstrom sich Bewegendes und Wandelndes, aber lebendig Ganzes ist, das „vor jedem willkürlich vernunftbestimmten Aufbau da ist“¹⁴, und somit rational nie erfaßbar, sondern nur mit der Tiefe des Gemüts in vollster allseitiger Hingabe an das ihn bildende Volk erlebbar ist. Denn das Denken der Romantik erscheint ja als das Streben: „Die Erscheinungen aus dem Ganzen zu verstehen, welches doch in keinem Begriff ausgedrückt werden soll“¹⁵. „Wahre Realität hat also nur, was vom Subjekt zum Gegenstand eines schöpferischen Interesses gemacht wird“¹⁶. So ist für die Romantik auch der Staat als historisch-politische Wirklichkeit ein Kunstwerk, eine occasio für das erlebende, schöpferisch-produzierende Ich, in die es sich mystisch-schwärmerisch an einen erträumten Idealzustand verliert, damit „Anlaß zur Poesie und zum Roman“¹⁷ wird; ein ästhetischer Genuß, nie Tat in der Wirklichkeit. Daher kennt auch der Romantiker keine Staatsprinzipien, sondern nur das Ideal des alten ständischen Kaisertums. Erst in der Ausprägung der historischen Schule und in der Verknüpfung mit dem Nationalgedanken erhielt der Teil der Romantik, der jenes Herder'sche Geschichtsbewußtsein als ein volkhaftes aufnahm, seine richtige Intellektualisierung und reale Brauchbarkeit.

Der damalige Historismus ist getragen gemeinsam vom idealistischen und romantischen Lebensgefühl. In seiner Ideologie aber ist er die Ideologie der Restauration und des Legitimus und erhält dadurch seine besondere Bedeutung. Denn damit stellt sich der Historismus neben die Romantik als die typische, geistig-politische Gegenform gegen die harmonistisch-individualistische sowohl als auch gegen die idealistische, soweit diese geistig das Neue, wenn auch umgeformt, in sich aufgenommen hat. Zunächst aber soll er als dritter geistiger Ausdruck jener übersinnlichen Sinnhaftigkeit des Lebens gekennzeichnet werden. Als solcher nimmt auch dieser Historismus die gesellschaftlichen Lebenszusammenhänge als Totalität in sein Bewußtseinserleben auf und deutet sie daraus sinnvoll, geht aber ideologisch weder von der Vernunft noch vom „genialen Ich“ aus, sondern von der vom „Volksgeist“ erfüllten Volkseinheit. In dieser Haltung verbindet er jene romantisch-historische

Individualität mit der idealistischen Intellektualisierung des Erscheinenden oder Geschauten. Die Idee vom Volke als der in den Generationen der Menschen stets fortlebenden und fortwirkenden Lebenseinheit bezeichnet, daß man das Leben in seiner historisch-individuellen Fülle sieht, aber zugleich auch in ihr bestimmte Kräfte waltend empfindet. Die Einheit dieser Kräfte ist aber nicht ein absolut-gesetzter Lebenssin, sondern die als Volk in einer bestimmten Einheit lebenden Menschen. Das bezeichnet sogleich, daß der Staat seinen Rechtsgrund in seiner eigenen, historischen so gewordenen Existenz findet als in der Organisation dieser volklichen Lebenseinheit. Hier stehen nun Staat und Volk in einer festen Beziehung: Staat ist Organisationsform des Volkes, Volk aber ist eine historische Einheit in der Fülle ihrer natürlichen Seiten. Natur und Geschichte sind im Volk vereint. Volk aber ist nicht nur Einheit, sondern historisch fließende, stets kontinuierlich, „organisch“, wachsende Einheit, ausgedrückt jeweils in den Generationen. Die Einfügung des Einzelnen in diese volkhafte, historische Kontinuität, in die organische Fortentwicklung des Volkes wird nun subjektivistisch-idealistisch gesehen als die bewußte und freiheitliche Einordnung des Einzelnen als Generationsmitglied in die volkliche Ganzheit, weil nur in ihr das Werk des Einzelnen bestehen kann. In den von ihr jeweils historisch gezogenen Grenzen, von dem ihr zugehörigen Volksgeist angetrieben, vollendet und lebt der einzelne Mensch seine Bestimmung. Der Volksgeist ist aktiver Faktor im Subjekt. Der Unterschied zur romantischen Haltung zeigt sich eben darin, daß das Subjekt in einem außer ihm liegenden Zusammenhang eingeordnet wird (wie beim Idealismus auch), daß aber die Lebensordnung, in die der Mensch eingegliedert, nicht das Einzel-Ich, aber auch nicht die Vernunft, sondern der Volksgeist, ein neues Drittes also, ist, während der Unterschied zur rein idealistischen Haltung darin besteht, daß das Subjekt nicht souveräner Träger dieser Einheit ist, sondern Abbild des souveränen Volksgeistes, also so, wie das romantische Ich sich ursprünglich auch sah.

Die Staatsideologie dieses Historismus entspricht dieser Haltung zum Seienden, indem jede Regierungsform und jeder Regent

abhängig ist in seinem Sein und Wollen von dem Volksgeist. Der Staat errichtet seine Ordnung auf Grund der Bedürfnisse des vom Volksgeist erfüllten Volkes. Diese Ordnung selbst ist aber in den Kontinuitätszusammenhang des volklichen Lebens in der Weise eingebettet, daß es sich in Verfassung, Recht, Sprache und Sitte ausdrückt, so, wie es jeweils historisch geworden ist. Die organische Fortbildung dieses Gewordenen nach den Bedürfnissen der lebendigen Volkseinheit zu ermöglichen, ist die politische Aufgabe des Staates. Und hier tritt nun der Nationalgedanke in seiner ersten Fassung auf. Denn das Volksleben sich in Verfassung, Recht, Sprache und Sitte ausdrücken zu lassen, heißt letztlich die kulturelle Einheit des Volkes in besonderer Weise hervorheben. Der Volksgeist als die einigende Kraft schafft in der Fülle des Seins die Einheit des Volkes als staatliche und in deren Ausdrücke als nationale. Nation ist die Volkseinheit in ihrer Fülle der konkreten geistigen Emanationen, ist die geistige Form des Volkes, während der Staat die organisatorische Form wird. Und damit scheint nun die ganze unendliche Fülle des Seins in der letzten großen Totalität gebunden, die aus dem Erleben jener Jahre der Befreiungskriege ihren Impuls empfangen hat. Sie ist als letzter, unveränderlicher Ausdruck niedergelegt als die Nationalitäts-individualität des Volkes in der Verfassung, womit dieser politisch-technische Begriff in das deutsche Staatsdenken mit einem neuen Sinn aufgenommen wurde. In dieser Weise ist Sinn des Lebens nun die Sinnhaftigkeit im Volksganzen¹⁸.

Damit sind nun die drei verschiedenen kulturellen Ausdrücke beschrieben, die zusammen jenes große Kulturgut ausmachen, aus dem das ganze XIX. Jahrhundert in Deutschland schöpfte. Ihre geistige Synthese haben sie in Hegels Philosophie erfahren, die ihrerseits durch ihr Doppelgesicht jene geistig-politische Polarität enthält, von der hier als dem letzten Ziel der Darstellung gesprochen wird. An Hegel also soll diese noch einmal klar und in Beziehung gesetzt werden zu den beiden polaren staatspolitischen Formungen des Legitismus und des Liberalismus.

2. Abschnitt.

Hegel und die geistig-politische Polarität des XIX. Jahrhunderts.

Deutscher Idealismus, Romantik und Historismus bezeichnen die geistig-intellektuellen und geistig-seelischen Auseinandersetzungen mit den neuen Formkräften des westeuropäischen Lebens und der aus ihnen versuchten Sinngebung. Sie sind also, dynamisch verstanden, sowohl Formen der Aufnahme als auch Formen der Gegenkräfte. Als Ganzes aber sind sie die Sinngebung des Neuen aus dem Alten, mit der Wirkung, daß mit diesen geistig-intellektuellen Formen Wollungen polarer Prägung gestützt werden. Das Kulturelle jener Zeit findet seinen gemeinsamen Ausdruck eben darin, daß der Sinn alles Lebens nur im Uebersinnlichen liegen könne, und daß der Mensch als Subjekt Träger und Entfalter dieses Uebersinnlichen in diesem Dasein sein müsse. Mag nun das Uebersinnliche in der vernünftigen Sittlichkeit, das Subjekt als humane, vernünftige und sittliche Persönlichkeit gesehen werden, oder das Uebersinnliche in der Einheit der Fülle des Seins überhaupt, das Subjekt aber, das die Totalität genial aus Erleben schöpfende Ich als Bewußtseinseinheit oder das Uebersinnliche als der Volksgeist, das Subjekt als Werkzeug des Volksgeistes — immer ist der Mensch mit seinem Ich und seinem Bewußtsein unterstellt irgendeiner höheren Sinneinheit, nie wird er letztlich als der einzig möglich Sinngebende erkannt, von dem alles kulturelle Tun abhängt. Das muß festgehalten werden, denn darin liegt der gemeinsame seelische Punkt, in dem sich in Deutschland dann die polaren Ströme im Politischen doch treffen. So verschieden das staatspolitische Wollen auch war, es gründete sich auf diese einheitliche Sinngebung. Erst durch deren verschiedene Intellektualisierung und durch die ungeheure Wandlung der Lebensaggregation ist dann die Entwicklung weitergegangen in dem Sinne, in dem sie von Westeuropa ausgegangen. Immer aber war sie gehemmt von jener Polarität — gerade darin aber liegt mit ein Grund dafür, daß über das deutsche politische Leben eine solche Krise hereinbrechen konnte. Auch sie ist in diesem Zusammenhang

eine europäische, wie auch die Gegenkräfte aus ihrer deutschen Umwelt heraus europäische Wirkung hatten.

Mit den drei Formen geistiger Prägung einheitlichen Kulturwollens ist aber auch die geistig-politische Polarität gewonnen: sie liegt in der Erzeugung der gegen-revolutionären Staatsideologien der Romantik und des Historismus, die die Antiform zur Revolution, den Legitismus stützte, und die Aufnahme und zugleich Umbiegung des harmonistischen Individualismus in den humanitären idealistischen Subjektivismus, der von der preußischen Reformgebung an den Liberalismus trug. Die grandiose intellektuelle Synthese dieser beiden Ausformungen ist Hegels Geschichts- und Staatsideologie. In ihm trat der letzte „große Mann“ auf, der alles Denken, Wollen und Sinngedenken seiner Zeit noch einmal ausführte und geistig beherrschbar machte. In dem durch ihn gebildeten Rahmen spielte sich dann der ganze Prozeß des deutschen und europäischen XIX. Jahrhunderts ab. Es ist mit Hegel die „geistige Umwelt“ geschaffen worden, „in der der humanitäre und naturrechtliche Individualismus des 18. Jahrhunderts bei seiner Transponierung in das 19. sich nunmehr politisch allein noch zu verwirklichen vermochte¹⁹.

In Hegel kommt das Lebensgefühl der übersinnlichen Totalität in seine rationalste Formung, indem das Identitätsdenken auf die Spitze getrieben und durch die dialektische Methode stets vollziehbar wird. Der Mensch findet erst dann die letzte Einheit, wenn er in sich mit sich selbst, Gott, Welt, Geschichte, Volk und Staat vereinigt, die letztlich alle doch wieder Objekt gewordenen Formen des Selbstbezuges des Menschen auf sich selbst geworden sind. Dieses jeweils im anderen Auf-Sich-Selbst-Beziehen ist dialektisch die Selbstenfaltung des Weltgeistes in seiner Freiheit. In der Bewußtseinseinheit erkennt der Weltgeist sich selbst, indem der Mensch sich in sich als Geist findet. So ist bei Hegel Vernunft Wirklichkeit, das Wirkliche zugleich vernünftig, denn: „Darauf kommt es dann an, in dem Schein des Zeitlichen und Vorübergehenden die Substanz, die immanent, und das Ewige, das gegenwärtig ist, zu erkennen. Denn das Vernünftige, was synonym ist mit der Idee, indem es in seiner Wirklichkeit zugleich in die äußere

Existenz tritt, tritt in einem unendlichen Raum von Formen, Erscheinungen und Gestalten hervor und umzieht seinen Kern mit einer bunten Rinde, in welcher das Bewußtsein zunächst haust, welche der Begriff erst durchdringt, um den inneren Puls zu finden und ihn ebenso in den äußeren Gestaltungen noch schlagend zu fühlen²⁰. Das Wirkliche aber als Prozeß dieses zu sich selbst kommenden Geistes vollzieht sich in der Geschichte nicht wie beim vorhegelschen Idealismus in der Vernunft des Subjekts allein. So heißt für Hegel Geschichte verstehen nicht das Erfassen einer kausalen Gesetzmäßigkeit, auch nicht die Erkenntnis des Geschehens als eines bloß einmaligen und nur individuellen, unabhängig vom Menschen vollzogenen. Er macht die Geschichte nicht zu einem Objekt der Natur, sondern er sieht in ihr jene Beziehung des Menschen auf sich selbst im Geschehen. Die Verbindung des Seins in seinen historischen Gegebenheiten verbindet er mit der Anschauung des allgemeinen Zusammenhangs in allen Ereignissen. In diesem Sinn ist Geschichte immer Gegenwart, nicht objektivierte Vergangenheit, immer „lebendiger Geist“ in seiner unendlichen Entfaltung. So ist alles Sein identisch mit dem lebendigen Geist in seiner Einheit und Ganzheit. Der freie, selbstbewußte Wille des Menschen ist es, mit dem er das Sich-Selbst-Finden, das Sich-Einstellen in die Seinstotalität, die Bewußtseinstotalität ist, vollzieht. Dieses Frei- und Konkretwerden des Menschen geschieht mit dem Eintritt in den Staat. Staat aber ist „die Wirklichkeit der sittlichen Idee“²¹, d. h. die Einheit der Totalität aller kulturellen Erscheinungen und ihrer Formen als der Wirklichkeit des „zur vorhandenen Welt und zur Natur des Selbstbewußtseins gewordenen Begriffs der Freiheit“. Freiheit ist aber die Einheit des Geistes und dessen Innersten mit der Welt. „Dies ist seine höchste Befreiung, weil das Denken sein Innerstes ist“²². Frei ist also, wer die in der Welt liegende Vernunft und die Welt selbst begreift, d. h. eben die Vernünftigkeit und Einheit alles Seins und Werdens erfaßt. Diese Einheit von Natur und Geist, von Realität und Idealität ist aber nur verkörpert im Staat, und wer in den Staat eintritt, vollzieht diese Einheit bewußt in sich selbst, womit er in seinem

Bewußtsein wiederum die Einheit von betrachtendem und denkendem Geist mit dem Weltgeist vollzieht.

In dieser Weise gründet Hegel den Aufbau des historisch gewordenen Staates auf den sittlichen Willen des Individuums. Die Idee der „*volonté générale*“ wird umgebogen in die idealistische Idee der organischen Einheit²³, als eines steten Entfaltungsprozesses des Weltgeistes im Staat, erscheinend in seiner individuellen Totalität als der Volksgeist, der aber nicht, wie in der Romantik unbewußt schafft, sondern vom Einzelmen-schen im Selbstvollzug gefaßt werden muß und somit Aufgabe, „selbstbewußte sittliche Substanz“ ist. So ist der Hegelsche Staatsgedanke gleicherweise „Idee und Norm“²⁴ und unabtrennbar von der freien und sittlichen Selbstbestimmung des Individuums. Die sittliche Einheit drückt sich dann als die Souveränität des Staates aus. Und Staat ist Synthese von Freiheit und Notwendigkeit, ist Realität der Idealität. Dieses Ganze zur gegenständlichen Realität für das Bewußtsein der Glieder erheben und ihnen verdeutlichen, daß sie mit dieser Macht stets identisch sind, d. h. „die Anschauung des Individuums seiner selbst im Organismus Staat als Volkspersönlichkeit“²⁵ — das ist die Aufgabe, die Hegel sich in dieser dialektischen Synthese gestellt hat als Verwirklichung seines Lebenssinnes und den seiner Zeit.

Von dieser Synthese nun nimmt die geistig-politische Polarität des XIX. Jahrhunderts ihren ideologischen Ausgang. Sie ist abhängig von dem „Doppelgesicht“ dieser Hegel'schen Staatsideologie²⁶. In lebendigem Zusammenhang mit dem gesellschaftlich-zivilisatorischen Strukturwandel nach 1830 bilden sich aus dieser Synthese zwei große geistige Lager, die sich später politisch fixieren im Konservatismus und Liberalismus. Im Konservatismus bildete sich der eine Pol des politischen Lebens, dem gegenüber sich das neue Wollen konstituierte als Liberalismus. Ihre dynamische, reale und geistige Entwicklung sind die Kennzeichen des XIX. Jahrhunderts. Hier soll diese Polarität nun ihre Einordnung in den ganzen Zusammenhang der Sinnggebung und Intellektualisierung des Seins hineingestellt werden, wie sie in Hegels Synthese wurzelte.

Die eine politische Kraft, der legitimistische Konservatismus, entnahm aus dem idealistischen und romantischen Kulturkosmos alle die irrationalen historischen Kräfte und Tendenzen und verband diese mit den bestimmten, inhaltlich fixierten Postulaten der Hegel'schen Staatsidee. Das Lebensgefühl des Legitimismus, wenn man von einem solchen sprechen will, ist getragen von jenem Bewußtsein des still schaffenden Volksgeistes, von jener naturhaft-völkischen Kraft, die im Einzelnen das kulturelle Wollen schafft, der jeder Mensch unterworfen ist. Vom Volksgeist ist in der Geschichte all das mit immanenter Notwendigkeit geschaffen worden, was den jeweiligen Bedürfnissen der lebendigen Volkseinheit entsprach. Was dieser Volksgeist geschaffen hat, darf nicht zerstört, sondern muß erhalten werden, um die organische Fortentwicklung des Volksgeistes zu ermöglichen.

Von hier aus wird nun die Staatsideologie des Legitimismus verständlich. In ihm vollzog sich ja äußerlich die „Selbstrettung Europas“ insofern, als nun die revolutionären Gewalten von der Herrschaft über die Willkür ausgeschlossen wurde und diese wieder den dynastischen, legitimen Gewalten zufiel. Diese Selbstrettung zeichnete sich historisch in der „Heiligen Allianz“ und der Pentarchie der Großmächte ab. Als solcher ist der Legitimismus die in Deutschland durch Romantik und Historismus ideologisch gerechtfertigte Antiform zur Revolution und hat insofern europäische Geltung. Denn mit dieser Ideologie konnte die erneute Besitzergreifung der politischen Macht durch die Dynastien dem Volkswillen gegenüber durchaus gerechtfertigt werden. Auch der Monarch wurde wie jeder einzelne Bürger unter den Volksgeist gestellt. Alle sind sie dessen Untertanen, alle haben die sittliche Pflicht, ihn in sich wirken zu lassen innerhalb der Formen, die er sich bisher geschaffen hatte. Eine Fortentwicklung ist dabei nicht ausgeschlossen, denn der Volksgeist selbst steht nicht still. Er wirkt aber nur im Maße des Gewordenen nach den Bedürfnissen der lebendigen Volkseinheit, die erkannt werden von den dazu berufenen Ständen. Man bewies diese Erkenntnis realiter dadurch, daß man den Legitimismus gewisse Konzessionen machen ließ an die subjektiven Freiheitsrechte und an das Majoritätsprinzip, indem

man „Verfassungen“ und „Ständevertretungen“ mit bestimmten, umgrenzten Rechten gewährte und sie „Parlamente“ nannte²⁷.

Indem der Legitimismus aber ohne Gefahr für seine Stellung diese Kompromisse eingehen und sie ideologisch rechtfertigen konnte, tat er ja nur, was er für die organische Entwicklung und Entfaltung des Volksgeistes tun mußte — dabei erhielt er sich als Stand (Adel) und Dynastie einerseits, beruhigte das Volk andererseits und band es an die alte Ordnung wiederum fest. Zugleich aber konnte man damit das harte „Nein“ verdecken, das der Legitimismus dem Nationalgedanken gegenüber aussprechen mußte. Hier war für ihn kein Kompromiß möglich, denn mit einem solchen wäre eine Selbstaufgabe aller jener großen und kleinen legitimen Herrschaftsgewalten verknüpft gewesen, für deren Erhaltung man soeben gekämpft hatte. Mit einer Durchführung des Nationalgedankens in strikter Konsequenz wären nicht nur in Deutschland, sondern überhaupt in Europa die vorhandenen Staatsgebilde in ihrer Struktur an der Wurzel angegriffen und zu einer radikalen Umformung gezwungen worden, in der über alle dynastische Gliederung hinweg die national-kulturelle ganz neue, sehr heterogene Staatsgebilde geschaffen hätte.

Damit aber machte sich der Legitimismus zum Anwalt aller anti-fortschrittlichen staatspolitischen Tendenzen. Der Gedanke des stillwirkenden Volksgeistes wird nun den Erfordernissen der staatlichen Welt angepaßt: nicht, daß mit der Erhaltung des Gewordenen ein Fortschritt überhaupt ermöglicht werde, ist das Wesentliche, sondern die Aufgabe ist nun, das Ueberkommene der äußeren, bestehenden Gesellschaftsgliederung vor Umformung zu bewahren und in der traditionellen Weise auf das alte Maß zurückzuführen: Restauration. Damit wird der Legitimismus staatspolitisch zum Konservatismus. Das Bewußtsein von der lebendigen Geschichte wird zu einer starren „Ehrfurcht vor der Dauer“. Geschichte ist nicht im Hegelschen Sinne verpflichtende Gegenwart, sondern pietätvoll zu pflegende Vergangenheit. Daher wird auch aus der sittlichen Souveränität des Staates als des höchsten Ausdrucks für die sittliche Individualität und Totalität des Staates, in dem der Weltgeist sich entfaltet, die rein äußerliche Souveränität der le-

gitimen Herrschaftsgewalten in Dynastie und Adelsstand. Und mit diesem Abfall von der Idee in diese staatspolitische Realität, die mit der Verteidigung der überkommenen Herrschafts- und Gesellschaftsformen gekennzeichnet ist, zeigt sich, daß das ganze Gebäude der philosophischen und politischen Ideen ein grandioser Ueberbau war, daß aber auch weder Legitimus noch Konservatismus ihrer Entstehung nach neue politische Theorien waren, sondern Ideologien ständisch-dynastischer Herrschaftsgewalten. So wurde der Legitimus immer mehr zu einer rein staatspolitischen Idee und verlor den Zusammenhang mit dem Kulturwillen, aus dem er erwachsen war. Er erfuhr mit dem gesellschaftlich-zivilisatorischen Strukturwandel des 19. Jahrhunderts seine völlige Umbildung und hat sich jetzt zur weltanschaulichen und politischen Theorie des Konservatismus ausgebildet, eine Entwicklung, die hier nicht weiter verfolgt werden soll. Soziologisch gesehen ist aber der alte Legitimus der eigentlich politische Ausdruck des einen Kulturwillens der übersinnlichen Sinnhaftigkeit des Lebens in der Form, in der er jener Lebensaggregation nach den Befreiungskriegen entsprach. Denn nur in dem lebendigen Hin und Her von Leben und Sinnerfüllung läßt sich verstehen, warum nicht jene große Synthese von Welt und Leben, wie sie Hegel geschaut hatte, real vollzogen werden konnte. Hier ist die Sinngebung so sehr absolutes Ideal geworden, in einem Maße intellektualisiert worden, daß sie nichts Lebendiges aus dem Sein mehr aufnehmen konnte, sondern nur noch in die beiden Teile, aus denen die Synthese bestand, zerfallend, hinabgleiten konnte in eben die Ausdrücke des Legitimus und des Liberalismus.

Dieser letztere aber wurde nun von verschiedenen, sich wandelnden Kulturtypen getragen, die ihn immer mehr verflachten, und den Realitäten des Seins anglichen. Der „jungdeutsche Typ“²⁸ war der erste Gegenspieler des Legitimus. Sein Lebensgefühl gründete sich auf jenes Bewußtsein, daß Geschichte lebendige Gegenwart, sittliche Aufgabe sei, daß jedes kulturelle Tun Ausdruck sein müsse jener sittlichen Einheit von Sein und Persönlichkeit. Er bekämpft daher jene wirklichkeitsfremde, ästhetische und selbstgenügsame Bildung und die

romantische Flucht aus der Gegenwart. Noch ist er aber ganz erfüllt von dem seelischen und geistigen Reichtum der vorhandenen Kulturelemente, ist noch durch und durch persönlichkeitsbewußt und Persönlichkeiten fordernd, lebt in der Einheit von Sein und Idee und steht oft naiv und hilflos sich wundernd vor der Fülle der inneren und äußeren Welten. Dieser Typ trug den ersten deutschen Liberalismus der preußischen Reformer weiter im kultur-idealistischen Sinn. Aber auch er entnahm aus der Hegelschen Synthese, was er zur sinnvollen Wirklichkeitsgestaltung brauchte und interpretierte Hegel in seinem Sinn. Das Absolut-Sittliche im Staat zur Gestalt zu bringen, war auch sein Ziel, aber dieses Absolut-Sittliche lag im Nationalgedanken. Aus der formalen Selbstentfaltung des Weltgeistes im staatlich handelnden Individuum wird hier die Pflicht, ein geistig-intellektuell erkanntes und seelisch geglaubtes Höheres mit Hilfe aller realen und historischen Kräfte zur Durchführung zu bringen, das nichts anderes ist, als was das reale Sein verlangt, nämlich die einheitliche Staatsbildung Deutschlands. Genau wie beim Legitimus verband sich hier die Idee von der sittlichen Totalität des Seins mit den Aufgaben der Gegenwartssituation, hier also mit der Durchführung der neuen Staatsgestaltungstendenzen. Da man von Seiten des Legitimus einen Teil des neuen politischen Wollens erfüllt bekam in den Verfassungen und Parlamenten, warf man sich auf das Dritte, noch Unerfüllte, den Nationalgedanken. Die Verbindung der politisch-sozialen mit den individuell-sittlichen Forderungen sollte hergestellt werden in der Einheit von Persönlichkeit und Staatsbürger. Man erkennt in dieser Synthese den idealistischen Kulturkern, wie man beim Legitimus den romantisch-historistischen erkannte, der aber nun schon in der Wirklichkeitsgestaltung polar geworden ist. Auf der einen Seite die Forderung nach dem freiheitlich-idealistischen Nationalstaat, auf der anderen der dynastisch-ständische Territorialstaat in loser Verknüpfung mit dem anderen in einem „Bunde“. Und damit ist die politische und geistig-politische Polarität des XIX. Jahrhunderts in ihrem ersten Anfange ausgebildet. Der Nationalgedanke wurde somit das Sammelbecken aller anti-legitimistischen Kräfte, in welcher Weise man immer auch die

reale Staatsgestaltung im einzelnen sich vorstellte. Und gerade hier lag das eigentlich Revolutionäre im XIX. Jahrhundert: weniger die Freiheitstendenzen als der Nationalgedanke schuf die großen Umwälzungen in ihm. Wenn auch die Forderungen der subjektiven Freiheitsrechte und der Majoritätsprinzipien zuerst ihre teilweise Erfüllung fanden, der Nationalgedanke hat das XIX. Jahrhundert „in Wahrheit umgewälzt“²⁹.

3. Abschnitt.

Der Weg der Verwirklichung.

Mit der Darstellung des deutschen Idealismus, der Romantik, des Historismus und deren geistig-intellektueller, freischwebender Synthese in Hegel war das kulturelle und intellektuelle Bildungsgut vorgeführt, aus dem alle gedankliche und seelische Formung des sich erst jetzt (1830-50) grundlegend wandelnden Lebens entnommen wurde. Zugleich wurde damit gezeigt, daß jene Synthese Hegels durch ihre intellektualisierte Verabsolutierung einer aus der Gesamttatsache strömenden Sinngebung einen intellektuellen Ueberbau über aller Wirklichkeit schuf, der dann nicht mehr halten konnte, wenn man sich bewußt wurde, daß diese Sinngebung des Lebens nicht nur durch ihre rationale Form, sondern eben in ihrer Bezogenheit auf die Wirklichkeit inadäquat wurde. Darum zerfiel sie als Totalitätsausdruck und wurde geteilt das Bildungsgut jener beiden großen Menschengruppen, die der Gesamttatsache Leben gestaltend gegenüberstanden und im konkreten Tun den Sinn ihres Lebens fanden. Diesen aber stützten sie ideologisch durch jeweils die Teile des Hegelschen Systems, die ihrem Lebensgefühl und kulturellen Wollen entsprachen. So entstand aus dieser Polarität die geistig-politische von Legitimus und Liberalismus, die beide in ihrem Fortgang immer realitätsgerichteter wurden, weil die konkrete Situation es erforderte. Das Metaphysische tritt daher immer mehr in den Hintergrund.

Um nun in gewissem Sinn von jener geistig-polaren Konstellation überzuleiten zu der Periode der „Neuen Aera“, sei kurz der Entwicklungsgang des Liberalismus

bis dahin skizziert. Es ist bekannt, daß es dem Liberalismus jungdeutscher Prägung nicht gelang, sein staatspolitisches Wollen gemäß seiner kulturellen Idee durchzusetzen. Durch Schikane und staatliche Verbote aller Art wurde sein Wollen gelähmt, sodaß er sich immer mehr zurückzog auf seine geistige Welt und in ihr sich in unfruchtbaren Diskussionen über einzelne Verfassungs- und Rechtsfragen oder in unnützer Opposition gegen die Durchführung der Restauration zersplitterte. So ganz auf die Welt der Gedanken zurückverwiesen, verlor der jungdeutsche Liberalismus seine Gestaltungskraft und sein kulturelles Wollen. Mit dieser Tatsache ist verbunden die Entstehung des Biedermeier als der Lebens- und Kulturausdruck jener Jahre von 1830—1850.

Geistig-seelisch ohne bewußten Rückhalt und insofern auch nicht im tiefsten Sinn kulturschöpferisch, entnahm der Biedermeier seine intellektuelle Formung dem vom Idealismus und der Romantik geschaffenen Bildungsgut. Indem man sich Hegels philosophisches System gedächtnismäßig aneignete und es abstrakt theoretisch diskutierte, glaubte man neue Bildung zu schaffen. Der „Gebildete“ war das Ideal des neuen Gesellschaftsmenschen geworden, so wie in England der gentleman, in Frankreich der Kavalier³⁰. Man begann die sich in Hegels Philosophie erschöpfende Bildung zu privilegieren, ohne damit sich um neue Sinngebung zu bemühen. Die Zustände des Lebens waren ja auch keine anderen geworden als sie im 18. Jahrhundert auch waren, und um diese zu meistern bedurfte es keiner neuen Sinngebung oder Ideen. Die Welt lief von selbst, wenn auch oft in äußeren Krisen. Die leidenschaftliche Erregtheit der Seele, die nur alles Erreichbare an Kulturelementen zu erreichen trachtete, unersättlich immer neu aufgerissen war, war besänftigt und nivelliert. Die Schicht satter Zufriedenheit, wenn auch ab und zu erschüttert, legte sich über alles Wollen. Mit der Verdrängung aller dieser Kräfte verschwand aber auch die universale Vielgestaltigkeit der Person, vor allem jegliches Bedürfnis nach humanitärer Persönlichkeitsgestaltung. Die Spaltung der Lebenssphären des Menschen in eine private und eine öffentliche begann sich zu vollziehen. Die öffentliche Seite, an sich angeregt durch den Drang, die politischen Probleme in die

Praxis umzusetzen, wurde stets beschnitten. Die private Seite aber war erfüllt durch jene oberflächliche angelernte literarische, „klassische Bildung“, die sich in großen Phrasen erging und im engen Familienzirkel sorgfältig gepflegt wurde.

Was die Vorgänger des Biedermeier aus leidenschaftlichen Impulsen ihrer kulturerfüllten Seele heraus für die Staatsgestaltung erstrebten, was im jungdeutschen Liberalismus seinen staatspolitischen Ausdruck fand, wurde seinem Inhalte nach erlebnislos und bieder übernommen und an Stammtischen oder in den „Parlamenten“ breit getreten. Nur ein einziges Mal wurde dieser Biedermeier noch einmal aufgerüttelt und zum politischen Bürger erweckt: in der Revolution von 1848. Aber auch in ihr setzte sich nicht neues Wollen durch, sondern sie war selbst der Versuch eines biedermeierlichen Bürgertums, Ueberkommenes in der Realität fortzubilden, ohne es aus sich selbst zu gestalten. Oder vielmehr: um dieses Neue sinngemäß in die Realität einzuführen, bedurfte es anderer Menschen als jene Biedermeier. Hier liegt die Tragik des deutschen Liberalismus in seinem zweiten Versuch, staatsgestaltend die Herrschaft zu erlangen.

Es kann hier nicht die soziologische Bedeutung des Biedermeier aufgezeigt werden; sie soll aber ihre kurze Würdigung erfahren als Teil der historisch-soziologischen Anfangskonstellation der „Neuen Aera“. Und dann soll damit der Zusammenhang gegeben werden, in dem diese „Neue Aera“ mit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts steht. Dies aber ist Aufgabe des nächsten Kapitels.

2. Kapitel.

Die historische und gesellschaftlich-zivilisatorische Struktur der „Neuen Aera“.

1. Abschnitt.

Die historisch-soziologische Anfangskonstellation der Neuen Aera.

Das vorige Kapitel hat in der Polarität von Liberalismus und Legitimusmus die beherrschende geistig-politische Polarität des XIX. Jahrhunderts aufgestellt, die als solche den geistig-politischen Hintergrund allen Geschehens der „Neuen Aera“ abgibt. Es ist ein eigenes Schicksal des deutschen Liberalismus, in welcher Weise er sich zu diesem seinem soziologischen Ausgangspunkt verhalten hat und verhalten mußte. Mit dem ersten Kapitel aber ist jedoch nur das geistig-politische Kulturgut bezeichnet, das von dem späteren Liberalismus aus einer bestimmten anderen Lebensaggregation übernommen wurde und damit ist auch lediglich erst der große geistig-politische Hintergrund gezeichnet, vor dem sich dann das politische Geschehen der „Neuen Aera“ abspielte. Was noch fehlt, ist jetzt der Raum, in dem das „Spiel“ der „Neuen Aera“ sich vollzog. Dazu ist nun vor allem nötig, diese geistig-politische Polarität als eine bestimmt strukturierte real-politische zu verstehen. Denn der Stand dieser real-politischen Polarität von Legitimusmus und Liberalismus zeigt die Konstellation an, in der sie politisch lebt, und das wird gesucht für das Jahr 1859. Es ist die Frage, in welcher real-politischen Situation wurde diese geistig-politische Polarität als Kulturgut wirksam in den Händen eines Liberalismus, der in einem anderen Geschichtsraum stand als der, der mit der Entstehung dieser Polarität zusammenhing. Es ist ein halbes Jahrhundert seit die-

ser Entstehung verflossen, die Gesamttatsache Leben hat sich in dieser Zeit gewandelt, mit ihr die Menschen und damit auch die Sinnggebung, die diese dem Leben als Ganzes gaben. In dieser Vollzuge also wird diese politische Polarität nun nicht sinnhaft gedeutet aus einer Sinntotalität, sondern aus der realen Seins totalität heraus. Die Frage ist die: wie sahen Legitimus und Liberalismus real-politisch als Formen des Kampfes zweier Gegner aus und wie stimmt ihre geistige Formung mit der realen überein? Läßt sich die bezeichnete geistig-politische Polarität auch verstehen aus der realen Seinsgrundlage, auf der sie erwachsen ist, besteht also zwischen beiden Adäquanz, dann ist die deutende Sinnggebung als Ganzes von heute eine der Vergangenheit adäquate Verständlichmachung. Hier liegt also jeweils das methodologische Regulativ, nämlich in der Dynamik des Lebens selbst.

Die politische Polarität von Legitimus und Liberalismus entstand auf ein und demselben Boden, in demselben Geschichtskörper und Geschehensraum und durch ein und dasselbe Schicksal in derselben Zeiteinheit. Trotzdem entstand nicht eine einheitliche politische und überhaupt geistig-intellektuelle Formung, sondern eben jene polare. Der Grund dieser Verschiedenheit kann also nur in der Verschiedenheit der Menschen liegen, die in dieser Gesamttatsache lebten. So muß also die Polarität verstanden werden als der Ausdruck der polaren gesellschaftlichen Struktur des damaligen Deutschland. Wie sah diese nun im allgemeinen aus?

Man weiß, daß in dem Deutschland der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts der Geschichtskörper zersplittert war in eine Unzahl kleiner und kleinster Gebietsteile, die weitgehend unverbunden nebeneinander standen, aber trotz dieser Abgeschlossenheit und ihrer landschaftlichen Verschiedenheit in demselben Maße die engeräumige Struktur der „souveränen“ Territorialstaaten hatten, wie sie sich schon zu Beginn der Neuzeit im wesentlichen ausgebildet hatte. Diese Struktur zeichnete sich aus durch ihren verkehrsarmen, völlig überwiegend agrarischen Charakter, die durch ein breiteres Handwerkertum und ein noch sehr lokalisiertes Handelswesen vervollständigt wird.

Das bauerliche und damit grundherrliche Leben beherrscht daher die Struktur der gesellschaftlichen Gliederung, die im dynastischen Landesfürstentum ihre Spitze hat.

In dieser dynastisch-territorialen, feudal-ständischen, zünftlerischen und absolutistisch bürokratischen Lebensordnung verharrt das deutsche Leben bis 1830, zum Teil sogar noch weit länger. Erst dann beginnt eine Auflockerung dieses Gesellschaftsgefüges durch die kapitalistischen und bürgerlichen Kräfte.

Dieser Gesellschaftsgliederung nun entsprach auch der Stand der zivilisatorischen Entwicklung, soweit sie die intellektuelle und technische Beherrschbarkeit der Natur betraf. Weder in der einen noch in der anderen Richtung spielte sich in Deutschland eine wesentliche Wandlung ab. Noch war kaum die Dampfkraft eingeführt, kaum ein paar Handwerke dazu übergegangen, ihre Betriebe fabrikmäßig auszugestalten. Notwendigkeit und Interesse fehlten zu solcher Entwicklung, außerdem fehlte ein großzügiger Verkehr.

Was an Geistigkeit in Deutschland vorhanden war, wurde von einer kleinen freischwebenden Schicht von Adligen, Beamten und aufgeklärten Bürgern getragen. Ihr Inhalt aber war noch dieses enge Leben der Gesellschaft. Aber eben die Beschäftigung mit den gesellschaftlichen Lebenszusammenhängen prädisponierte diese Intelligenz zu jenen geistig-intellektuellen und metaphysischen Systemen, die im vorigen Kapitel gewürdigt wurden.

Denn das ist das Entscheidende an der historisch-soziologischen Konstellation Deutschlands zu Beginn des XIX. Jahrhunderts, daß die Seite der intellektuellen Aufhellung in bezug auf gesellschaftlich-volkliches Leben, wie es sich „natürlich“ abspielte, im Rahmen einer allgemeinen intellektuellen Aufgeschlossenheit einen besonders hohen Grad erreicht hatte. Die Hineinnahme der gesellschaftlichen Lebenszusammenhänge in das Bewußtsein, ihre Verschiebung zugleich ins Metaphysische haben das Bewußtsein des Bürgerseins geschaffen. Viel weniger die gesellschaftlich-zivilisatorische Struktur als solche, als die geistig-intellektuelle und geistig-seelische Verarbeitung des

außerdeutschen gesellschaftswandelnden Geschehens und aller seiner Ideen haben jene Ereignisse vorbereitet, die im Laufe des XIX. Jahrhunderts sich ereigneten. Vor allem aber fand das eigene deutsche Geschehen eine besonders geistige Aufnahme. Denn mit dem Zusammenbruch des alten Reiches und auch Preußens entstand die lebendige Beziehung von Wirklichkeit und Denken. Denn nun wurde auch die deutsche Gesellschaft unter die Lupe jener geistigen Aufhellung genommen. Gerade die Kriegssituation, die Not des Volkes, dem Feinde restlos ausgeliefert zu sein, bildete ein unvergleichliches Erlebnis. Und dieses Erlebnis wurde nun leidenschaftlich erfaßt von jener geistigen Aufgeschlossenheit und bildet mit ihr jenes neue Bewußtsein, das hier Grundlage des politischen Lebens wurde: das Nationalbewußtsein. War man sich der geistigen Einheit schon theoretisch bewußt geworden, so fühlte man sie nun real im Erlebnis desselben Schicksals. Damit wird mit der theoretischen Nationaleinheit zugleich die staatliche entwickelt und sofort geistig-seelisch und geistig-intellektuell verarbeitet in der idealistischen Sittlichkeit des Subjekts, das dem Staatsganzen dient, in der Fülle des historischen Seins der Romantik und deren Stände- und Kaiseridee, im Begriff und Erlebnis des „Volksgeistes“. Das eben ist gezeigt worden — hier nun auch im Zusammenhang der realen Situation.

Mit diesem Prozesse aber geschah zugleich noch ein Zweites: es war das Erfordernis der konkreten Situation, den eigenen Staat zu retten, seine souveräne Existenz wiederherzustellen. Dazu bedurfte es eines Heeres und der Mittel zur Kriegführung. Anders als mit der Gesamtheit des ganzen Volkes war beides nicht zu erreichen. Wenn auch das Volk selbst einen Krieg als notwendig für seine eigene Existenz einzusehen vermochte, so war von ihm doch ein solches eminentes Opfer, wie es die Befreiung Preußens erforderte, nicht zu erlangen ohne eine besondere Rücksichtnahme auf seine Interessen. Damit entstand nun zweierlei: einmal das Erwachen des Bewußtseins von dem eigenen Werte des Volkes, vor allem von dem Wert und der wirtschaftlichen Bedeutung des Bürgers, und zweitens jene Konzessionen an die subjektiven Freiheitsrechte, die als Ideologien

die Geister beschäftigten und von ihnen gewünscht wurden, weil nun einmal doch auch die alte gesellschaftliche Ordnung ihre sozialen Schäden hatte. Wenn auch nie revolutionär, so war man doch stark sozialreformerisch eingestellt, vor allem aber eben geistig. So war es das Schicksal der Not, das in Deutschland dem Volk und Bürger das Bewußtsein seiner selbst mit Hilfe seiner geistigen Aufgeschlossenheit gebracht hat und zugleich den Blick für eine gesellschaftsreformerische Umgestaltung des Seins mit den Kräften des Volkes schulte. Verstärkt wurde vor allem dieses Bewußtsein dann noch durch die technisch nicht zu umgehende allgemeine Wehrpflicht, die durchgeführten sozialen Reformen und den Sieg der preußisch-deutschen Waffen. Damit hatten nun die Begriffe Einheit und Freiheit ihre sie tragende Realität gefunden, in der sie vor allem erlebt und damit symbolisiert und staatsideologisch intellektualisiert werden konnten. Wie das geschehen ist, ist dargestellt worden; die dynamischen Beziehungen zwischen Realität, Symbolisierung und Intellektualisierung sind leicht ersichtlich.

Wie aber entstand aus dieser Konstellation die politische Polarität? Es ist dargestellt worden, inwiefern der deutsche Bürger, eigentlich das ganze nicht adlige Volk, das Bewußtsein seiner selbst erlangt hat. Daß dieses auch nach den Friedensschlüssen blieb, ist einsichtlich. Aber gerade die Friedensschlüsse von 1815 erweckten im Volk ein neues Bewußtsein, nämlich das des sozialen Gegensatzes. Das gemeinsam getragene Schicksal ließ die Gegensätze, die im feudalen System sich zeigten, deutlicher werden; sie wurden damit aber auch um so weniger für notwendig gehalten. Als nun aber das Volk mit neuem Bewußtsein an seine alten Arbeitsstätten ging, fand es diese zu eng. Vor allem die Süd- und Westdeutschen hatten durch jahrelange französische Herrschaft und Protektion sich geistig völlig umgestellt und sich an die staatliche Realität des harmonistischen Individualismus angepaßt. Und nun traten zusammen mit den Versprechungen, die man dem Volk vor den Befreiungskriegen gegeben hatte, die Wünsche auf, die aus jener Kenntnis des Neuen entstanden waren. War auch die gesellschaftlich-zivilisatorische Struktur durchaus dieselbe und im allgemeinen auch für das Volk tragbar geblieben, mindestens

doch durch die sozialen Reformen bzw. die französischen Staatsgestaltungsmethoden tragbarer geworden, so war doch immerhin die geistige Kenntnis der Dinge der letzte Antrieb zum Fordern. Es ist schon angeführt worden, daß man dem Volke in den subjektiven Freiheitsrechten, in Verfassungen und Parlamenten Konzessionen machte und zunächst die sozialen Übelstände milderte. Nicht aber im Nationalgedanken, der doch als Erlebnis desselben Schicksals viel stärker im Volke wurzelte, als alles Freiheitsstreben. Und hier entsprang nun rein äußerlich schon der politische Gegensatz. Der Nationalgedanke wurde zum eigentlich revolutionären Faktor im Gesamtleben Deutschlands.

Und die Stellung zum Nationalgedanken begründete erst richtig die politische Polarität von Legitimus und Liberalismus. Wer war es aber, der den Nationalgedanken vertrat, und wer war es, der gegen ihn Stellung nahm? Man weiß, daß es die Bürger waren, die aus der geschilderten Konstellation heraus den Nationalgedanken vertreten mußten, sowohl aus der wirtschaftlichen Komponente der Struktur der Gesamttatsache Leben als auch aus ihrem Erleben und ihrer Geistigkeit heraus. Man weiß aber auch, daß es Dynastie und Adel waren, die sich gegen den Nationalgedanken stellen mußten und sich dafür um so mehr auf die damalige Seinsstruktur als Grund- und Landbesitzer stützen konnten. Denn, wie schon erwähnt wurde, bedeutete der Kampf gegen Frankreich die Selbstrettung der partikularen Dynastien, bedeutete der Befreiungskampf aber für den Adel nur die Befreiung seines Standes von der absoluten Herrschaft der Monarchen. Sein Kampf war nicht gegen Frankreich als politische Macht allein geführt, sondern wesentlich als gesellschaftlich-revolutionäre Macht. Hier half die geistige Aufhellung zur Klärung der gesellschaftlichen Struktur als einer ständischen; das gemeinsame Schicksal aber zwang den Adel dazu, das Volk zur Rettung seines gesellschaftlichen Bestandes mit zu verwenden. Denn vor seiner restlosen Beseitigung wie in Frankreich, also vor der Existenzvernichtung, konnte es keine Kapitulation für Dynastie und Adel geben.

Das Bewußtsein von der ständischen Interessengebundenheit der Befreiungskriege aber war die bitterste Erkenntnis,

die der damalige Bürger in sich aufnehmen mußte. Denn nun zeigte sich, daß ein Teil der Deutschen den Befreiungskampf geführt hatte zur Selbststrettung seiner eigenen Existenz und der Form, in der er lebte, der andere aber für die deutsche Einheit im Nationalstaat. Die geistig-politische Polarität also stellt sich nun dar als die soziale Polarität von Adel und bewußtem Bürgertum, real-politisch als die von Partikularismus legitimer Herrscher und Einheitsstaat monarchisch-bürgerlicher Prägnanz.

Damit ist aber nun die Polarität von Legitimus und Liberalismus als lebendiges, gleichzeitiges Ganzes geklärt aus der Konstellation des Seins heraus. Nun bleibt noch die Aufgabe zu lösen, die Stellung dieser Polarität aufzuweisen, die sie 1859 eingenommen hat, denn mit ihr ist die politisch-historisch-soziologische Anfangskonstellation der „Neuen Aera“ gegeben.

Die Polarität von Legitimus und Liberalismus wird nun dadurch kompliziert, daß der Liberalismus sich in zwei verschiedenen Formungen ausprägt. Die eine enthält als ihren Kernpunkt den Nationalgedanken, die andere den Freiheitsgedanken. Dieser Unterschied, der das politische Leben Deutschlands weitgehend erschwerte, lag begründet in dem Gegensatz von Preußen zu dem übrigen Deutschland. Preußen als die stärkste deutsche Macht neben Oesterreich mußte als solche schon rein äußerlich zu den anderen Territorialstaaten in Gegensatz stehen, weil durch seine Stellung in Europa das übrige Deutschland gezwungen wurde, sich dauernd neu zu orientieren. Man weiß, daß es das immer so getan hat, daß es auf der Seite des jeweils Stärkeren stand³¹. So war aber das außerpreußische Deutschland politisch stets im Schlepptau des europäisch bedeutsam gewordenen Preußen, d. h. es orientierte sich dann stets an dem Gegensatz der beiden deutschen und europäischen Mächte: Preußen-Oesterreich. Der Dualismus Preußen-Oesterreich beherrschte den politischen Stand der außerpreußischen Staaten, die insofern völlig abhängig von diesen beiden Großmächten waren. Es ist bekannt, daß durch diese

real-politische Situation vor allem der Legitimus gestützt wurde: denn je mehr man real abhängig war, desto mehr mußte man sich ideologisch unabhängig fühlen dürfen, — man blieb souveräner Staat und damit legitim und als legitimer Staat konnte man sich nur jenem legitimen Staat anschließen, der gegen den trotz seiner eigenen Legitimität in der Politik doch als Gegner empfundenen preußischen Staat vorgehen konnte, das war Oesterreich. Innerhalb dieses latenten real-politischen, europäisch bedingten Dualismus spielte sich nun der Polaritätsprozeß von Legitimus und Liberalismus in dauernd neuer Verknötung ab, verschärft immer mehr durch den konfessionellen Gegensatz Nord- und Süddeutschlands. So gibt es also zwei legitime Zentren, Preußen und Oesterreich mit seinem außerpreußischen Anhang als europäische Gegner und zugleich im engeren Deutschland zwei liberale Zentren, das preußische und das süddeutsche. Enthielt der preußische Liberalismus als seinen innersten Kern die Nationalstaatsidee aus seiner idealistischen Lebenshaltung heraus und sah er in einer freiheitlicheren Staatsgestaltung nur die festere Begründung des Nationalstaates, so stand dem süddeutschen Liberalismus der Freiheitsgedanke in seiner harmonistisch-individualistischen Prägung im Mittelpunkt, wie er von Frankreich übernommen und durch den Napoleonismus eingeführt worden war³².

Noch ein Faktor aber fehlt an der Zeichnung der polaren Konstellation Deutschlands in den Jahren von 1815—1850, also in der sogenannten Biedermeierzeit: die wirtschaftliche Entwicklung. Von 1830 ab beginnt das aufgewachte, intellektuell hell-sichtiger gewordene, von der real-politischen Gestaltung im Großen und Ganzen ausgeschlossene Bürgertum sich wirtschaftlich im kapitalistischen Sinne fortzubilden; vor allem unter dem Einfluß der naturwissenschaftlichen Geistesaufhellung und der Möglichkeit der technischen Naturbeherrschung. Der Abschluß des Zollvereins und der rasche Bau von Eisenbahnen und die Entwicklung vor allem der Textilindustrie sind dafür Symptome.

Stellt man sich nun zu dieser Konstellation jenes Kulturgut vor, das aus Idealismus, Romantik und historischer Schule durch die „Bildung“ übernommen wurde, so ergibt sich das Bild jener Biedermeierzeit, das als Kulturtyp am Ende des vori-

gen Kapitels schon angedeutet wurde. Diese Biedermeierzeit ist die Vorgängerin der Periode der „Neuen Aera“ und fand ihren höchsten politischen Ausdruck in der Revolution von 1848. Das politisch-soziologisch Entscheidende jener Periode liegt nun darin: dem Legitimus war es gelungen, durch seine Stellung und Verwurzelung in der angegebenen ständischen Lebensgliederung und kraft seiner ja auch nicht angefochtenen realpolitischen Macht, den liberalbürgerlichen Nationalgedanken zurückzudrängen, vor allem nicht Wirklichkeit werden zu lassen. Als Mittel aber dazu konnte er nur diejenigen anwenden, die zugleich die gegebenen subjektiven Freiheitsrechte des Volkes schmälerten³³. Damit erreichte er einmal, daß die Nationalstaatsidee Idee blieb; dann aber, daß sich die liberalen Kräfte darauf konzentrieren mußten, ihre subjektiven Freiheitsrechte in Verfassung, Recht und öffentlicher Meinung zu schützen und sich damit auf eine Taktik festzulegen, die vom Einheitsgedanken abzog und völlig abhängig war von dem politisch-taktischen Vorgehen des Legitimus. Solange das gelang, konnte auch der latente Gegensatz Preußen-Oesterreich ruhen. Für den Liberalismus aber war die Folge einmal die Abwendung von seiner metaphysischen Bindung und die restlose Zuwendung zur politischen Realität, weil es in ihr um die liberale Existenz überhaupt ging. Zweitens aber wird die Nationalstaatsidee nun zu einem politisch-taktischen Problem, weil sie nun ganz mit der Freiheitsidee verbunden wurde, da eben ohne die Wahrung von „Verfassung und Recht“ schon eine Propagierung der Nationalstaatsidee unmöglich wurde. Drittens vollzog sich durch den Zwang dieser konkreten Situation die Annäherung des norddeutschen idealistischen Liberalismus an den süddeutschen individualistischen, dem von vornherein die individuelle Freiheit im Mittelpunkt seines politischen Wollens stand. Aber auch weil in den süddeutschen „Kammern“ diesem Liberalismus wenigstens die Gelegenheit gegeben war, realpolitisch zu wirken, was dem norddeutschen Liberalismus von vornherein abging. Und viertens kommt nun für den Liberalismus der Zwang hinzu, sich mit der werdenden gesellschaftlich-zivilisatorischen Entwicklung in Kapitalismus und Technik auseinanderzusetzen. Hier war aber zugleich noch der einzige

Punkt gegeben, in dem die Nationalstaatsidee wenigstens wirtschaftlich in Erfüllung ging. Auf der anderen Seite aber tritt als ein neuer Spieler der junge Sozialismus auf, der aus dem kapitalistisch-bürgerlichen Vormarsch seine Nahrung erhielt. Das „kommunistische Manifest“ weist auf Auseinandersetzungen hin, die zwar erst später heftig werden sollten, jetzt aber schon die Situation des damaligen Bürgertums kennzeichneten und sie unsicher machte. So zeigt diese Situation in allen einzelnen Zügen gleichermaßen die soziologisch entscheidende Wandlung: die Wandlung zum Realismus. Abwendung von der rein gedanklichen und metaphysischen Lebensbegründung und, unter dem Drucke des realen Seins, Hinwendung und Hingabe an diese Realität.

So kam die deutsche Revolution von 1848 zustande als der eruptive Ausdruck der Lage des damaligen Bürgertums. Wiederum war der äußere Anlaß die radikale Beschneidung der subjektiven Freiheitsrechte, ohne die der Liberalismus seine deutsche Einheit nun einmal nicht schaffen konnte. Dazu mag als äußerer Anlaß die soziale Lage des der Industrialisierung anheim gegebenen Handwerks und die des entstehenden Lohnarbeiterproletariats und nicht zuletzt das französische Geschehen dazukommen: entscheidend bleibt, daß der Wille des deutschen Bürgers, der viel bewußter und konkreter geworden war, die deutsche Einheit forderte, diese aber nicht nur der Idee nach, sondern vor allem als wirtschaftliche und zivilisatorische Notwendigkeit. Der deutsche Bürger sah, daß der Legitimus die ersehnte Einheit nie schaffen würde; so griff er zur Selbsthilfe. Alles, was dabei an freiheitlichen und sozialen Rechten im ersten Ansturm gewonnen wurde, war deswegen als erstes gewonnen, weil man erst auf dieser Basis zum Kern gelangen konnte und weil sie am schnellsten erreichbar waren. Sie waren ja bereits staatsideologisches Bildungsgut des ganzen Volkes geworden. Daß die Revolution von 1848 keine soziale war, nicht zum Hauptzweck die Durchsetzung des Bürgertums als Klasse gegenüber dem Adel hatte, beweist die entschiedene Ablehnung der Republik und der individualistisch-demokratischen Staatsgestaltung durch das Vorparlament, die der süddeutsche Liberalismus seiner Struktur gemäß forderte. Das wahrhaft Revolutionäre

gerade 1848 mußte bei der ganzen historisch-soziologischen Konstellation nur die Nationalitätsidee sein. Erst von hier aus läßt sich dieses historische Geschehen richtig verstehen.

Man weiß, daß es dem Bürgertum nicht gelungen war, die deutsche Einheit zu schaffen. Sie scheiterte an dem europäischen Machtverhältnis von Preußen und Oesterreich und sie war ja auch für die deutsche Nationalversammlung von 1848/49 das schwerste Problem gewesen. Und doch hatte sich, wenn auch mühevoll, die Erkenntnis durchgesetzt, daß real-politisch die Einheit nur von Preußen ausgehen könne. Preußen versagte sich durch Friedrich Wilhelm IV., weil er „legitim“ bleiben wollte. Denn mit dem Augenblick, in dem Preußen seine „Legitimität“ aufgab zugunsten einer deutschen Einheit, wäre eben das eingetreten, wogegen man seit 1815 angekämpft hatte — das wäre Selbstaufgabe gewesen. Politisch gesehen aber war der Verzicht auf die Führung in der deutschen Einheitsfrage der Verzicht auf die europäische Stellung Preußens gewesen. Das hat ja dann später Bismarck klar erkannt und daraus die Konsequenzen gezogen.

Was aber wiederum politisch-soziologisch das Entscheidende war: der Legitimus konnte weiterhin die Freiheitsfrage gegen die Einheitsfrage ausspielen, er behielt die reale politische Macht in Deutschland. Der Ausgang der deutschen Nationalversammlung 1849 „bewies“ für den Legitimus deren revolutionäre, staatszerstörerische Tendenz, auf die man nur mit radikaler Unterdrückung aller freiheitlichen Bestrebungen antworten konnte: Reaktion von 1850. Damit hatte man aber endgültig freie Hand dafür, von sich aus die deutsche Einheit zu schaffen, denn das Bürgertum war in seinem politischen Willen und Wirken restlos geschlagen — weil es unrevolutionär war und nur so sein konnte. Denn der Bürger machte Halt als es an die Grundlagen der Erwerbsmöglichkeiten ging; die aber standen bei einer wahren Revolution in Gefahr.

Damit ist nun aber die Anfangskonstellation von 1859 politisch-soziologisch angebar geworden. Sie ist abhängig von dem neuen Stand der politischen Polarität von Legitimus und Liberalismus, in der der Legitimus als Reaktion dominiert, in dem er mit dem Mittel der Bürokratie und der Frei-

heitsbeschränkungen nun selbst den einheitlichen Bau des Reiches in die Hand nahm. Wenn auch der erste Versuch durch Preußen in Olmütz scheiterte, so ist für die Gesamtsituation doch entscheidend, daß den Liberalen die Verwirklichung des Einheitsgedankens aus den Händen genommen war. Von nun an konnte der Liberalismus nie mehr allein die deutsche Einheit schaffen. So mußte er sich wieder auf die Verteidigung der Position von „Recht und Verfassung“ zurückziehen und versuchen, von da aus die „öffentliche Meinung“ mittels „moralischer Eroberungen“ zu überzeugen, daß die Einheit Deutschlands nicht auf dem legitimistischen, sondern nur auf dem freiheitlichen Wege zu erreichen sei. Hiermit ist aber nicht nur der Stand der politischen Polarität, deren geistiger Ausdruck sich in demselben Maße realistischer gestaltet wie die ganze politische Seinssphäre, gekennzeichnet, sondern zugleich die historisch-soziologische Konstellation nach 1848 überhaupt. Hier liegt der entscheidende Punkt in dem Lebensgefühl, das jene Zeit beherrscht und das man das realistische nennen kann. Man ist durchweg, sowohl beim Legitimus als beim Liberalismus, realistischer, d. h. unmetaphysischer, seinsverbundener eingestellt. Man nimmt das Leben nicht mehr als Erscheinung, sondern als Wirklichkeit. Damit ist der Sinn des Lebens auch nicht mehr der, irgendein Absolutes „darzustellen“, zu „entfalten“, sondern einmal schlechtweg das Leben zu leben, so wie es „von selbst“ läuft. Der Einfluß der naturwissenschaftlich-zivilisatorischen Aufhellung und die Entwicklung der Technik, der von beiden in der Realität erzielte rasche „Fortschritt“, verhalfen zu diesem Lebensgefühl. Und gerade bei den Liberalen wurde dieses so mächtig, weil sie, wiederum von der positiven Staatsgestaltung ausgeschlossen, nichts anderes tun konnten, als sich dem wirtschaftlichen, technischen und geistig-intellektuellen Leben hinzugeben. Dadurch hatte man keine Zeit mehr, philosophisch oder staatsphilosophisch zu spekulieren, sondern man mußte darauf achten, daß man gleichen Schritt mit dem „Fortschritt“ hielt. Dabei hatte man aber wiederum keine Zeit, geistig-seelisch sein Dasein zu verarbeiten. Es war ja auch „alles schon gesagt“, wie man typisch dachte.

In diese Situation, die des näheren noch ausgeführt werden soll, fielen zwei Ereignisse, die eine neue Wandlung brachten und die „Neue Aera“ in Preußen einleiteten, die in ihren Wirkungen das ganze Deutschland erfaßte: der italienische Freiheitskrieg und die Begründung des italienischen Nationalstaates als außerdeutschen Anlaß; die Ablösung der Regierung Friedrich Wilhelms IV. durch die Regentschaft des Prinzen Wilhelm, der sie mit den bekannten Worten³⁴ antrat, die einen ungeheuren Impuls im deutschen Volke auslösten, als innerdeutschen Anlaß. Damit ist die historisch-soziologische Konstellation von 1859 kurz umrissen. Wie sie im einzelnen aussah, soll jetzt im weiteren nach ihrer gesellschaftlichen und zivilisatorischen Seite hin zur Darstellung gebracht werden. Zunächst aber soll zur besseren Orientierung ein kurzer Abriß des politisch-historischen Geschehens in der Zeit von 1859 bis 1866 gegeben werden.

2. Abschnitt.

Historischer Abriß der „Neuen Aera“.³⁵

Nach einjähriger Vertretung hatte Prinz Wilhelm die Regentschaft in Preußen übernommen und dadurch einen vom Volk begeistert aufgenommenen Akt vollzogen, daß er sein Regierungsprogramm³⁶ veröffentlichte und die Umbildung des rein reaktionären Ministeriums Manteuffel in das altliberale des Fürsten Hohenzollern-Sigmaringen vornahm. Dieses setzte sich aus mehreren preußischen Altliberalen zusammen, die schon 1848 an der Neuformung des Reichs auf dem rechten Zentrum teilgenommen hatten. Das preußische Volk, seit langem an radikalste Reaktion gewöhnt, begrüßte diese Umbildung mit einem befreienden Jubel, der ermessen läßt, wie schwer der Druck der Reaktion gewesen sein muß. Es übersah dabei, daß der Prinzregent in seinem politischen Denken durchaus konservativ war, monarchisch und legitimistisch gesinnt, und das alte Preußen als Militärstaat in seiner Eigenschaft als europäische Macht und nicht als deutschen Teilstaat vertrat. Es war für ihn persönliches Schicksal, seine Krone neben einem Parlament sehen zu müssen, das ihm seine Zeit gebracht hatte.

Im Augenblick der „Neuen Aera“ aber verschwand diese Seite des Prinzen vor der Tat der Ministeriumsumbildung. Und diese Stimmung drückte sich auch sofort aus in den Wahlen von 1858 für das preußische Abgeordnetenhaus, in das neben 50 ministeriell gesinnten 150 reine Liberale einzogen unter der bezeichnenden Parole „Nur nicht drängen“. Der Liberale des Jahres 1858 war schon froh, überhaupt das Abgeordnetenhaus betreten zu können und hütete sich vor nur prinzipieller, überhasteter Arbeit für sein eigenes Wollen, um nichts zu verderben.

Dieses Ereigniss fiel nun in eine besondere außenpolitische Situation Preußens. Sie wird gekennzeichnet durch die europäische Stellung des deutschen Dualismus von Preußen und Oesterreich. Das Verhältnis von Preußen und Oesterreich hatte bekanntlich im „Deutschen Bund“ seinen politischen Ausdruck gefunden und war kontrolliert von den europäischen Großmächten. Indem die Niederlande und Dänemark zu ihm gehörten und die europäischen Großmächte seine Existenz und Funktion garantierten, war der deutsche Bund eine europäische Institution. Die europäische Gesamtsituation aber wurde damals bestimmt durch Frankreich, d. h., durch Napoleon III. Diese Macht schon konnte nicht dulden, daß durch eine Veränderung der deutschen Verhältnisse in der Richtung auf eine politische Konzentration aller Kräfte unter Preußens Führung eine Machtverschiebung des europäischen Staatensystems sich entwickelte. Das aber mußte die Tendenz Preußens als Großmacht sein. Demgegenüber aber mußte Napoleon III. seine eigene Stellung in Frankreich stützen, indem er als Vorkämpfer der nationalen Selbstbestimmung der Völker auftrat und in deren Namen er sein Volk in kriegerische Unternehmungen riß, die es ablenken sollten von innerpolitischer Betätigung, mit dem Ziel, seine eigene Macht zu stützen. Diese innerpolitische Stellung brachte ihn in Konflikt zu seiner außenpolitischen in bezug auf Preußen, denn das Ziel seiner kontinentalen Politik ging auf die Zerstörung des Bundes der Ostmächte und auf die Verhinderung der deutschen Einigung, die er durch kleine Machterweiterungen Preußens in Süddeutschland zu erkaufen versuchte. So trat Frankreich äußerlich für die National-

einheit Deutschlands und Italiens solange ein, als es seinen eigenen Interessen (in Deutschland der Süden, in Italien Savoyen und Nizza) nützlich war.

In dieser politischen Gesamtsituation Europas lag der deutsche Dualismus von Preußen und Oesterreich eingebettet. Der Ausdruck dieser Verknüpfungen sollte bald in jenem Konflikt ausbrechen, der durch den französisch-österreichischen Krieg in Sardinien und in der Lombardei heraufbeschworen wurde. Mit Frankreich gegen Oesterreich vorzugehen, um von hier aus den deutschen Bund zu zersprengen, war Preußen in seiner Situation nicht möglich. Dem standen zu viele Hemmungen, vor allem persönlich-legitimistische des Prinzregenten, im Wege. Ein siegreiches Oesterreich aber war unbedingte Gefahr für die Einigung Deutschlands. Die öffentliche Meinung der Liberalen, Katholiken und Süddeutschen war aber die, Oesterreich in seiner Not beizustehen. Dabei wurde jedoch die Hilfeleistung an die Bedingung geknüpft, daß der militärische Oberbefehl Preußen zufallen müsse und daß eine durchgängige Reform der militärischen Bundeseinrichtungen gewährt werde. Man suchte also die außenpolitische Gefahr zur politischen Regeneration zu benutzen. Preußens Regierung blieb aber doch neutral, erklärte sich höchstens zu einer bewaffneten Vermittlung auf Grund der Erhaltung des österreichischen Besitzstandes in Italien unter der Bedingung der alleinigen Verfügung seitens Preußen über das Bundesheer bereit. Oesterreichs Entscheidung fiel bei dieser Wahl auf die Erhaltung seiner deutschen Position, indem es auf seine italienische verzichtete. Der Friede von Villafranca kam unter dieser Entscheidung zustande.

Damit aber war nun der Dualismus Preußen-Oesterreich völlig in den Vordergrund geschoben. Die öffentliche Meinung erfaßte ihn unter dem Begehren einer Bundesreform, die auf eine Ersetzung des Bundestages durch eine feste, dauernde und einheitliche Zentralregierung, auf die Einberufung einer deutschen National-Versammlung aus Preußens Initiative, auf die Wahrung der außenpolitischen Interessen durch Preußen und auf generelle Uebernahme der diplomatischen Vertretung durch Preußen sich bezog. Dieses radikale Programm einer Einigung Deutschlands unter preußischer Führung war nun die erste Parole, die in

Deutschland durchschlug und erbitterte Kämpfe heraufbeschwor. Denn nun suchte der Liberalismus zum dritten Male die deutsche Einigung zu vollziehen und damit gegen den Legitimus vorzugehen. In der Gründung des National-Vereins als eines über ganz Deutschland sich erstreckenden Bundes zur staatspolitischen Bildung und Erziehung, zur freiheitlichen, deutschen Einigung, war zugleich für diesen Liberalismus das Organ gefunden. Ein wirksamer Gegensatz konnte innerhalb des engeren Preußen nur von Preußen ausgehen, das als europäischer Staat in der Rivalität mit Oesterreich blieb und bleiben mußte und so nur ein Mittel hatte, sich gegen den Liberalismus zu wenden, indem es ihn nun wiederum auf die Freiheits-, Verfassungs- und Rechtsfrage setzte. Hierdurch bekam es freie Hand für das Einigungswerk im großpreußisch-europäischen Sinn, in dem allein der Legitimus ein Kompromiß mit dem Nationalitätsgedanken schließen konnte³⁷. Von hier aus rollt sich das historische Geschehen der „Neuen Aera“ in seiner dauernden, vielfältigen Verknötung der verschiedensten Gegenstände sinnvoll ab.

Es vollzieht sich also von nun an das politisch-historische Geschehen um 3 sich stets überschneidende Polaritätszentren: das eine ist das preußisch-österreichische als Gegensätze zweier europäischer Großmächte um die territoriale Vorherrschaft in Mitteleuropa (Deutschland), das zweite ist die Gegensätzlichkeit von Legitimus und Liberalismus. In der Einheitsfrage geht es um das territoriale, dynastische Großpreußen und die richtige, deutsche Nationaleinheit, in der Freiheitsfrage um möglichst geringe, bzw. möglichst weite politische Rechte. Das dritte aber ist der Gegensatz der preußischen Großmacht zu den übrigen deutschen Partikularstaaten. Kompliziert wird diese ganze politische Konstellation durch Strukturverschiedenheiten im Gesellschaftlichen und Zivilisatorischen, durch den konfessionellen Zwiespalt, durch die Gegensätzlichkeiten innerhalb des Liberalismus in bezug auf den Weg zur deutschen Einheit. (Einheit durch Freiheit oder Freiheit durch Einheit). Zu erwähnen sind sodann noch die Konflikte in den deutschen Einzelstaaten als Ableger der beiden großen Staaten und das Werden der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands durch den seit 1858 jährlich tagenden „Volks-

wirtschaftlichen Kongreß“³⁸. Entsprechend diesen drei politischen Gegensatzzentren spielte sich nun das historische Leben zunächst ab in der Frage der Bundesreform und des Bundeskriegswesens. Oesterreich verhindert sie, obwohl Preußen nur die norddeutschen Korps, Oesterreich aber die süddeutschen befehligen sollte, ohne einen vom Bundestage abhängigen Bundesfeldherrn. Oesterreich schließt sich nun an die Mittelstaaten an, die gegen jede preußische Führung sein mußten, weil sie alles dabei verloren, was ihre „Souveränität“ stützen konnte. Unter Oesterreichs Kontrolle stellen dagegen die Mittelstaaten neue Reformpläne auf, die erfolglos blieben, bis Sachsen einen Reformplan aufstellte, der (15. X. 1861) aber allseitige Ablehnung fand, weil er keine einheitliche Zentralregierung, sondern nur Ministerkonferenzen, ein Trias-Direktorium und eine beratende Delegiertenversammlung der Landtage vorsah. Auch der Versuch einer Einigung der deutschen Fürsten auf dem Badener Fürstentag von 1860 scheiterte. Die ganzen zahllosen Reformversuche von 1859 bis 1862 betrafen immer wieder nur die Verschleierung von Machtpositionen. Ob nun der Bund reformiert werden sollte oder nicht, auf welchem Wege und durch die Einrichtung der verschiedensten Bundesinstitutionen: alle Versuche zielten doch nur dahin, den drei deutschen Mächtegruppen Preußen, Oesterreich und dem übrigen Deutschland ihre territoriale Stellung zu erhalten, solange es nicht einer von ihnen gelang, die Vormacht zu erlangen. Entscheidend war lediglich die Machtfrage im Gefüge des europäischen Staatensystems. Und diese konnte nur gelöst werden durch die Machtausinandersetzung zwischen Preußen und Oesterreich. Darum können die Einzelheiten aller Reformpläne außer Acht gelassen werden, auch die ergebnislosen Aussprachen des Badener Fürstentages von 1860, der mehr ein Höflichkeitsakt als eine politische Tat war.

Eine entscheidende Wendung trat erst ein, als im Jahre 1862 die preußische Regierung am Bundestage durch Graf Bernstoff entschieden erklärte, gegen jede Erweiterung der Befugnisse des Bundestages zu stimmen. Hier fühlt sich Preußen zu einer Verpflichtung Oesterreich gegenüber nicht mehr ver-

anlaßt und zeigt dies demonstrativ durch die formelle Anerkennung des Königreichs Italien. Anfang des Jahres 1863 wird durch Bismarck erklärt, daß man sich auch gegen Oesterreich stellen würde, wenn dieses seine Politik gegen Preußen fortsetze. Aus dieser Situation heraus lehnte Preußen, d. h. König Wilhelm, die Teilnahme am Frankfurter Fürstenkongress ab, der noch einmal durch eine Aussprache sämtlicher Fürsten eine Einigung über die Gestaltung des deutschen Bundes unter Wahrung der partikular-souveränen Sonderinteressen erzielen sollte, niemals aber die Absicht haben konnte, eine deutsche Einheit zu schaffen. Denn schon daß diese von den Fürsten allein ausgegangen wäre, hätte ihre Durchführung unmöglich gemacht. Es war dieser Fürstentag der letzte Versuch, auf friedlichem Wege den Dualismus zwischen Preußen und Oesterreich zu beseitigen. Daß er sich dadurch, d. h. durch irgendeine Umgestaltung der politischen Institutionen, innerhalb derer der Gegensatz latent spielte, nicht beseitigen ließ, zeigt, daß die Mittel zur Beseitigung falsche waren, daß es sich nicht um die Umwandlung politisch-institutioneller Formungen handeln konnte, sondern um die reale Machtstellung. Die aber hatte Preußen auf Grund seiner besseren staatlichen Führung (besonders durch Bismarck), hatte sie aber vor allem durch einen ungeheuren zivilisatorischen und wirtschaftlichen Vorsprung. Aber nicht nur den letzten Versuch der preußisch-österreichischen Verständigung bot der Frankfurter Fürstentag von 1863 dar, sondern auch den letzten außerpreußischen Versuch des Legitimus, auf der Basis der Klein- und Mittelstaaten eine deutsche Einheit zu schaffen. Beide Fragen sind im Rahmen der gesamteuropäischen Konstellation durch die reale Macht entschieden worden: 1864 durch den dänischen, 1866 durch den preußisch-österreichischen Krieg. Damit kann für die weitere Betrachtung der preußisch-österreichische Dualismus in seinen mannigfaltigen historischen Ausdrücken ausgeschaltet werden und der Uebergang geschehen zu den Auseinandersetzungen des preußischen Legitimus mit dem deutschen Liberalismus.

Das Charakteristikum dieser Auseinandersetzungen liegt, wie schon erwähnt, in der Tendenz Preußens, einerseits euro-

päische Großmacht, andererseits legitimistische Großmacht zu sein. Von dieser Position aus wurde die ganze Einheitsfrage behandelt und erst in deren Rahmen die Freiheitsfrage, die ja jederzeit gegen die Einheitsfrage den deutschen Liberalen gegenüber ausgespielt werden konnte.

Das Entscheidende an den innerpolitischen Ereignissen Preußen-Deutschlands war dieses, daß es den Liberalen nirgends gelang, konkreten Einfluß auf die Einheitsgestaltung Deutschlands zu erlangen. Die ganzen Auseinandersetzungen zwischen Preußen und Oesterreich über die Bundesreform geschahen ohne die Liberalen, waren geleitet worden durch die ministeriell gewordenen und damit sehr konservativ eingestellten Altliberalen zuerst — und so lange schwankend — dann aber tatkräftig und energisch durch Bismarck. So blieb den Liberalen immer nur die Möglichkeit, diese ganzen Fragen theoretisch zu erörtern in ihren verschiedenen Zeitschriften³⁹, Zeitungen, Broschüren und im Briefwechsel mit Gleichgesinnten. Damit aber waren sie politisch lahmgelegt, aus welcher Not die Liberalen dann die Tugend machten, auf diese Weise wenigstens doch die „öffentliche Meinung“ zu erziehen, um bei den Wahlen dann das Fazit ziehen zu können, wenigstens über ein noch liberales Abgeordnetenhaus zu einem liberalen Ministerium zu kommen. Das aber mußte so lange scheitern, als die Bildung des Ministeriums im wesentlichen unabhängig war von den parteilichen Mehrheitsverhältnissen im Abgeordnetenhaus. So saßen die Liberalen also in einer mehr als schwachen Position. Darüber konnte auch die Existenz des National-Vereins mit steigenden Mitgliederzahlen und die Bildung einer Fortschrittspartei in Preußen 1861 nicht hinwegtäuschen. Was diese beiden Tatsachen und vor allem das Programm der Fortschrittspartei bewiesen, war einmal, daß das bürgerliche Volk durchaus liberal gesinnt war und dies in den Wahlen von 1861 dadurch zum Ausdruck gebracht hat, daß 100 Fortschrittlern nur 24 Konservative im Abgeordnetenhaus entsprachen; dann aber auch, daß dieses liberale Bürgertum politisch sehr lebhaft gewesen ist, daß aber diese politische Lebhaftigkeit nun schon viel weniger auf die direkte Schaffung der Einheit gerichtet war, sondern auf eine ungeheuer weitgehende Ausbildung des preußi-

schen Staates zu einem konstitutionell-freiheitlichen Rechtsstaat. Man glaubte ja damit, nicht nur für und mit „Prinzipien“ zu kämpfen, sondern „Realpolitik“ zu treiben. Realpolitik ist für den damaligen Liberalen aber der Versuch der langsamen Einführung des prinzipiellen Rechtsstaates, aber nicht auf den Wegen der Angleichung an die realen politischen Strukturverhältnisse des preußischen Staates, sondern grundsätzlich aus dem Prinzip der politischen Gleichheit und Freiheit heraus.

Wie ist es zu diesem Wandel in der politischen Zielsetzung gekommen? Zugleich mit der Anregung zu einer durchgängigen Bundesreform anläßlich des Krieges von 1859 war in Preußen durch die Mobilmachung des Heeres der Erweis von dessen Unfähigkeit zum militärischen Handeln gegeben. Die preußische Kriegsverfassung beruhte noch auf der Gesetzgebung von 1814, die eine dreijährige Dienstzeit von jeweils 40 000 Mann vorsah. Inzwischen war Preußens Einwohnerzahl so gestiegen, daß nach dem Rekrutierungsmodus dieser Kriegsverfassung jährlich 65 000 Mann hätten unter die Fahne treten müssen. Der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht war damit durchbrochen. Außerdem konnte die Zusammensetzung des Heeres den neuen Ansprüchen Preußens nicht mehr entsprechen, weil Linientruppen und Landwehrruppen scharf geschieden wurden. Es sollten jetzt die drei jüngeren Jahrgänge der Landwehr zu den Linientruppen als Reserve geschlagen werden, die vier älteren Jahrgänge die eigentliche Landwehr bilden, jedoch unter Führung von — adligen — Berufsoffizieren, nicht mehr von den Offizieren des Bürgerstandes. Die ganze Reform des Heeres bezog sich nicht nur auf die auch von den Liberalen grundsätzlich anerkannte Vergrößerung des Heeres, sondern auf eine starke Nutzung der eigenen Macht des Legitimismus nicht nur gegen außen, sondern vor allem gegen innen, indem man zugleich mit bürgerlichen Truppen und adligem Offiziersstand jedem revolutionären Einigungsversuch gewappnet gegenübertraten, ihn eigentlich sogar damit ausschließen konnte. Eine rein technische Zweckmäßigkeitsfrage war die nach der Dauer der Dienstzeit, ob 2 oder 3 Jahre. Hierüber wäre eine Verständigung zu erzielen gewesen (und sie war auch fast erzielt worden), wenn

nicht diese ganze Frage in eine dritte hineingeschoben worden wäre, nämlich in die finanzielle, und damit in die liberal-politische Doktrin. Die Liberalen sahen in der Reorganisation des Heeres wohl eine Notwendigkeit, jedoch nicht in der Umformung des Heeres und auch nicht durch sofortige Bewilligung von jährlich 9 $\frac{1}{2}$ Millionen Talern. So brachten die Liberalen die Heeresvorlage zu Fall in der Session von 1858/59 mit der Begründung, die finanzielle Mehrbelastung sei zu hoch für ein Heer, das doch nur dem Adel diene, aus dem man die volkstümliche Landwehr herausziehe und das letzten Endes tatsächlich doch nicht zum Kriege bereit sei, wie eben im Jahre 1859. Die Folge war, daß die preußische Regierung in der Session von 1860 die Heeresvorlage im Abgeordnetenhaus erneut einbrachte, die sie wiederum nicht durchbringen konnte, daher zurückzog und auf ein Kompromiß einging, das ihr außer den budgetären Mitteln für die Armee noch 9 Millionen Taler einbrachte zur „einstweiligen Aufrechterhaltung und Vervollständigung derjenigen Maßnahmen, die für die fernere Kriegsbereitschaft und erhöhte Streitbarkeit des Heeres erforderlich sind“. Damit konnte die an sich abgelehnte Umwandlung des Heeres vollzogen werden, was auch sofort geschah. Die Regierung und der Prinzregent aber unter-schoben der Bewilligung des Geldes die „faktisch“ Zustimmung seitens der Liberalen zur Heeresreform als solcher — unter Offenlassung der Frage der Dienstzeit — während die Liberalen an dem unbestimmten Begriff der „einstweiligen“ Aufrechterhaltung festhielten. Hier liegt der eigentliche, sachliche Zwiespalt zwischen der preußischen Regierung und den Liberalen, der dann den jeweiligen beiderseitigen Interessen entsprechend verwendet wurde und zum „Verfassungskonflikt“ führte.

Die Session von 1861 wiederholte das Kompromiß in der Heeresfrage nach der finanziellen Seite hin, nicht ohne eine wesentliche Verstimmung unter den Liberalen erzeugt zu haben. Daß das Kompromiß auch 1861 durchging, lag an der Haltung der „Altliberalen“, die sich stets den Wünschen des Ministeriums zu fügen bereit waren. Damit machte man aber die Krise zu einer schleichenden: zu der Machtlosigkeit in der Einheitsfrage gesellte sich nun noch die Machtlosigkeit in der Freiheits-

frage, in der entscheidenden Mitgestaltung an den finanziellen Verhältnissen, die für das steuerzahlende und wirtschaftende Bürgertum doch die brennendste Angelegenheit politischen Lebens war. Als nun noch 1861 außerhalb Deutschlands eine liberale Welle durch Europa flutete, in Rußland gewisse Zugeständnisse an die Bauernbefreiung gemacht, in Schweden die alte Ständevertretung in ein konstitutionelles Parlament umgewandelt wurde, die Kämpfe um die Wahlrechtsreform entbrannten, Handelsverträge den Sieg des wirtschaftlichen Liberalismus verkündeten, auch Oesterreich zu einer z. T. liberalen Verfassung geführt wurde, in Italien der Nationalstaat begründet wurde — da mußte der deutsche Liberalismus sich erneut aufmachen gegen eine Regierung, in der man sich so sehr getäuscht hatte. Das politische Erleben erwachte stärker, der Nationalverein stand in Blüte, die Fortschrittspartei wurde gegründet, eine Flut, politischer Literatur überschwemmte Deutschland, die volkswirtschaftlichen Kongresse arbeiteten mit Erfolg, es bildeten sich Handelstage, Juristentage usw., das Volk organisierte sich in zahllosen Turn- und Sängervereinen, die Arbeiter schlossen sich in Bildungsvereinen und Genossenschaften zusammen. Nur die politische Macht zur einheitlichen und freiheitlichen Staatsgestaltung fehlte. Nun erhoffte man diese in Preußen von der Fortschrittspartei, der nationalen Partei des Abgeordnetenhauses“, der „Exekution des National-Vereins in Preußen“. Indem man aber die Einigung Kleindeutschlands unter Preußens Führung in der Art des „Aufgehens Preußens in Deutschland“ propagierte, setzte man sich wiederum in schärfste Opposition zum Legitimus. Zugleich aber auch durch die scharfe Forderung eines verfassungsmäßigen Parlaments. Für die parlamentarische Arbeit im Abgeordnetenhaus bedeutete das eine Verschärfung der Lage. So entstand aus dem Militärkonflikt der Verfassungskonflikt. Die erste Session 1862 endete nach ganz kurzer Lebensdauer mit der Auflösung des Abgeordnetenhauses, nachdem der König die Entlassung des Ministeriums abgelehnt hatte. Das Auftreten in der deutschen Frage seitens der liberalen Opposition, die ungünstige Aufnahme liberaler Vorlagen, die Ablehnung des Wehrgesetzes zeigten, daß man um allen Preis energisches

Auftreten durch Obstruktion erreichen wollte. Man heutete die Situation weidlich beim Volke aus, indem man die Regierung beschuldigte, Recht und Verfassung zu verletzen. Das ganze parlamentarische Verhalten einer politisch-machtlosen parlamentarischen Mehrheit wurde hier durch die Ideen des ursprünglichen Liberalismus gerechtfertigt, aber nur, um die reale Situation zu verbergen. Die Ideen sind zu reinen Ideologien geworden, d. h. zu Mitteln in den Händen einer ganz anderen Zweckhaftigkeit als der, der sie ursprünglich zugehörten. Was für den früheren Liberalismus Erlebnis war, das war jetzt taktisches Mittel zur Durchsetzung realer Interessen geworden, bzw. zu verhüllenden Mitteln realer politischer Ohnmacht. Als nun auch in der zweiten Session von 1862 nach abermaligen Neuwahlen die neue liberale Mehrheit auch nichts anderes treiben konnte als Oppositionspolitik, indem sie die Streichung sämtlicher Mehrkosten der Heeresreform und der Mittel für die Marine forderte, indem sie weiter unerbittlich an der zweijährigen Dienstzeit festhielt und so jegliche, auch parlamentarische, Tätigkeit unmöglich machte, fiel der entscheidende Schlag gegen den Liberalismus durch die Ernennung Bismarks zum Ministerpräsidenten. Die einfache Tatsache, daß „Recht und Verfassung“ dem Parlament keine einflußreiche Stellung auf die Ministerernennung und Regierungsführung gegeben hatten, schaltete die politische Macht des Liberalismus aus. Bismarck trieb aber von seiner Ernennung ab eine klare und großzügige Politik. Vom Standpunkte der europäischen Großmacht Preußen aus war für ihn das erste Ziel die Einigung Deutschlands von Preußen aus unter Wahrung der legitimistischen Interessen innerhalb der Gesamtsituation Europas. Damit war für ihn zweierlei gefordert: die Ueberwindung Oesterreichs und die Ausschaltung des Liberalismus. Das erste erreichte er durch ganz eindeutiges Auftreten in der Bundesreform, indem er sowohl Oesterreich abstieß als auch wieder an sich zog, wenn er es brauchte (so in der Schleswig-Holstein'schen Frage 1863/64), und sich dann trotzdem nicht scheute, die Lösung des Konflikts mit militärischer Macht zu versuchen (1866). Die Ausschaltung des Liberalismus gelang ihm ebenfalls

einmal durch den Erfolg seiner nationalen Politik und dann durch sein Auftreten im Verfassungskonflikt. Das Jahr 1863 brachte hier die heftigsten Kämpfe, die damit endeten, daß die Liberalen sich in eine hoffnungslose Opposition hineinrannten, die zunächst mit den staatspolitischen Prinzipien des Liberalismus nichts zu tun hatte, sondern der klare und eindeutige Ausdruck realpolitischer Machtlosigkeit trotz parlamentarischer Mehrheit war. Liest man die vielfältigen politischen Berichte der Liberalen während all der Jahre von 1859 bis 1866 durch, so bemerkt man, wie immer mehr die übernommenen liberalen Staatsprinzipien entwertet wurden zu einer äußeren, ideologischen Rechtfertigung des Liberalismus, wie immer mehr der Liberalismus einsehen mußte, daß einmütiges Vertreten von Staatstheorien noch keine politische Macht verschaffe. Immer mehr versinkt jene liberale Geistigkeit, die noch die Bewegung von 1848 getragen hatte, und immer mehr verschaffen sich die realen Interessen der beiden Klassen von adligem Bürokratentum und Militär und industriell werdendem Bürgertum Geltung. Einheit und Freiheit sind nicht mehr metaphysische Fragen, sondern politische und soziale, solche, die angeben, welcher Menschengruppe die Leitung des Staates angehören solle. Die Einheit brauchten beide: der Legitimus sowohl als der Liberalismus, beide im Interesse eigener Macht, nur mit dem Unterschied, daß nun der Liberalismus fester in der gesellschaftlich-zivilisatorischen Struktur wurzelte als der Legitimus, dieser aber dafür die entscheidende staatspolitische Macht in den Händen hatte, kraft der er sich viel leichter an die gegebene Struktur anpassen konnte als umgekehrt der Liberalismus von seiner Position aus die politische Macht erobern konnte. Dadurch, daß der Legitimus es fertiggebracht hatte, den Einheitsgedanken in sein politisches Machtsystem einzubauen (und das gelang eben nur durch Preußens europäische Haltung) und zugleich der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands weitgehend freien Lauf zu lassen konnte, konnte er die Einheit schaffen, die vor allem eben dem neuen Kapitalismus zu allererst wichtig sein mußte. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß durch das Dreiklassen-Wahlrecht in

Preußen und mit Hilfe der enormen wirtschaftlichen Entwicklung der damalige Liberalismus sich selbst von innen aushöhlte. Denn nun war es einerlei, von wem die Einheit geschaffen wurde, die geschaffen werden mußte. Und außerdem durfte diese nicht die Vorgängerin eines demokratisch-freiheitlichen Staatsgebildes sein, weil dann durch das wachsende Proletariat der kapitalistische Besitzstand gefährdet war. So kamen einander entgegen der großpreußische Legitimus und das kapitalistische Bürgertum, indem der eine sich „liberalisierte“, der andere sich „legitimisierte“, der eine kraft seiner politischen Macht in Dynastie, Beamtentum und Heer, der andere kraft seiner wirtschaftlich-kapitalistischen, staatsnotwendigen Existenz. Auf beiden Seiten gab man dabei die reinen Staatsideen, wie sie entstanden waren auf und bog sie zu Ideen des politischen Mittels rein zweckhafter Natur um. Was sich durchsetzte, eben auch politisch, war die neue Klassenstruktur, die sich nach dem konkreten Besitz, (Grund und Boden oder Kapital), richtete.

Dieser ungeheure Prozeß der „Realisierung“ des Lebens ist es, der sich nun seit Bismarcks Führung der deutschen und preußischen Politik bemächtigte. Nachdem im Jahre 1862 die „Neue Aera“ hiermit ihr Ende fand, bezeichnen die Jahre bis 1866 nur das immer schwächer werdende Sich-Wehren des Liberalismus, der aus der geistigen Verwurzelung herausgerissen, den Weg praktischer Staatsgestaltung beschritt, ohne sich seiner realen Basis bewußt zu werden. Die Realität forderte politische Macht, die Idealität Freiheit, Recht und Einheit. An diesem Sowohl-Als-Auch zerbrach der Liberalismus.

Die einzelnen historischen Ereignisse chronologisch aufzuzählen, erübrigt sich dadurch. Wesentlich war nur, zu zeigen, daß die geistig-politische Polarität von Legitimus und Liberalismus sich „realisierte“, indem sie in eine neue gesellschaftlich-zivilisatorische Struktur „hinabsank“ und sich darstellte als die Polarität zweier bestimmter sozialer Schichten, des Adels und des Bürgertums, die sich zugleich mit der Neukonstruierung des Lebens umbilden mußten und dabei ihre Tradition wahrten, die eine durch die Erhaltung politischer Macht, die andere im Streben nach politischer Macht.

Damit ist die Polarität eine realpolitische geworden und zeigt an, daß die „Neue Aera“ die Auseinandersetzung zwischen Legitimus und Liberalismus um diese politische Macht bedeutet. Damit ist aber noch kein Gesamtbild in der soziologischen Weise hergestellt, die soziologische Bedeutung der „Neuen Aera“ nicht erschöpft. Es ist lediglich der äußere Verlauf dieser Machtauseinandersetzung gezeigt und gesagt, daß wiederum die Polarität von Legitimus und Liberalismus auch in dieser Phase mit dem äußeren, realpolitischen Sieg des Legitimus entschieden wurde, indem der Legitimus den Nationalitätsgedanken verbunden hat mit der Idee des europäischen Preußen. Warum diese Verbindung dem Liberalismus nicht gelang, warum dieser sich politisch auf die Freiheitsidee festlegen ließ und warum er nicht zur politischen Macht gelangen konnte, wird erst ganz verständlich werden, wenn man die Struktur des gesellschaftlich-zivilisatorischen Lebens der „Neuen Aera“ und die neue Staatsideologie der Liberalen kennt.

3. Abschnitt.

Die gesellschaftlich-zivilisatorische Struktur der „Neuen Aera“.

In welchem gesellschaftlich-zivilisatorischen Raume spielte sich nun dieses historische Geschehen der „Neuen Aera“ ab? Wie sah die Gesamtformung des Lebens aus, in deren körperhafter Gestalt der deutsche Liberalismus sich um staatliche Einheit und Freiheit bemühte im Kampfe mit dem Legitimus? Das sind die Fragen, die es nun zu beantworten gilt.

Es ist im ersten Abschnitt dieses Kapitels mit wenigen Strichen die gesellschaftlich-zivilisatorische Gesamtformung der Tatsache Leben skizziert worden, die der Entstehung der geistig-politischen Polarität zugehörig war. Es kann nun aber von dieser Formung aus nicht eine chronologische Entwicklung der Wandlungen aller einzelnen Formen und intellektueller Gehalte gegeben werden. Denn das ist nachzusehen in den Spezialgeschichtswerken oder in den Kulturgeschichtswerken. Worauf es hier ankommt, ist die entscheidende Wandlung der Gesamtformung selbst und deren verschiedene Ausdrücke, in die sie sich ausgeprägt hat. Mit der Art und Gestalt dieser neuen

körperhaften Gesamtformung verbindet sich die Gesamtformung jenes Kulturgutes, das als geistig politische Polarität schon aufgewiesen worden ist, zu dem Bilde des Lebens, in dem dieser Liberalismus dachte, fühlte, wollte und handelte.

Die Gesamtformung nun, von der die Wandlung ausging, war die dynastisch-territorial umschlossene feudal-zünftlerische Lebens- und Gesellschaftsordnung, die sich in der Zeit von 1830 bis 1850 in Deutschland langsam aufzulösen begann. Zur Zeit der „Neuen Aera“ war aber diese Wandlung noch nicht abgeschlossen, sondern in ihrem kräftigsten Vollzuge, so daß gesellschaftlich-zivilisatorisch diese ganze Periode sich als eine typische Uebergangszeit darstellt. Daher kennzeichnet diese Zeit eine Komplexheit der Formen, die sich nach zwei Tendenzen richten, von denen aber die eine die weitaus stärkere ist.

Man bezeichnet als äußere Anstöße zu dieser Wandlung außer der geistigen und seelischen Prädisposition für freiheitliche Lebensgestaltung den Zwang eines rationellen Wiederaufbaus der preußisch-deutschen Wirtschaft nach den Befreiungskriegen unter den Wirkungen der Kontinentalsperre, die Einführung der Dampfkraft in der Form von Eisenbahnen und Industrien und die Befreiung des Bauerntums von seinen feudalen Lasten. Kapitalisierung und Industrialisierung sind die beiden großen Tendenzen, die sich mit allen anderen geistigen Kräften verbinden und so eine radikal neue Lebensanschauung schaffen. Geht man von der methodischen Einsicht aus, daß der Gesellschaftsprozeß die Entwicklung der körperhaften Gesamtgestalt ist, in der sich die naturalen Trieb- und Willenskräfte des Menschen ihre Formung geben, so stellt sich nun der neue Gesellschaftskosmos der Kräfte der Selbst-, Art- und Gemeinschaftserhaltung in der folgenden Struktur dar:

Der einzelne Mensch wird vom Untertan zum Staatsbürger gewandelt. Das bedeutet, daß im menschlichen Bewußtsein primär die vernunft erfüllte Freiheit des Einzelnen waltet, nicht mehr die Gemeinsamkeit des einer bestimmten Ordnung Untertanseins. Der Mensch als Individuum ist sich durch die von ihm entdeckten Mittel der Naturbeherrschung und der durch sie mitentstandenen intellektuellen Aufhellung seines Wertes und seiner Bedeutung innerhalb des menschlichen Zusammenlebens

bewußt geworden und weiß, daß sein Tun und Handeln entscheidend ist für sein Leben und das der Gesamtheit, daß auch die Gesamtheit abhängig ist von der Art seiner Stellung in ihr. Der Einzelmensch lebt also in einer Ordnung, die er sich selbst schafft, einmal durch seine Person selbst, dann durch die allseitige Verbreiterung des Lebensraumes, in dem er steht. Zu der Eigenverantwortung gesellt sich die Verpflichtung für die gesellschaftliche Gesamtheit, die ihrerseits wiederum gestützt wird durch die Vergrößerung der technischen Mittel, mit denen das Leben beherrscht werden kann. Gesellschaft und Staat erhalten nun vom Einzelmenschen aus neue Bedeutung; als Bürger der Gesellschaft ist er Bürger des Staates und Mitglied der Nation und ist sich dieser Verbundenheit bewußt. Er gibt ihr Raum, indem er Staat und Gesellschaft mitgestaltet in der Form von Vereinen, politischen Parteien, wirtschaftlichen Interessengruppen und in der Bildung einer öffentlichen Meinung durch Teilnahme an Presse, Literatur und Kongressen. Alle diese Formen treten neu auf und werden von Staatsbürgern, nicht von Untertanen getragen. Für Ehe und Familie hat dies die Auswirkungen, daß auch die Eheschließung nicht mehr untertan ist der staatsherrschaftlichen Obrigkeit, unter der der Mensch als Untertan stand, sondern eine freie vertragliche Vereinbarung zweier Menschen, die der Ordnung des Gemeinwesens halber (auch in wirtschaftlicher Hinsicht) durch Recht und Gesetz geregelt und gebunden wird. Zugleich liegt in dieser Verdinglichung der Eheschließung die Tendenz der Loslösung von Staat und Kirche. Denn solange noch Obrigkeit und Kirche eine einheitliche Macht bildeten, hing die Eheschließung von beiden gleichermaßen ab. Nun ist für ihre Gültigkeit nur die gesetzliche Schließung, nicht mehr die kirchliche Trauung entscheidend. Die Errichtung der obligatorischen Zivilehe ist hierfür der neue Ausdruck.

Weiter geht der Strukturwandel der gesellschaftlichen Formung in der Familie im Rahmen der allgemeinen, freien, wirtschaftlichen Entwicklung in Gewerbefreiheit und Freizügigkeit. Hier sind die wirtschaftlich selbständige Stellung der Familie, die freie Berufswahl, das freie Niederlassungsrecht garantiert.

Am stärksten aber zeigt sich der Wandel in den Formen des gesellschaftlichen Lebens. Dieses erfährt durch seine Begründung auf die Freiheit des einzelnen Menschen und durch seine wirtschaftlich-kapitalistische und technische Durchbildung zugleich Differenzierung und Nivellierung in dem, was die sogenannte „bürgerliche Gesellschaft“⁴⁰ ist. Die Differenzierung besteht in der beruflichen und sozialen Schichtung der Gesellschaft; die Nivellierung in der Entstehung einer „bürgerlichen“ Lebenshaltung.

Am deutlichsten wird der Gesellschaftswandel aber, wenn man von der Wandlung der Mittel ausgeht, mit denen das Gesamtleben erhalten wird. Dieser Mittelwandel zeigt sich vor allem in der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft, d. h. in der Wirtschaft, in der nicht auf reine Bedarfsdeckung, sondern auf den Mehrerwerb von Geldmitteln hin produziert wird. In dem damaligen Deutschland gingen die Kapitalisierung und mit Hilfe der Technik und des ständig größer werdenden Verkehrs die Industrialisierung in verschiedener Weise vor sich, je nach den Verhältnissen in den einzelnen Landesteilen. Allgemein ist aber die Entstehung der großen Montan- und Textilindustrien und der zur Finanzierung der Industrien notwendigen Banken (so 1853 die Darmstädter Bank). Die Wirkung dieser kapitalistischen Umformung der Wirtschaft, die vollzogen wurde mit der Durchsetzung von Gewerbefreiheit und Freizügigkeit und zum Anschluß an das westeuropäische Wirtschaftssystem durch den Abschluß von freihändlerischen Handelsverträgen (ab 1860; der erste war der deutsch-(Zollverein) französische) führte, war vor allem die wirtschaftliche Sonderstellung Deutschlands gegenüber Oesterreich, das mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten konnte. Hier hat sich der Dualismus zwischen Preußen und Deutschland von selbst entschieden. Die preußisch-deutsche Handelspolitik des Zollvereins hatte diese Tatsache erkannt und durch sein Vorgehen die spätere politische Einigung vorbereitet, indem er die Ausdehnung des Vereins auf Oesterreich stets verhinderte und Deutschland immer stärker an die westeuropäische Wirtschaft kettete. Denn dort lagen für die norddeutsche Landwirtschaft die Absatzmärkte für ihren Getreideüberschuß, der vor allem durch

die neue rationelle Bodenbearbeitung gefördert wurde, und dort lag die Produktion billiger landwirtschaftlicher Maschinen, die immer mehr in der deutschen Landwirtschaft Eingang fanden. Diese und der Aufbau der landwirtschaftlichen Produktion auf die neuen naturwissenschaftlichen Erkenntnisse der Bodendüngung und Viehfütterung, die Ablösung der Dreifelderwirtschaft durch den Fruchtwechsel (Thaer/Liebig) und die soziale Befreiung des Bauerntums waren es, die hier schon einen wesentlichen Strukturwandel der Wirtschaft hervorriefen. Denn aus diesen Gründen und denen des immer reicher werdenden Handels entstand der freie Handel. Der Freihandel ist in Deutschland nicht nur ideologisch analog den politischen Freiheitsforderungen entstanden, sondern real aus der Tatsache der agrarischen Struktur Norddeutschlands und dem Bedürfnis nach landwirtschaftlichen Maschinen und billiger Kleidung. Von hier aus einerseits und von der realen Notwendigkeit nach Gewerbe-freiheit und Freizügigkeit andererseits nahm der deutsche Freihandel seinen Ausgang, und zwar in Preußen und dem Zollvereinsgebiet. Seine Organisation war der „volkswirtschaftliche Kongreß“⁴¹ der im Grunde die ganze deutsche Handelspolitik der „Neuen Aera“ trug, über alle Verfassungskonflikte im preußischen Abgeordnetenhaus hinweg die realen Forderungen nach freiheitlicher Wirtschaftsgestaltung durchsetzte und für Befreiung auch des Verkehrs erfolgreich eintrat. Mit ihm entwickelte sich jener wirtschaftlich denkende Typ des Liberalen, der sich nicht um theoretische und abstrakte Staatsdoktrinen kümmerte, sondern, von der Realität seiner wirtschaftlichen Existenz ausgehend, die neue Wirtschaftsformung durchsetzte. Sein Ziel war ebenfalls die deutsche Einheit, aber nicht nur aus politischer, sondern aus wirtschaftlicher Notwendigkeit. So war es für ihn gleichgültig, wer diese Einheit schuf, nachdem seine politischen Gesinnungsgenossen in politischer Ohnmacht sich auf die theoretische Verteidigung ihrer Prinzipien zurückziehen mußten. Dieser Zollvereins-Liberalismus war es, der dann am schnellsten sich mit Bismarck versöhnte und mit ihm dann tatsächlich die deutsche Einheit schuf.

Neben dieser Linie des wirtschaftlich-kapitalistischen Liberalismus lief aber eine zweite Bewegung, die, ebenfalls aus

wirtschaftlichen Interessen, jedoch den Schutzzoll vertreten mußte: das war der süddeutsche Liberalismus. Wenn auch die norddeutsche Industrie anfangs für den Schutzzoll eingetreten war, so konnte sie doch bald auf einen generellen Schutz verzichten, weil ihre kapitalistische Erstarkung durch den gesteigerten Lebensbedarf der Bevölkerung und der vorteilhaften wirtschaftlichen Struktur des Zollvereins sehr rasch vor sich gegangen war. Anders in Süddeutschland; dort bestand von vornherein nicht jene starke soziale Schichtung in Bauerntum und Gewerbe, sondern eine gleichmäßigere Schicht von freien Bauern und Handwerkern. Beide zunächst ganz auf Bedarfsdeckungswirtschaft eingestellt, mußten sie gegen die Kapitalisierung Front machen. Denn weder der süddeutsche Bauer hatte Interesse daran, weil er weder Großgrundbesitzer noch Exporteur war, noch das süddeutsche Handwerk, das durch die Industrialisierung seine Existenz verlor. Er hatte ja an dem norddeutschen Handwerk ein deutliches Beispiel der seit 1848 immer größer werdenden Verproletarisierung, so daß es durch das Genossenschaftswesen, wie es Schultz-Delitzsch errichtete⁴², gestützt werden mußte. So mußte sich Süddeutschland durch seine anders gelagerte Wirtschaftsordnung gegen die freihändlerische Bewegung Norddeutschlands wenden. Innerhalb der politischen Stellung Süddeutschlands zu Preußen aber hatte diese Stellungnahme die Bedeutung, daß sich nun der süddeutsche, partikularistische Liberalismus französisch individualistischer Haltung mit dem Schutzzollgedanken verband und politisch sich gegen die Führung Preußens im Einigungswerk wandte, vor aller Einigung aber die Garantie der freiheitlich-demokratischen Staatsgestaltung verlangte. Aus diesen Gründen gelang es ja auch dem National-Verein nicht, seine Tätigkeit in Süddeutschland mit Erfolg aufrecht zu erhalten. Die gesamte historisch-soziologische Konstellation in Süddeutschland war ja eine ganz andere. Indem aber der süddeutsche Liberalismus wegen dieser seiner realen Interessen den Freiheitsgedanken mehr als den Einheitsgedanken vertreten mußte, unterstützte er, wie gezeigt wurde, die Tendenzen des Legitimus in bezug auf die Einigung, da durch ihn auch der norddeutsche Liberalismus sich

immer mehr in die Verteidigung seiner Staatsprinzipien verbiß. In diesem wirtschaftlichen Dualismus, der auf der Verschiedenheit der konkreten wirtschaftlichen Struktur Deutschlands beruhte, verharrte nun die „Neue Aera“, vollendete aber dabei immer weiter die Kapitalisierung und Industrialisierung der Wirtschaft.

Eine zweite Folge dieses wirtschaftlichen Werdens aber war die soziale Umschichtung der Bevölkerung. Vor allem war es das Bauerntum, das durch seine Befreiung eine Umbildung erfuhr. Nicht nur, daß dadurch der freie, besitzende Bauer entsteht, sondern auch dadurch, daß das Bauerntum in den Kapitalisierungsprozeß hineingezogen wurde. Die Ackererzeugnisse werden immer stärker in die Erwerbswirtschaft hineingebracht und erhalten ihre Preisbestimmung durch den Weltmarkt. Der Bauer wird also dem schwankenden Erwerbsleben ausgesetzt, was z. T. zu einer Proletarisierung führte (so vor allem die damaligen Weinbauern). Schlimme Folgen hatte die Güterzersplitterung, die durch die Befreiung eintrat und abhängig war von den wirtschaftlichen Kräften des Bauern, d. h. seinem Geldbedarf, da er nun statt Naturalsteuern Geldsteuern zu leisten hatte. Ferner verlor das Bauerntum seine Allmenden und gemeindlichen Nutzungen, so daß diese durch Käufe ersetzt werden mußten. Die bäuerliche Heimarbeit ging durch die Industrialisierung zu Grunde. So wandelt ökonomische Zerrüttung die Erbschaft jahrhunderte alter Einrichtungen, und so schafft die Selbstauflösung des Bauerntums die Struktur des Bauerntums. Denn Unzählige, die sich wirtschaftlich-kapitalistisch nicht halten können, wandern in die Städte und in die industrielle Arbeit ab. Dazu kommt noch die Umwandlung des staatlichen Gemeindelebens, das sich vollzog, indem der Staat die Gemeinden durch Beamte, nicht durch eigentliche Gemeindemitglieder verwalten ließ, ferner die Einwanderung und Ansiedelung fremder Proletarier unterstützte und durch seine Beamten und Lehrer Staatserziehung zu leisten sucht.

Dieser Versuch der „Verstaatlichung“ des bäuerlichen Lebens und die Umbildung der landwirtschaftlichen Natural- zur kapitalistischen Landwirtschaft war der eine Wandlungsprozeß in bezug auf soziale Umschichtung.

Der andere umfaßt die Grund- und Bodenaristokratie, die ebenfalls sich kapitalisierte und ihre Güterbewirtschaftung durch Einrichtung von Maschinen und im Anschluß an den Weltmarkt umbildete. Vor allem aber geht ihr nun das Monopol des freien Grundbesitzes langsam verloren, wie ihr auch das Monopol der Staatsleitung, des oberen Richteramtes und der Heeresleitung aus den Händen gleitet. Denn hier drängt das Bürgertum vor, das kraft seiner wirtschaftlichen Erfolge die nötigen Mittel hat, Land zu erwerben, das von den freigewordenen, Geld benötigenden Bauern oft feilgeboten werden mußte, weil die Bewirtschaftung über ihre Kräfte ging. Andererseits aber bilden Grund und Boden neue Werte durch die Industrialisierung, d. h. durch die in ihm liegenden mineralischen Schätze, so daß es adelige Kreise gibt, die zur Industriegründung übergehen (Oberschlesien). Beide Tatsachen haben eine gewisse Verbürgerlichung der Aristokratie zur Folge, der das Streben des Bürgers nach aristokratischer Lebensweise entgegen kam. Daneben entsteht die stärkste soziale Umbildung: das Proletariat. Das kapitalistische Bürgertum vernichtet zuerst das alte Handwerk und die Hausindustrie und macht ihre Träger zu Besitzlosen. Durch die Gründung von Handwerker-genossenschaften werden die Härten der Umbildung des Handwerks und seiner Beschränkung auf bestimmte, noch nicht industrialisierte oder der Technik unterworfenen Gebiete gemildert. Aber doch entsteht hier ein Proletariat, das sich dann mit dem eigentlichen Lohnarbeiterproletariat verbindet und dann zur Bildung einer eigenen Klasse führt, die in die letzten Jahre der „Neuen Aera“ fällt (von 1863 ab).

Es vollzieht sich also eine Differenzierung der kapitalistischen Wirtschaft in zahllose einzelne Berufe, zugleich aber eine Differenzierung zwischen Besitz und Nichtbesitz. In diesem Prozeß vollzieht sich die „Demokratisierung und die Stabilisierung des Kapitalismus“, wie Sombart⁴³ es genannt hat. Das Wesentliche an dieser wirtschaftlichen Umgestaltung ist aber die Durchsetzung der „bürgerlichen Gesellschaft“ als einer kapitalistisch-wirtschaftlichen. Man weiß, daß die zur selben Zeit sich entwickelnde Technik und Naturwissenschaft diesen ganzen Umbildungsprozeß mitbedingt haben und daß es also

Kapitalismus und Technik in enger Verbindung miteinander waren, die die neue Struktur der Gesamttatsache Leben schufen.

Die Struktur des Gesellschaftskosmos der „Neuen Aera“ stellt sich also dar als die Struktur jener bürgerlichen Gesellschaft und kann als Ganzes gesehen folgendermaßen umschrieben werden:

Zusammen mit der Entwicklung einer auf Erwerb gerichteten, rational und individuell geleiteten, auf Leistung und Gegenleistung aufgebauten plan- und zweckmäßigen Wirtschaft und einer steten Entwicklung technischer Mittel zur Naturbeherrschung bildet sich als Träger dieser Entwicklungen, als Träger dieses Arbeitsprozesses, der Stand der bürgerlichen Gesellschaft heraus, indem er durch seine Leistung die Tatsachen der Welt verändert und erfolgreich umgestaltet. Indem sich diese Gesellschaft bildet, die sich gründet auf die Möglichkeit freier Gestaltung durch den Einzelnen, im freien Wettbewerb mit den anderen und durch den Grad intellektueller Aufhellung in bezug auf die Erkenntnisse der Lebensvorgänge in Natur und Wirtschaft, löst sie die alten Gesellschaftsbindungen auf und zwingt sie zu eben dieser freiheitlichen und zugleich kapitalistischen Neuordnung. Sie vollzieht diese Umbildung in der Befreiung des Bauerntums von den Feudalgebundenheiten, in der Einbeziehung der rationell werdenden Landwirtschaft und des Großgrundbesitzes in die Sphäre der Weltwirtschaft, in dem Zwang, Grund und Boden der industriellen Entwicklung nutzbar zu machen, in der Auflösung der alten Handwerks- und Kleinhandelsverfassung des Kleinbürgertums durch Industrialisierung und Verkehr, und damit zugleich durch die Aufstellung einer auf dieser wirtschaftlichen Grundlage aufgebauten Rechtsordnung, d. h. der Versachlichung der zwischenmenschlichen Beziehungen durch den Vertrag. Die bürgerliche Gesellschaft hat mit ihrer Entstehung gleichzeitig zur Folge die Konzentrierung des Lebens in Städten, die Umschichtung des Verhältnisses von Stadt und Land und damit die soziale Umschichtung der alten Stände zu modernen Klassen, vor allem die Bildung der Lohnarbeiterklasse. Als weitere Folge erscheint die Trennung der einheitlichen Lebenssphäre in eine private, vor allem wirtschaftliche, und in eine öffentliche, staat-

liche und gesellschaftliche. Diese bürgerliche Gesellschaft organisiert sich nun in Deutschland in den wirtschaftlichen Unternehmungen der Industrie, des Handels, des Verkehrs, die alle noch Privat-Unternehmen sind, in der Bildung von Banken und in der Form von Aktien-Gesellschaften. Sie organisiert sich fernerhin zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Formen innerhalb der legitimistischen Staatlichkeit und zur sachlichen Klärung wirtschaftlicher Probleme im „volkswirtschaftlichen Kongreß“ und bildet in ihnen die Ideen des wirtschaftlichen Liberalismus, des Freihandels, und seiner Ideologie, des Manchesterturns, aus. Sie organisiert sich als öffentliche Meinung in Zeitungen, Zeitschriften und Vereinen, zugleich ihre wirtschaftlichen und politischen Forderungen propagierend. Soweit die bürgerliche Gesellschaft sich politisch betätigt, huldigt sie dem politischen Liberalismus und scharft sich um die Ideen von Einheit und Freiheit, organisiert sie sich im National-Verein, als Partei in Preußen in der Fortschrittspartei, außerhalb Preußens in den Kammerfraktionen, später, unter dem Druck des Verfassungskonfliktes (ab 1862), in den Abgeordnetentagen. Soweit sich die bürgerliche Gesellschaft mit ihrem Bildungsgut auseinandersetzt, findet es seine Formen in speziellen Wissenschaftszweigen und deren besonderer Pflege, so vor allem Naturwissenschaft und Technik. Der Zuschnitt des Lebens der bürgerlichen Gesellschaft ist gerichtet auf die Realität des Lebens, die sie sich immer mehr durch ihre Bildung und ihren Besitz erobert.

Am deutlichsten tritt der Uebergangscharakter des damaligen Gesellschafts- und Zivilisationsgefüges in der politischen Sphäre zutage. Es handelte sich für den politischen Liberalismus darum, die Formen des politischen Lebens zu finden, in denen die bürgerliche Gesellschaft sich betätigen konnte eben in bezug auf die Gestaltung des Staates. Es ist nun dem deutschen Liberalismus gelungen, in den Jahren von 1858 ab immer weiter die Trennung von Staat und Wirtschaft zu vollziehen, d. h. durch seine Organisation im „volkswirtschaftlichen Kongreß“ und den politischen Parteien innerhalb der Abgeordneten Häuser und im Einvernehmen mit den Regierungen die Verwirklichung der freiheitlichen Wirtschaftsgestaltung durchzu-

setzen. Was aber nicht gelang, war, die eigentliche politische Macht zu erlangen, die eben im wesentlichen nicht mit der Freiheits-, sondern mit der Einheitsfrage verknüpft war. Die deutsche Einheit aber war genau wie die wirtschaftliche Entwicklung ebenso sehr Notwendigkeit, konnte aber allein von der wirtschaftlichen Basis nicht erreicht werden. Hier tritt nun schon der Gegensatz innerhalb des Liberalismus auf, der bedingt ist von der Stellung zur Einheitsfrage entweder vom politischen oder wirtschaftlichen Aspekt aus.

So handelte es sich also um zweierlei: um die Schaffung der deutschen Einheit und um deren staatliche Gestaltung nach dem Sinne der liberalen bürgerlichen Gesellschaft. Diese aber konnte nur die freiheitliche sein, die schon im Wirtschaftsleben sich durchsetzte und mit ihr verbunden war. D. h. also, die Staatsgestaltung muß ebenfalls ausgehen von der privaten Freiheitssphäre des Einzelnen, muß diese und den Besitz des Einzelnen garantieren und im übrigen die Ordnung des Staates als eine Rechtsordnung herstellen, die den Ablauf des freiheitlichen Lebens ordnet und regelt und zwar so, wie es die bürgerliche Gesellschaft für ihre sichere Lebensführung bedarf. Das bedingt vor allem die Mitwirkung des Bürgers bei der Gesetzgebung, der Rechtsprechung, der Verwaltung und vor allem die Mitwirkung bei der Genehmigung der finanziellen Mittel des Staates. Dies waren die unbedingt notwendigen technischen Formen der Staatsgestaltung für die bürgerliche Gesellschaft, die auch deshalb von den deutschen Liberalen gefordert wurden. Es ist gezeigt worden, daß deren Verkoppelung mit der Einheitsfrage der Grund wurde zu ihrer Nichterfüllung, bzw. der Grund zu dem Bestehen jener Abgeordneten Häuser, die man als „Scheinparlamente“ erkannt hatte. Doch blieb für die bürgerliche Gesellschaft keine andere staatspolitische Organisation als diese übrig, wie es auch ihrem Wesen entsprach, dem Staatsleben eine Verfassung voranzusetzen, in der die Grundlagen des bürgerlichen Lebens überhaupt als Richtlinien für die Gestaltung des staatlichen Lebens aufgezeichnet sind.

Was aber den Charakter der politischen bürgerlichen Gesellschaft ausmacht und abhängig ist von ihrem gei-

stigen Ausgangspunkt und von dem steten Kampf mit dem Legitimus ist die Form der politischen Willensbildung, also die Art der Repräsentation der Liberalen in den Kammern. In ihr zeigt sich vor allem noch der kleinbürgerliche Charakter der politischen Haltung dieses deutschen, wirtschaftlich so aufstrebenden Bürgertums. Solange nämlich das politische Leben seine Organisation nicht in dem Eigenbereich zweckhaft ausgerichteter Parteien finden konnte⁴⁴, ist es abhängig von politisch führenden Einzelnen. Die Bildung einer politischen Sphäre überhaupt war ja in Deutschland ausgegangen von der Schicht der Akademiker, die sich kraft ihrer Bildung zuerst als Staatsbürger fühlten. Sie erst gaben dem Volk die neue geistige Ausrichtung auf den Staat und schufen somit die politischen Institutionen und die öffentliche Meinung. Die Form politischer Beherrschung war die der geistigen Führung einer Masse. Diese aber wurde in Deutschland vornehmlich ausgebildet in den Lokalbezirken und getragen von den „Honoratioren“, also von Leuten, die kraft ihres Amtes oder Berufes, kraft ihrer Bildung und ihrer wirtschaftlichen Leistung und des Besitzes ein besonderes soziales Prestige genossen. Diese und der Lokalbezirk sind nun die Träger für die Auslese zur politischen Repräsentation geworden, was zur Folge die persönliche Verbindung von Abgeordneten und seinem Wählerkreis, besonders seinem Honoratiorenkreis, hatte. Der liberale, gebildete Akademiker wurde dann meistens der Repräsentant. Damit wurde die Repräsentation eine rein bürgerliche und war gegründet auf die Aktivität des Einzelnen, die ja auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet entscheidend war. Gesteigert wurde also dadurch der Einfluß der philosophisch und juristisch vorgebildeten Akademikerschaft⁴⁵ in den „Parlamenten“. Sie waren es auch, die bei ihrer zunehmenden Einflußlosigkeit auf die Regierungsbildung jene liberal-doktrinaire Opposition bildeten, der die Gesinnungsgemeinschaft wichtiger war als der politische Erfolg. „Eine politische Tat war jedes mannhaftes Selbst-Behaupten gegenüber den herrschenden Gewalten, das dann meist ein die Bedeutung des Tuns noch übersteigendes Märtyrertum zur Folge hatte“⁴⁶. Aus dieser Haltung heraus er-

klären sich diese Liberalen für die politisch Mündigen und begründen damit den Anspruch auf ihr Abgeordnetendasein. Die Auslese der Repräsentanten durch den „Zensus“ verstärkte die politische Position jener Abgeordneten, und es ist bezeichnend, daß gerade die Liberalen nicht ungern auf die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts verzichteten. Das preussische Dreiklassen-Wahlrecht gab nämlich dem werdenden Besitz immer mehr Chancen politischer Betätigung im Sinne des Erwerbs von politischem Prestige. Man kann die liberale Politik mit Recht daher Honoratiorenpolitik nennen. Dieselbe Politik wurde auch in all den vielen Schützen- und Gesangsvereinen getrieben, in denen sich begüterter und kleiner Bürgerstand zusammenschlossen, um auf dem Wege von körperlicher und anderer Ertüchtigung das Nationalbewußtsein aufrecht zu erhalten und zu stärken. Damit zeigt sich in der politisch-gesellschaftlichen Struktur die allmähliche Differenzierung von begüterttem Bürgerstand und Kleinbürgertum, das besonders in Süddeutschland seine Stütze hatte. Hier sind dann wieder die Verbindungsfäden zu sehen zu dem süddeutschen, antipreußischen, schutzzöllnerischen, nun demokratischen Liberalismus des Kleinbürgertums einerseits und dem großpreußischen, begüterten, konstitutionellen Liberalismus des Freihandels andererseits, die innerhalb des deutschen Liberalismus mannigfache Schwierigkeiten verursachten, vor allem aber zur Bildung von Arbeiterbildungsvereinen führte und der schließlichen Lösung der bürgerlichen von der proletarischen Demokratie Vorschub leistete. Aus dieser ganzen gesellschaftlichen und politischen Struktur mag nun auch die intellektuelle Geistigkeit jener Jahre mitverständlich werden, die die zivilisatorische Bewegung zusammen mit der gesellschaftlichen ausfüllt. Ueber diese nun noch einige Worte.

Dieser ganzen gesellschaftlichen und historischen Struktur entsprechend füllt den intellektuellen Kosmos eine Geistigkeit aus, die einerseits sich mit der Erkenntnis der Natur in allen ihren Bereichen beschäftigt, um daraus die wirtschaftliche Leben mitunterstützenden technischen Probleme zu lösen, und andererseits das ganze politische und wirtschaftliche Leben

in der Ideenwelt zusammenfaßt und damit intellektuell beherrschbar macht. Daher kann man also eine ungeheure Betätigung auf dem Gebiete der Naturwissenschaften feststellen, die zugleich eine Reaktion darstellt gegen die deutsche idealistische romantische Naturphilosophie Hegels, Schellings usw. und zu einer erneuten Betonung der experimentellen Naturwissenschaft führt⁴⁷. Die Ablösung der spekulativen Naturphilosophie als Identitätsphilosophie durch diese experimentell-realistische Naturwissenschaft ist insofern dynamisch mit dem Werden des kapitalistischen Bürgertums verbunden, als dies zur rationellen Wirtschafts- und Lebensführung Klarheit über die Naturvorgänge brauchte. Sie wird eingeleitet von Alexander v. Humboldt und führt durch eine Reihe großer Männer, (Gauß, Rb. v. Mayer, Bunsen etc.) zu ungeheuren neuen Erkenntnissen. Vor allem Rob. v. Mayers Wärmetheorie verursachte für die Technik eine Umwälzung. Die ganze moderne Physik und Maschinenteknik, die moderne Chemie (Molekulartheorie, Spektralanalyse), die Elektrizitätslehre nehmen hier ihren Ausgang. Ebenso die medizinische Physik, die Hygiene, die moderne Zoologie, Botanik und vor allem die Psychologie und Biologie. Hier ist die entscheidende Umwälzung Darwins mechanische Entwicklungslehre geworden, die man dann vom biologischen Gebiet auf das wirtschaftliche anwandte. Zusammen mit dieser Aufhellung der materiellen Welt und mit der kapitalistischen Entwicklung der Wirtschaft und der bürgerlichen Gesellschaft beginnt sich nun, auch eine neue Sinnhaftigkeit zu bilden, die zwar zur Zeit der „Neuen Aera“ ebensowenig ihre Allgemeingültigkeit gefunden hat wie die anderen geschilderten Entwicklungen ihre endgültige Formung: das ist der Materialismus, d. h. die Symbolisierung und Intellektualisierung jenes Bewußtseins und jenes Lebensgefühls, die aus der dauernden Arbeit und Beschäftigung mit außermenschlichen Dingen, Körpern und Körperhaftigkeiten, auch mit der naturwissenschaftlich-experimentellen Beschäftigung des Seelenlebens der Menschen durch die Psychologie, die Gesamttatsache Leben sinnhaft erfassen als einen ungeheuren, mechanisch sich entwickelnden materiellen, real-seienden Kosmos, den man immer weiter aufhellen und beherrschen kann. Sinnhaft ist nun das

Leben schon als solches in seiner materiellen Form. Materialismus und Positivismus sind die geistigen Anschauungen dieser Sinnhaftigkeit und dieser Lebensaggregation, die auch wieder von Frankreich ausgingen und jene halb idealistische und halb naturwissenschaftliche Philosophie jener Jahre von 1830—1870 ablösten, die in Deutschland von Herbart über J. G. Fichte, C. G. Weiße zu G. Lotze und Fechner führt. Die Einführung naturwissenschaftlich-experimenteller Methoden in die Psychologie (Fechner, Weber, Helmholtz und Wundt) stellte von neuem das Erkenntnisproblem zur Diskussion⁴⁸. Indem die deutsche Philosophie sich von der Hegelschen Methode abwandte und sich dem Empirismus zukehrte, die Bedeutung desselben für die Erkenntnistheorie erkennend und daraus die Begründung der Metaphysik auf die Erfahrung versuchte, versuchte sie eine Versöhnung jener idealistischen, rein metaphysischen Geistigkeit mit der wirklichkeitsnahen anzubahnen. Noch war sie frei von mechanisch-materialistischen Vorurteilen, noch sah sie die ganze Entwicklung des materiellen Seins teleologisch, d. h. bezogen auf einen außerweltlichen Sinn, also metaphysisch gebunden. Aber sie trennte jetzt wieder reale Wirklichkeit von ihrem metaphysischen Sinn, beide in ihrer Eigenart erkennend, wandte sich also auch vom Hegelschen Pantheismus ab zum spekulativen Theismus, indem sie das reale Sein zielstrebig symbolisierte und als Realität in ihrem Sein und Wirklichkeit sinnvoll erfüllte. Die mehr naturwissenschaftlich gerichtete Philosophie erfaßt die Welt in der Allbeseelung und versucht, wie Lotze, eine Synthese der mechanischen Weltansicht mit dem Idealismus.

So fließen die Ströme idealistisch-metaphysischen Denkens und naturwissenschaftlichen Denkens durcheinander. Geschichtsphilosophie, Gesellschaftswesen und Naturwissenschaft sind die drei großen geistigen Gebiete, die den intellektuellen Kosmos jener Zeit erfüllen. Die einfache, in Formeln auslegbare Klarheit, Sicherheit und Bestimmtheit der naturwissenschaftlichen Einsichten, ihre Utilität zugleich und ihre Erfahrbarkeit in der Wirklichkeit drängten zu der Auflösung jenes zweifelnden, deutenden Denkens, der Ideengeschichte und aller Historie mit ihrer Fülle überhaupt. Für das kulturelle Wollen jener Zeit ging

dann der Kampf zwischen historischer und naturwissenschaftlicher Lebensauffassung letztlich darum, „in welchem Maße das Einzelwesen den Wertinhalt seines Lebens sich selbst oder den übergreifenden Zusammenhängen des Ganzen verdankt“⁴⁹.

In diesem gesellschaftlich-zivilisatorischen Kosmos steht nun der deutsche Liberalismus als der eine seiner Former in dynamischer Wirkung drin. Er ist ja ebenfalls Ausdruck jener bürgerlichen Gesellschaft, die durch ihr Sein und Werden die Struktur der Gesamttatsache Leben bestimmt.

Nun gilt es, aus der Totalität dieser im Einzelnen so strukturierten Lebensaggregation die Welt- und Staatsauffassung des deutschen Liberalismus zu verstehen.

3. Kapitel.

Welt- und Staatsauffassung des deutschen Liberalismus der „Neuen Aera“.

Diese dauernde Bindung und die stete Abhängigkeit der liberalen Aktivität von den Kräften des Legitimismus in seinen zahlreichen territorialen deutschen Verknüpfungen und seiner europäischen Geltung im ersten halben Jahrhundert haben ihn politisch zerrieben. Bismarck aber ist der entscheidende Punkt der „Neuen Aera“, der entscheidende Gestalter auch des Liberalismus geworden, der dem Liberalismus das staatliche Wollen entriß und die deutsche Einheit schuf nach europäisch-preußischem Aspekt, der durch die gesellschaftlich-zivilisatorische Umwandlung erst recht geboten war, denn diese vollzog ja die gesellschaftlich-zivilisatorische Angliederung des ganzen Deutschland an Europa. Das aber sah der Liberalismus nicht; hier mußte er auch scheitern. Er war zu national-freiheitlich, um europäisch sein zu können, er wurde es immer mehr, je weiter der Legitimismus politisch die entscheidende Macht blieb. Diese Haltung von Liberalismus und Legitimismus als der beherrschenden Polarität charakterisiert den historisch-soziologischen Standort der „Neuen Aera“. Von hier aus aber wird nun auch die Welt- und Staatsauffassung jenes Liberalismus besonders deutlich.

1. Abschnitt.

Die Welt- und Staatsauffassung des deutschen Liberalismus der „Neuen Aera“.

Nachdem nun die historisch-soziologische Struktur der „Neuen Aera“ dargestellt ist, gilt es jetzt zu untersuchen, wel-

ches Welt- und Staatsbild den damaligen Liberalen die sinnvolle Erhebung über die Lebenssubstanz und das geistige Gerüst ihres politischen Handelns abgegeben hat. Wenn hier von Liberalismus die Rede ist, so ist nach allem Dargestellten jener politisch relevante norddeutsche, sogenannte konstitutionelle Liberalismus gemeint, der von Preußen seinen Ausgang nimmt und im Nationalverein sich ein gemeinsam-deutsches Organ geschaffen hat. Jener Liberalismus war auch der für Deutschland entscheidende; mehr als der süddeutsche parlamentarisch-demokratisch gefärbte Liberalismus, der hier nicht untersucht werden kann⁵⁰. Der entstehenden kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft entspricht auch jener konstitutionelle Liberalismus, während der süddeutsche demokratische Kammerliberalismus als Träger das süddeutsch-strukturierte Kleinbürgertum hat. Hier muß dann angeknüpft werden, will man die deutsche demokratische Bewegung untersuchen, die besonders in der Form der bürgerlichen und proletarischen Demokratie ihre Bewußtheit in den Jahren 1863—1870 erlangt und zu der neuen Struktur des Daseins in Deutschland überleitet⁵¹. Hier also ist der Liberalismus gemeint, der entsprechend der historisch-soziologischen Struktur der „Neuen Aera“ seine Organisation im deutschen Nationalverein, der preußischen Fortschrittspartei, der Zollvereins-volkswirtschaftlichen Kongresse und der deutschen Abgeordnetentage fand. Dieser Liberalismus herrscht auch in der politischen Literatur und der öffentlichen Meinung vor, und die Persönlichkeiten seiner Vertreter waren die liberalen Führer⁵².

Die geistige traditionelle Verbundenheit dieses deutschen Liberalismus ist im 1. Kapitel als Kulturgut auseinandergelegt und deutend verstehbar gemacht worden. Aus diesem Kulturgut, das als Bildung jedem deutschen Bürger mit in die Wiege gelegt wurde, schöpft nun der konstitutionelle Liberalismus seine ganze Geistigkeit, die er — seiner historisch-soziologischen Stellung in der „Neuen Aera“ gemäß — in eine neue Form gebracht hat. Das Kulturgut des deutschen Idealismus, der Romantik und der historischen Schule empfängt eine neue Gestalt. Was aber erhalten bleibt, ist der kultur-soziologische Sinn des Lebens: auch die Liberalen der „Neuen Aera“ sind Men-

sehen, die den Sinn ihres Lebens nur in einer großen Totalität des Seins finden können, die im tiefsten eine übersinnliche ist. Ihr ganzes Lebensgefühl, Denken, Fühlen und Handeln gründet sich auf dieses Verbundenheits-Bewußtsein der Totalität. Das Sein ist ein sinnvolles Ganzes, ist ein natürlich-sittlicher Kosmos. Im Begriffe der Sittlichkeit, im humanen Menschentum verkörpert sich die Sinnhaftigkeit des Lebens. Und dieses ist ja das natürliche Leben der gesellschaftlichen Beziehungen, das man ins Bewußtsein erhoben und in eine metaphysische Einheit gebracht hat. Bei den Liberalen aber ist nun aus der metaphysisch-spekulativen die natürlich-sittliche Einheit geworden, die dem persönlich-sittlichen Menschentum des humanen Individuums entspricht. Darin schon zeigt sich der Gestaltwandel der Symbolisierung des Lebenssinnes an. Die ursprünglich idealistische Gestalt war ja die identische Totalität von Welt und Geist als einer vernunftbegründeten metaphysischen. Das Sein, die Wirklichkeit, war nur Darstellung des Geistes, der Geist das metaphysische „An-Sich“ als die Einheit der Totalität. Diese metaphysische, vernunftbegründete Identität ist nun verwandelt in den Dualismus von Wirklichkeit und Denken, der seine Einheit erst in der vernunftbegründeten Sittlichkeit findet. Diese vernünftige Sittlichkeit ist das Symbol für die sinnvolle Einheit von Welt, die als eine gesellschaftliche gesehen wird, und Mensch, und wird als solche als eine natürliche, d. h. dem Menschen innewohnende, vorgestellt. Mit diesem Symbol für die Synthese von Welt und Leben ist nun aber zweierlei eingefafßt, was die Beziehung zu der veränderten Struktur der Lebenssubstanz herstellt: einmal die Bedeutung des Einzelmenschen für den Bau der Gesellschaft und dann die Bedeutung der Wirklichkeit als einer selbständigen, eigengesetzlichen Sphäre. Sittlich ist nämlich die natürliche freie Gliederung des Seins, wie sie sich in den Zwecken und Interessen der Gesellschaft und ihrer Glieder, der gebildeten und humanen Individuen ausdrückt. Der harmonisch geordnete Mensch ist das Fundament des gesellschaftlichen, sittlichen Menschentums, die Sittlichkeit der Symbolbegriff der Einheit und übersinnlichen Totalität dieses Menschentums.⁵³ Darin spricht sich die Bewußtheit der aus moralischen Individuen bestehenden bürger-

lichen Gesellschaft klar aus. Es ist deren Lebenssinn, der aus Vernunft und Sittlichkeit die Welt und die Menschheit als einen großen Gesellschaftskosmos sieht. Hierin liegt die alte idealistische Universalität erhalten.

Es ist eben erwähnt worden, daß es die Bedeutung des Einzelmenschen für den Bau der Gesellschaft und die Bedeutung der Welt als Wirklichkeit sind, die in diesem Lebenssinn ihre Symbolisierung gefunden haben, d. h. daß diese idealistische Totalität der Sittlichkeit getragen wird von einem Lebensgefühl, das sich der Welt und der Gesellschaft als eines realen Seins mit eigener Gesetzlichkeit und Selbständigkeit bemächtigt hat. Die Identität der Vernünftigkeit alles Wirklichen und der Wirklichkeit alles Vernünftigen wird ihrer metaphysischen Umhüllung beraubt und aufgelöst in einen Dualismus von Sein und Denken. In diesem erhält das Sein seine Bedeutung als gewordene und soseiende Realität mit allem, was in ihr enthalten ist, also vor allem mit den ganzen gesellschaftlichen Beziehungen. Sein ist nicht mehr Erscheinung eines „Geistes“ oder eines „Wesens“, sondern gegebene Realität. Das ist das eine, das sich im liberalen Denken grundlegend geändert hat. Denn bei allem Geschehen in der Wirklichkeit konnte die Vorstellung der Welt als Erscheinung nicht mehr gehalten werden. Der Legitimus und die Erfordernisse des gesellschaftlich-zivilisatorischen Prozesses machten sich eben mit einer Realität bemerkbar, daß man sie anders als nur als Erscheinung betrachten mußte. An dieser „Realisierung“ des Weltbildes, die aus all dem Dargestellten dynamisch hervorgegangen ist, nimmt nun auch die Stellung des Individuums als sittlichen Subjektes eine neue Stellung ein. Nicht daß es sich aus seinem verpflichtenden Subjektcharakter herauslöst; der Mensch ist als sittlich-humaner-vernünftiger Mensch totalitätsgebunden und damit nur in dieser Verbundenheit freier Mensch. Aber es ist seine individuelle, persönliche Leistung, die in der Realität Geltung hat. Auch der Mensch kann und darf nicht Erscheinung sein, will man die Struktur des Seins verändern, will sich die bürgerliche Gesellschaft durchsetzen. Je mehr sie das nur auf dem wirtschaftlichen Gebiete tun konnte, umso mehr bedurfte es der erfolgreichen Tat der einzelnen Persönlichkeit. So ent-

steht jener moralische Individualismus, der das liberale Weltbild in seiner realistischen Gestalt auszeichnet. Es tritt somit in der Symbolisierung der sittlichen Totalität des Lebens die realistisch-idealistische bürgerliche Gesellschaft in ihrem Existenzkampf heraus. Ein in der Wirklichkeit mit idealistisch-sittlicher Gesinnung erfüllter Menschentyp, dessen Kultur in der vernünftig-sittlichen Gestaltung der Realität „Welt“ liegt.

Von hier aus kann man nun die intellektuelle Geistigkeit des Liberalismus aufrollen, die von ihm selbst als Verbindung von Wissenschaft und Leben charakterisiert wird⁵⁴. Die Intellektualisierung dieser sittlichen Sinnhaftigkeit des Lebens zeichnet sich nämlich durch eine Historisierung und Politisierung des Seins aus. Verbindet man wieder die Intellektualisierung mit dem Prozeß der Lebensaggregation, so zeigt sich einmal, daß die Liberalen gezwungen waren, ihre Umwelt als Realität, d. h. hier als geschichtlich Gewordenes zu erkennen, vor allem jedoch eben den Bau der Gesellschaft als etwas Historisches zu verstehen. Dann aber auch zugleich durch ihre politische Lage veranlaßt, diese Gesellschaft zunächst nicht als soziales Phänomen zu sehen, sondern als politisches. Denn sozial-gesellschaftlich fand der Liberalismus die wenigsten Widerstände; nur auf dem politischen Gebiet war ihm seine volle Konstituierung versagt.⁵⁵ So stellt sich also der Liberale ein sowohl auf das geschichtlich Gegebene der konkreten Situation, als auch auf das absolut Gegebene in seiner sittlichen Sinngebung, woraus die Einstellung auf das politisch Erreichbare folgt. Den geistigen Ausdruck dieser realen Haltung findet man nun in der Historisierung der Wissenschaft. Die Geschichtsschreibung steht von allen Disziplinen im Vordergrund. Sie ist einerseits mit der Idee der Sittlichkeit, andererseits mit der konkreten Politik verknüpft und sie ist die intellektuelle Stütze des damaligen Liberalismus geworden. In ihr findet der auf sich selbst vertrauende Mensch seinen intellektuellen Lebenssinn. So stellt sich nun die Einheit von Wissenschaft und Leben dar als die Umfassung der Wirklichkeit in der Geschichte und der Verwurzelung des politischen

Handelns im Diesseits durch sittlich-idealistisch gesinntes Bürgertum.

Damit charakterisiert sich dieses realistisch-dealistische Bürgertum, daß es sich unter den Primat der praktischen Vernunft stellt und von hier aus sein politisches Handeln in der Wirklichkeit historisch und moralisch rechtfertigt. „Die tiefste Einheit des deutschen Gesamtidealismus liegt hier bloß; der Primat der praktischen Vernunft, der sich logisch dazu erweitert, die Widerstände des geschichtlichen Daseins zu fordern, um an ihrer Spannung den sittlichen Gehalt erst voll zu erproben“⁵⁶. Hegel und Ranke kommen in dieser Haltung beide in neuer Gestalt zum Vorschein. Von dieser Haltung aus muß nun das Welt- und Staatsbild des damaligen Liberalismus verstanden werden. Das Weltbild ist hier zum Geschichtsbild der Welt zum Zwecke der Errichtung des Staates geworden, d. h. das Weltbild ist eingeengt durch seine Historisierung und Politisierung.

Diese realistische Gesamthaltung, die das Sein als Gewordenes nicht aus einer metaphysischen Einheit erklären will, führt zu einer genauen Erforschung des geschichtlichen Lebens, vor allem von Staat und Gesellschaft. So sind es drei große Komplexe, die untersucht und in der Totalität des Vernünftigt-Sittlichen ihren Sinn erhalten: Geschichte, Kultur und Staat. Die intellektuelle Einheit des Lebens ist dann gegeben, wenn das geschichtlich erfaßte Leben zugleich als eine Realisierung bestimmter, eben sittlicher Werte erscheint. So sind Sinnhaftigkeit und Wirklichkeit eins geworden; aus der inneren Totalität der Sinnhaftigkeit ist die äußere abgeleitet, indem man das geschichtliche Leben als die Form des Seins einer praktisch-sittlichen Normierung unterwirft. Die Erfassung der Geschichtlichkeit als Form des Seins überhaupt und ihre Verbindung mit einer sittlichen Normierung, die im Sein vollzogen werden soll, führt zu einer Anschauung der Geschichte als eines realen Werdens, ja bis zur Vorstellung der Geschichte als Bewegung an sich, also zur Vorstellung des Seins als einer unaufhörlichen Bewegung⁵⁷. In der Form der Geschichtlichkeit fließendes, tätiges Leben als Darstellung absolut-sittlicher Werte

bildet die Totalität und die Universalität des Seins. Der Ausdruck dieser geschichtlichen Totalität, die unter der autonom gedachten Sittlichkeit steht, ist jenes Reich der allgemeinen geistigen Emanationen als Kultur.

In dem geistig-kulturellen Geschehen also verkörpert sich die Macht des als autonome Sittlichkeit vorgestellten und umgewandelten Geistes, so daß damit aus den Formen der Geschichte (nicht aus der Form des Seins) die erkenntniskritische Begründung der absoluten Werte entnommen werden kann⁵⁸. So ist Geschichtlichkeit als Form des Seins selbständiger Wert in bezug auf ihre Erhebung in die vernünftige sittliche Sinnhaftigkeit des Lebens. Was sich aber als sittliche Macht des Geistes in den Formen der Geschichtlichkeit manifestiert, ist die jeweilige Gestalt des Sittlichen. So umfaßt also der Begriff der geschichtlichen Kultur den Dualismus von Geschichtlichkeit als Form des Seins und Geschichtlichkeit als Form der Gestalt des Sittlichen. Damit aber verbindet sich im liberalen Denken die Einsicht, daß die Formen der Geschichte zeitbedingte Mächte sind. Kulturgeschichte ist Formgeschichte, man könnte sagen Stilgeschichte des Sittlichen in der Vorstellung des Liberalen. Diese sittliche Deutung der Geschichte reißt diese heraus aus jener vergrößernden Geschichtsanschauung, die in der Geschichte lediglich eine Geschehensreihe äußerer, technischer und sichtbarer Erfolge sieht. So werden also Historie und Ethik in dem Begriff der geschichtlichen Kultur in ein festes Verhältnis zu einander gesetzt. Zugleich aber erhält in diesem Begriff das reale Sein seinen Platz in der Sinnordnung des sittlichen Geistes: denn indem in der Form der Geschichtlichkeit die Gestalt der sittlichen Macht des Geistes auftritt, ist alles Sein, das ja nur in der Form der Geschichte erfaßt werden kann, von der Gestalt des Sittlichen beherrscht und geordnet⁵⁹.

In diesem Begriffe der geschichtlichen Kultur aber ist nun noch zweierlei enthalten, was wiederum historisch-soziologisch relevant ist: einmal das Erlebnis der Geschichte als lebendige Wirklichkeit und dann die intellektuelle Beherrschung des historischen Lebens in der Geschichtswissenschaft. Hier wird also das ganze Sein nicht metaphysisch-spekulativ syste-

matisiert, sondern, eben weil man als tätiger Mensch mitten in ihm steht, lebendig erlebt. Die intellektuelle Verarbeitung dieses Erlebnisses aber in der Geschichtswissenschaft braucht in seiner Bedeutung nicht erst betont zu werden, denn es ist bekannt, wie gerade dadurch die Idee der nationalen Einheit bei den breiteren Volksschichten einen ungeheuren Impuls bekam.

So wird also die Geschichte als Form des Seins erlebt in der bunten Mannigfaltigkeit ihrer Fülle, aber sofort durch die Idee der historischen Individualität und der Idee der Gestalt intellektualisiert. Nicht der Stoff, der Inhalt, die Tatsache des historischen Geschehens sind es, was man sucht, sondern die Form, in der dies Geschehen abläuft, eben die historische Individualität des ablaufenden, fließenden Seins in Stamm oder Volk oder Nation. Und als historische Individualität wiederum ist diese Form der Geschichtlichkeit Gestalt der sittlich-vernünftigen Weltordnung. Die Verbindung von Gestalt und historischem Geschehen offenbart die in ihr herrschenden Ideen als historischer Niederschlag des objektiv Ideellen⁶⁰. Die Idee erscheint also stets zugleich als Gestalt, ist nicht in ein abstraktes System eingebaut, an dem die Wirklichkeit gemessen wird. Die Idee als Gestalt, die in der historischen Individualität sich ausdrückt, ist als ein Selbständiges erlebbar und aufweisbar, wie eben auch die autonome Sittlichkeit im Erleben des Einzelmenschen zu finden ist. Diese Ergriffenheit vom geschichtlichen Werden als eines Gestaltwandels der sittlichen Idee war eine der stärksten Quellen der geistigen Haltung des Liberalismus und bedingt dessen ganzes Lebensgefühl⁶¹. Von ihm aus wird dieser Gestaltwandel des gesamten Kulturlebens in einer geschichtlichen Bewegung gesehen, wie schon Hegel ihn angedeutet hat⁶².

Rein äußerlich führte aber diese Anschauung der historisch-ethischen Kulturtotalität in der Form der historischen Individualität weiter zur Geschichtswissenschaft. Kulturgeschichte wird als Formgeschichte betrieben, als Stilgeschichte des Geistes. Ihre Aufgabe ist nicht die Darstellung des realen Geschehensablaufes, sondern die der Gestaltmöglichkeiten des sittlichen Geistes⁶³. Welche Formen kann der sittliche Geist über-

haupt in der Geschichtlichkeit annehmen, welche sind sie? Damit aber wird das Beharrende im Wechsel der äußeren Ereignisse aufgesucht und schließlich — das ist historisch-soziologisch bedingt und zusammen mit dem Kulturtyp des Realismus zu verstehen — dem Formalismus der regelhaften Gesetzmäßigkeit unterworfen. Aus dem Erleben des Gestaltwandels fließt die intellektuelle Beherrschbarkeit desselben, indem man die Ergebnisse dieser Kulturgeschichte naturwissenschaftlich-kausal deutet. Gerade im liberalen Denken zeigen sich hierfür schon bestimmte Ansätze. — Für das persönliche Leben aber hat diese ganze ethisch-historische Einstellung zum Leben den Wert, anzuspornen zur „Gesinnung“. Denn die Gestalt der sittlichen Idee in ihrer historischen Individualität ist abhängig von der Gesinnung des Individuums, mit der es in der Wirklichkeit handelnd tätig ist.

Hier wird Bildung als ein Wissen um das Sein umgeformt zu dessen sittlicher Bedeutung in der Gesinnung. Nicht das Wissen allein ist entscheidend, nicht das Wissen als Mittel zu einem realen Zweck, sondern das Wissen ist die intellektuelle Stütze des gesinnungserfüllten Lebensgefühls. Und gerade das ist wiederum typisch für das politische Handeln des Liberalismus.

Dieses ganze intellektuelle Weltbild als ein Geschichts- und Kulturbild von der Welt, in dessen Form sich der sittliche Geist zur Gestalt bringt, ist aber bei den Liberalen eigentlich nicht um seiner selbst willen da, sondern bildet vielmehr ein theoretisches Mittelglied zwischen der Sinnhaftigkeit des Lebens als vernünftig-sittlicher, natürlicher Gestaltung und der als Staat geformten Wirklichkeit. Denn um den Staat primär ging es den Liberalen besonders nach 1848. Solange er nicht in der Realität Existenz finden konnte, mußte er mit allen Kräften des Geistes und des Willens propagiert werden. Auch hier sei auf den Zusammenhang mit der historisch-soziologischen Struktur nur hingewiesen: der Staat mußte den Liberalen im Zentrum ihres gesellschaftlichen Lebens stehen und seiner Errichtung mußte alles untergeordnet werden. Es galt aber nicht nur seine empirische Verwirklichung; sondern je mehr dessen empirische Verwirklichung durch den Legitimus un-

möglich wurde, desto mehr mußte der Staat theoretisch begründet und gefestigt werden. Beide Tendenzen, die der theoretischen Staatsauffassung als Verteidigung gegen die Mißgunst der Wirklichkeit wie die der intellektuellen Aufhellung über das im Staat fließende geschichtliche Leben, trafen zusammen, indem man den Staat als eine moralische Anstalt zum ersten Prinzip allen Lebens überhaupt machte⁶⁴. Damit umschließt man die geschichtliche Kultur als das Reich der Gestalten des Sittlichen mit dem Staat, läßt diesen einerseits Hülle werden für diese geschichtliche Kultur, bettet aber andererseits den Staat in diese Kulturtotalität ein und sucht seine Form als Form des Seins zu verstehen aus der historischen Individualität der geschichtlichen Kultur. Die staatliche Grundgesinnung wird in demselben Sinne geschichtlich verstanden wie die geschichtliche Kultur. Von der Geschichtlichkeit aus sind beide, Kultur und Staat, von der historischen Individualität des Seins geformt und beide sittlichen Wertes. Vom Staate aus aber hatte das geschichtliche Denken seine praktische und zugleich moralische Rechtfertigung erhalten. Denn man historisierte den Staat, indem man sein Leben mit der Weltgeschichte (als Kulturgeschichte im liberalen Sinn) so verknüpfte, daß er aus ihr hervorgegangen erscheint und daß jeder Schritt in die Zukunft in ihr verankert ist. Erst die Eingliederung des Neuen im Staate in die geschichtliche Vergangenheit verleiht ihm die moralische Existenzberechtigung. So verschlingen sich Geschichte, Kultur und Staat ineinander in der Weise, daß der Staat in seiner empirischen und geschichtlichen Realität entscheidend wird für alles Gesamtleben; in ihm erst entsteht neue Kultur, neue Gestalt des Sittlichen. Alles politische Handeln wird durch diese Bezogenheit ein totales, ist geschichtliches, kulturelles und moralisches Handeln. Darum ist für alles Tun eben wieder die Gesinnung, nicht der Erfolg primär entscheidend⁶⁵. Im Geschichtlichen erhält alles Leben erst seinen Wert; oberster Wert aber im Leben ist der Staat. Aufgabe für den moralisch handelnden Menschen ist es nun, Neues in seiner historischen Individualität („Zeitgemäß“) in den historischen Gesamtzusammenhang des Lebens einzufügen, damit, wie die symbolische For-

mulierung lautet, die „ewige Wahrheit zeitlich verstanden“ festzuhalten⁶⁶.

Indem nun so der Staat zu einem sittlichen Organismus gemacht wird, begründet man seine Macht in der Moral. Wie im Einzelleben, so herrscht auch im Staat der Primat der praktischen Vernunft, denn eben nur im Staat vollzieht sich die Gestaltwerdung der absolut-sittlichen Werte als das Reich der Kultur in jeweils verschiedener historischer Individualität.

Zugleich aber — eben durch diese Historisierung des Staates — entfällt alles Theoretisieren über den besten Staat⁶⁷. Man fragt nicht mehr nach dem Wesen des Staates, sondern danach, wie man im gegebenen Staate mit seinen konkreten Problemen moralisch handeln könne. Mit dieser Ideologie aber stellt man sich wiederum ein auf die realen Verhältnisse und verdeckte zugleich die politische Schwäche, die durch diese Einstellung bedingt war. So ist also der dynamische Zusammenhang von gesellschaftlich-zivilisatorischer Struktur und dem liberalen Welt- und Staatsdenken offensichtlich. Er drückt sich aus in eben dieser Historisierung und Politisierung des ethisch bestimmten, dualistisch gesehenen Lebens, in dem der Staat im Vordergrund aller realen Interessen steht. Dadurch wird der geschichtliche Charakter des Staates immer wieder aus der liberalen Geschichtlichkeit heraus als Form der Darstellung der Sittlichkeit und über diesem geschichtlichen Charakter die empirische Machtstruktur des Staates vergessen. Denn was innerhalb des Staates an Forderungen durchgesetzt werden sollte, sollte seine Existenz nicht aus seiner empirischen Notwendigkeit empfangen, sondern gemäß dieser Staatsideologie aus seiner moralischen Notwendigkeit⁶⁸. Von hier aus wird dann auch der liberale Begriff der Realpolitik zu verstehen sein.

Im Zusammenhang mit diesem ganzen liberalen Denken und dieser liberalen Staatsideologie steht aber nun auch die Art des sittlichen Menschentums jener Liberalen, das in der sittlichen politischen Persönlichkeit gipfelt⁶⁹. Der sittlich-idealistische Mensch und die Geschichtlichkeit des Seins gehen ihre Verbindung ein durch die staatliche Stellung des bürgerlichen Menschen in der politischen Persönlichkeit des Staats-

bürgers⁷⁰. In der Einheit dieses politisch-sittlichen Menschentums vollzieht sich die harmonische Totalität der Idee des sittlich-vernünftigen Staates als einer Gestalt des Sittlichen mit den realen Interessen der bürgerlichen Gesellschaft (also konkret: Einheit und Freiheit).

In dem einzelnen Menschen, der dieses Menschentum lebt, vollzieht sich diese Totalität immer wieder von neuem im Eigensten und Persönlichsten. Hier liegt jenes idealistische Streben nach der Allheit zugrunde, das schon im Menschentum des metaphysischen Idealismus zu finden war. Aber hier wird „die Wirklichkeit selbst zum bindenden Mittel dieser Allheit... So wird das Ganze in steter Bewegung gefaßt, die Persönlichkeit lebt als politische Persönlichkeit von einem dramatisch-dialektischen Zuge⁷¹.“ In dieser menschlichen Totalität orientiert sich das Lebendige stets an der objektiven Norm einerseits, an der Geschichtlichkeit des Lebens andererseits. Grundzug dieser Lebenshaltung ist ihr sittliches Wesen; das sittliche Gefühl schränkt alle anderen Lebensgefühle ein, nahm ihnen ihre absolute Geltung und stellte sie so unter den Primat eines allumfassenden sittlichen Wollens. Gerade dieses Menschentum der sittlichen politischen Persönlichkeit ist die entsprechende Form zu der Struktur der damaligen bürgerlichen Gesellschaft. In Wirklichkeit zeigte sich aber die allgemeine bürgerliche Gesellschaft viel biedermeierisch-enger, kleiner und ungebildeter⁷². Jedoch die führenden Köpfe des damaligen Liberalismus waren von diesem Menschentum durchdrungen und äußerten es mit leidenschaftlichem Pathos wo immer sie es nur konnten.

Von dieser ideellen politischen Haltung aus läßt sich leicht das „vernünftige System des Staates“⁷³, d. h. die Einheit des politischen Wollens des Liberalismus verstehen, wie es sich in bestimmten Begriffen der politischen Praxis ausgebildet hat. Der Staat als lebendige Institution ist ja auf dem Handeln seiner Bürger aufgebaut⁷⁴ und dieses bedarf theoretischen Wissens um politische Fragen. Es ist bekannt, daß sich dieses in den Problemen der Einheit und der Freiheit niedergeschlagen hat. Innerhalb der liberalen Staatsideologie aber nehmen diese beiden Begriffe bestimmte Färbung an.

Die Auflösung der politischen Spannung, die der Liberalismus erleiden mußte zwischen seinem idealistischen politischen Willen und seinen realpolitischen Erfolgen, fand sich im nationalen Gemeinschaftsgedanken. Aus dem Gefühl politischer Leidenschaft, wie es in diesem Menschentum aufgespeichert lag, wurde der Einheitsgedanke letztes Kriterium der politischen Anschauung des Liberalismus. Der Staat als Einheit war ja in einem „autonomer Pflichtbegriff“ und „heteronomer Lebensbegriff“⁷⁵. Hier treffen sich nationaler und bürgerlicher Einheitsgedanke. „Die Nationalität ist nicht der Naturzustand, aus dem die Geschichte sich herausgearbeitet hat, sondern sie ist der ideale sittliche Zustand, dem die Geschichte aus ihren realen Voraussetzungen entgegenstrebt“⁷⁶. Besser könnte der liberale Einheitsgedanke nicht ideologisiert werden, denn so ist Nationalität gleichsam Symbol geworden. Aber weiter wurde die nationale Einheit auch bürgerlich-gesellschaftlich klar erkannt: „Denn nur wo das lebendige zweifelloste Bewußtsein des Zusammengehörens alle Glieder des Staates durchdringt, ist der Staat, was er seiner Natur nach sein soll, das einheitlich organisierte Volk“⁷⁷. So liegt das Wesen der Nationalität in der sittlichen Totalität des Lebens als historisch individuell geformtes Sein in der Organisation des Volkes als Staat, getragen von einem sittlichen Bewußtsein seiner Bürger. Die Nationalidee war der Ausgleich des Ineinander der lebendigen persönlichen Kräfte und der in den Staatsformen ausgeprägten Kultur. In dieser Idee faßte sich das politische Ideal des damaligen deutschen Liberalismus zusammen und erzeugte einen Staatsenthusiasmus, der ganz in die Sphäre der Innerlichkeit und der Geschichte gehüllt war⁷⁸. Dabei behielt doch der Staatsbegriff dem Begriff der Nation wie dem der Gesellschaft gegenüber seinen selbständigen moralischen Wert. Er ist auch für die Nationalidee das übergreifende Element.

Was nun die anderen Staatsfragen betrifft, so muß deren Zusammenhang sich sinnfällig als ein System der Sittlichkeit erweisen⁷⁹. Staatsfragen sind zuerst moralische Fragen und dann realpolitische. Dieses Denken schlug sich innerhalb der Staatsproblematik in zwei Hauptzentren nieder: in dem liberalen außenpolitischen Programm Preußens, „moralische Er-

oberungen“ zu machen, innenpolitisch in der Idee des konstitutionellen Staates. Die liberale Partei glaubte, alle diese Fragen aus dem sinnvollen sittlichen Zusammenhang der Dinge lösen zu können, nicht aber von Fall zu Fall die jeweilige Herrschaft erringen und behaupten zu brauchen. Darum predigten die Liberalen vielmehr ihren politischen „Sinn“, weil nur die Ueberzeugung zu dieser politischen Sinnhaftigkeit den Staat real gestalten könne. Daher faßte man die großen europäischen Mächte als sittliche Faktoren auf und ebenso die politischen Parteien innerhalb des eigenen Staates. Mit ihnen kämpft man um politische Ueberzeugungen, nicht um politische reale Macht. Aus diesem Grunde ist die liberale, parlamentarische Doktrin kein abstraktes Ideal, sondern auf Grund der wirklichen Existenz des Parlaments eine Plattform für den politischen Ueberzeugungskampf. Jede Rede, die ein liberaler Abgeordneter dort hielt, war Ausdruck seiner gesinnungsvollen Ueberzeugung. Dabei war das Parlament eben das Mittel für die eigentliche politische Idee des Liberalismus: die Rechtsidee. In ihr verkörperte sich die objektive Norm für den Staat. Diese geltend zu machen, war das Parlament eine geeignete Institution, nicht aber eine solche parteimäßiger Interessen, die nach einem bestimmten Wahlsystem das Parlament erfüllten. Parlament und Wahlsystem haben bei den Liberalen auch keine selbständige politische Rolle gespielt und keine eigene Doktrin ausgebildet, sondern sie werden immer nur im Zusammenhang der Rechtsidee behandelt⁸⁰. Auf die Rechtsidee stützt man sich aber um ihrer selbst willen, weil man in ihr die objektiv-sittliche Norm für das Staatsleben sah. In der Rechtsidee nahm man einerseits wieder den kategorischen Imperativ bewußt wahr, vollzog aber in ihr auch wieder die Verbindung von Geschichte und Sein. Denn Recht war der in der Verfassung schriftlich niedergelegte und beeedete faktische Zustand, den die bürgerliche Gesellschaft im Rahmen des legitimistisch-monarchischen Staates einnahm. Dieser Zustand als ein faktisch gewordener steht unter der objektiv-rechtlich-sittlichen Norm des Staates und der muß behauptet werden. Der ganzen liberalen Haltung entsprechend konnte er aber nur gerecht-

fertigt werden, wenn dieser Rechtszustand eben als geschichtlicher ein sittlicher war. So kämpft der Liberale in der Rechtsidee um die moralische Geltung gegen eine ganz konkrete Macht: die legitimistische Bürokratie. Der konstitutionelle Staatsgedanke als Rechtsstaatsgedanke in diesem Sinne wird dem Polizeistaatsgedanken entgegengesetzt. Denn konstitutionell hieß die Beteiligung der bürgerlichen Gesellschaft an der Rechtsetzung und Verwaltung, eben weil sie als geschichtliche eine moralische war. Im konstitutionellen Staat sollen Recht und Geschichte ihre Einheit finden, indem Krone, Heer, Beamtentum und bürgerliche Gesellschaft sich gemeinsam unter die objektiv-sittliche Norm des staatlichen Rechts stellen und so den Militärstaat mit dem Verfassungs- und Rechtsstaat versöhnen, den Ausgleich zwischen Macht und Freiheit schaffen. Diese Staatsideologie als Rechtsideologie versteht man aber nur, wenn man wiederum sich jener Polarität von Liberalismus und Legitimus erinnert, d. h. wenn man sich vor Augen hält, daß der letztere vor allem in der Bürokratie das stärkste Mittel hatte, die bürgerliche Gesellschaft politisch steril zu machen. Das war die reale Struktur, aus der heraus auch die Frage des Parlamentarismus akut wurde, denn in ihm war zunächst das einzige technische Mittel gegeben, Opposition gegen die legitimistische Bürokratie zu machen. Nicht mit dem Mehrheitsbegriff tauchte die Frage des Parlamentarismus auf, sondern einerseits aus dieser real-politischen Situation und andererseits aus der ganzen liberalen geistigen Haltung. Zugleich gab die Anerkennung der Rechtsidee die Möglichkeit, im Rahmen der rechtlich-staatlichen Normierung alle sittlichen Kräfte sich frei ausleben zu lassen. Das aber wiederum ist aus der historisch-soziologischen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft zu verstehen und führt politisch-ideologisch zu dem Gedanken der Selbstverwaltung der Gemeinden, die als ein Gegenschlag zur bürokratischen Verwaltung des Legitimus verstanden werden muß⁸¹. In dem Rahmen dieser Rechtsstaatsideologie hatten nun alle die anderen geschichtlichen Gewalten ihren bestimmten Platz: Krone, Adel, Heer, Parteien, auch die neue Arbeiterklasse. Sie alle bildeten ein einheitliches Ganzes, denn nun

erst steht ja die bürgerliche Gesellschaft fest in den Beziehungen zu den anderen Gewalten, nun erst hat sie sich wirklich durchgesetzt. Von hier aus und in dieser Perspektive sind auch die programmatischen Forderungen der preußischen Fortschrittspartei zu verstehen.

Damit ist die liberale Welt- und Staatsauffassung zugleich mit ihren dynamischen Beziehungen zu der realen Struktur des Gesellschafts- und Zivilisationskosmos' aufgewiesen. Man erkennt nicht nur den Gestaltwandel der Ideen, sondern auch den Strukturwandel der Lebenssubstanz und in ihrer Totalität die Adäquierung der Kräfte an die spezifisch deutschen Verhältnisse, die aus der Selbstentdeckung des Menschen strömten. Zugleich ist aber damit das Verständnis für die Art des politischen Handelns der Liberalen in der Periode der „Neuen Aera“ vorbereitet, das nun noch kurz beleuchtet werden soll.

2. Abschnitt.

Das politische Handeln der Liberalen in der „Neuen Aera“.

Das konkrete politische Handeln der Liberalen in der Zeit der „Neuen Aera“ wird also bestimmt durch die dynamische Koordinierung der soeben aufgewiesenen inneren, geistigen Haltung und der Struktur der Lebenssubstanz, wie sie sich in ihren historischen Abläufen manifestiert. Beide bestimmenden Faktoren sind gemäß ihrem Sein und ihren Beziehungen zueinander geschildert worden, so daß nun das eigentliche politische Handeln der Liberalen verständlich werden kann.

So stellt sich also nach dem bisher Geschilderten das ganze politische Handeln der damaligen Liberalen primär als ein moralisches Handeln dar. Entscheidend für jede politische Handlung ist die Gesinnung, die Gesinnungstreue, die moralische Ueberzeugtheit. Jeder empirische Anlaß wird zum Anlaß der Gesinnung. Die Einheit von Sittlichkeit, Geschichte und Politik ist als „praktische Vernunft der Politik“ die „Realpolitik“. In ihrem Begriff schlägt sich die ganze politische Einstel-

lung des Liberalen nieder: auf dem nun einmal gegebenen Raum und mit dessen unentrinnbaren Wandlungen stets die Ueberzeugung von der sittlich-vernünftigen Gestaltung des Daseins mit allen ihren Konsequenzen in Gesellschaft und Staat zur Verwirklichung zu bringen. Westphal⁸² formuliert dies treffend, wenn er von dieser politischen Haltung sagt: „Kein größerer Gegensatz war denkbar als der des Staatsmannes, der sich bewußt war, Augenblick für Augenblick die Herrschaft erringen und behaupten zu müssen, und der gedankenvollen Partei, die da glaubte, das Geheimnis derselben müsse ihr aus der sinnvollen Zustimmung der Dinge zufallen.“ So konnte natürlich diese Realpolitik niemals Herrschafts- und Machtpolitik sein, sondern eben nur moralische Herrschafts- und Machtpolitik. Sie appelliert stets an das moralische Gefühl, nicht an die reale Situation.

In dieser Weise also ist Realpolitik die stete Hinnahme des Geschehenen, damit das Geschehenlassen und das stete Opponieren von der Moral aus, daß das Geschehene von falschem Standpunkt aus geschehen sei. So steht der Liberalismus in der großen politischen Polarität, die er immer wieder durch seine Einheits- und Freiheitsforderungen für sich und seine Ueberzeugung entscheiden will durch die Haltung seiner politischen Persönlichkeiten, indem er dauernd moralische Kritik übt. Alles, was in der politischen Geschichte vom liberalen Handeln bekannt ist, ist aus dieser Haltung heraus zu verstehen. Es ist schon darauf hingewiesen worden, in welcher Weise die Staatsideologie von dem nationalen, konstitutionellen Rechtsstaat zustande kam. In dieser Forderung gipfelt nun das praktische Eingreifen in die politische Polarität von Legitimus und Liberalismus. Aber damit stellt sich nun auch wieder der Liberalismus in seine größte Antinomie⁸³: es war ja der absolute Geist, den der Liberalismus politisieren wollte, aber nicht konnte, weil noch der Staat fehlte, in dem er politisiert werden konnte. Dieser mußte erst geschaffen werden. Damit hing das ganze politische Wollen der Liberalen in der Luft, während im realen politischen Raum der Legitimus seine deutsche Macht schuf. Hieraus wird deutlich, warum die Liberalen

ihr politisches Handeln als politische Opposition zuerst richteten auf die Gewinnung der Öffentlichkeit zu ihrer Ueberzeugung, indem sie in der „öffentlichen Meinung“ „moralische Eroberungen“, mit der „Rechts- und Verfassungsidee“ machen wollte⁸⁴. In der letzteren eben sollte sich das Gegebene mit den Erfordernissen der bürgerlichen Gesellschaft treffen, also die Einheit zwischen Macht und Freiheit, zwischen Militär- und Verfassungsstaat, zwischen Krone, Heer, Beamtentum und Bürgertum, zwischen Fürst und Volk sich vollziehen.

Die ganze liberale Staatsideologie, das politische Eingestelltsein der Liberalen auf diese Haltung, beeinflusst und bedingt ihre Erörterungen der einzelnen außen- und innenpolitischen Fragen. Denn daß sie nur zu Erörterungen kamen, ist ja bereits dargestellt. Gegen Europa, vor allem gegen Frankreich, stellte sich der Liberalismus ganz auf den Boden der europäischen Macht Preußens. Hier lag im Grunde kein prinzipieller Gegensatz zum Legitimus vor, denn alles außenpolitische Eingestelltsein der Liberalen war zwangsläufig durch die innerpolitische, richtiger durch die deutsche Frage, bedingt. In dieser sollte nun der preußisch-österreichische Dualismus gelöst werden, indem Preußen sich als gegebener Staat die moralische Macht erringen und mit ihr nach Sittlichkeit und Recht über die Bundesreform auseinandersetze, d. h. einen gerechten Ausgleich zwischen den legitimen Staaten selbst herbeiführe. Durch sein moralisches Recht müsse und könne Preußen einen deutschen Bundesstaat mit preußischer Spitze und eine einheitliche Nationalvertretung schaffen. Dahin ging der Sinn der Liberalen trotz aller gerade in dieser Formulierung liegenden Spannung innerhalb des Liberalismus durch den nord- und süddeutschen Teil desselben⁸⁵. Man setzte also seine ganze Hoffnung auf das legitimistische Preußen⁸⁶, auf dessen Fürsten und auch dessen Nutzen; nur sollte eben als weitere Stütze noch das Bürgertum hinzutreten. Daher sieht der Liberalismus der „Neuen Aera“ seine Einheitsforderung erfüllt in einem deutschen Bundesstaat, der von Preußen aus seine Einheit und in dessen Fürsten sein Oberhaupt haben soll, eine Einheit, die gleicherweise gegen Oesterreich wie gegenüber dem übrigen Europa eine machtvolle, d. h. durch ihre morali-

sche Existenz anzuerkennende europäische Macht darstellen könne. Nur müsse eben dieses bundesstaatliche Reich Raum lassen für das mitgestalten wollende Volk, indem es eine deutsche Nationalvertretung in sich bergen müsse. Dieses Einheitsprogramm wird nun bekanntlich verknüpft mit dem Freiheitsprogramm und von hier aus als „Recht“ verteidigt und propagiert, je mehr der Liberalismus gezwungen wurde, die Einheitsgestaltung ganz dem Legitimus, d. h. Bismarck, zu überlassen. Die ganze geschilderte Ohnmacht des Liberalismus in der Einheitsfrage läßt die Liberalen diese so unlöslich mit der Freiheitsfrage verknöten, daß sie nur noch von dieser aus behandelt wird. Die ganzen Konfliktsjahre, der polnisch-preußische Konflikt 1862/63, die schleswig-holsteinische Frage 1863-64, die deutsche Frage 1865/66 zeigen immer deutlicher, daß nur noch von der „Rechts- und Verfassungsidee“ aus die deutsche Frage in oppositionellem Opportunismus benützt wird, um Bismarck zu stürzen. Hier wehrt sich der Liberalismus zum letzten Male verzweifelt um seine Einheitsidee, indem er rigos seine letzte Waffe, die Freiheitsidee, anwendet.

Die Freiheitsidee also bestimmt nun letztlich das ganze politische Handeln der Liberalen, als Bismarck die politischen Geschehnisse Preußens und Deutschlands in die Hand genommen hatte. Damit wird auch die Einheitspolitik unter die Forderung des konstitutionellen Rechtsstaates gestellt. Und hier ist nun das erste die Forderung nach Aufrechterhaltung der Verfassung, die wenigstens im Zensus-Wahlrecht eine Stütze für die Mitgestaltung am Staate bot, die aber vor allem jene allgemeinen Grundsätze der Menschen- und Bürgerrechte ausgesprochen hatte, die grundlegend für die liberale Staatsideologie waren. Denn in ihnen kristallisierte sich jener Befreiungs- und Gestaltungsdrang der individuellen bürgerlichen Gesellschaft, in ihnen war das Fundament überhaupt einer jeden freiheitlichen Lebensgestaltung gegeben, die doch nun auch die Struktur der Lebenssubstanz gebieterisch forderte. Vor allem konnte mit ihr das engere staatliche Streben der bürgerlichen Gesellschaft vertreten werden, nämlich das nach der Beteiligung an der Verwaltung des Staates. So sehr der Kampf um den deutschen Einheitsstaat ging, so stark konzentrierte sich der innerstaatliche

Kampf um die Bürokratie. Denn erst, wenn der Liberalismus in ihr festen Fuß gefaßt hatte, konnte er auf wirksame Wandlungen im Staatsleben hoffen. Denn mit dem Parlament konnten doch eigentlich nur Anregungen, eventuell auch Gesetze gegeben werden, die staatliche Praxis selbst wurde dadurch nicht umgeändert. So gehen alle die einzelnen Forderungen nach Freiheit der Wahlen, nach Selbstverwaltung, Aufhebung gutherrlicher Polizeiverhältnisse, Aufhebung von Grundsteuerfreiheit, die Forderung nach der Ministerverantwortlichkeit, nach Befreiung der Rechtsprechung von der Verwaltung im wesentlichen darum, entscheidenden Einfluß auf die Bürokratie zu erhalten, sei es nun durch eigene bürokratische Betätigung, oder, mit was der Liberalismus sich vorerst begnügen mußte, durch gesetzliche Einschränkung der Kompetenzen der legitimistischen Bürokratie. Das gelang allmählich auf wirtschaftlichem und geistigem Gebiet⁸⁷. Damit blieb aber der politische Kern der Bürokratie noch fest in den Händen des Legitimismus, der auch nicht durch gesetzgeberische Maßnahmen eingeschränkt werden konnte, sondern abhing von der politischen Macht, die ihn trug. Ihn durch Gewalt zu erobern, war nicht Sache des Liberalismus, mit der moralischen Macht aber gelangte er auch nicht dazu. Vielmehr bleibt er umso festerer Besitz des Legitimismus, solange dieser seine nationale Aufgabe nicht erfüllt hatte. Solange mußte er sich auch des bürokratischen und damit militärischen Kernes versichern, denn ohne ihn verlor er seine innere Macht. Darum war der Legitimismus auch konsequent unerbittlich in dem einen großen Fall, der stark in das Kerngebiet der Verwaltung eingriff: der Militärfrage. Hier riskierte er sogar die finanzielle Verwaltung und einen Verfassungskonflikt. Erst als die nationalpolitische Situation gesichert war, konnte er diesen großen Konflikt liquidieren und mit Erfolg: das Nachsuchen um Indemnität 1866. Für das politische Handeln aber hatte diese legitimistische Position zur Folge, daß von dem Augenblick an, von dem der Liberalismus erkannte, daß er nicht an den Kernpunkt der Verwaltung gelangen konnte, er das ganze Pathos seines Staatsethos aufwandte, um im Namen von Verfassung und Recht bis zur Obstruktion Opposition zu treiben. Es blieb ihm in seiner Lage und

bei seiner geistig-politischen Haltung auch gar nichts anderes mehr übrig. Denn hier ging es um den ganzen konstitutionellen Rechtsstaat überhaupt in dem Sinne des historisch-idealistischen Liberalismus⁸⁸. Lieber begnügte man sich mit kleinen Erfolgen als mit der völligen Aufgabe des Prinzips; man hoffte dabei auf endlichen inneren Umschwung in den Köpfen der legitimistischen preußischen Führer und in der öffentlichen Meinung⁸⁹.

Hiermit, im Zusammenhang mit dem Nationalgedanken und dem Kampf gegen die legitimistische Bürokratie, versteht man das politische Handeln des Liberalismus als ein in die reine Opposition gedrängtes Handeln und als solches als einen Kampf um die politische Existenz der bürgerlichen Gesellschaft. Ihre sozial-gesellschaftliche vermochte sie sich durch ihre wirtschaftliche Leistung auf Grund ihrer Bildungs- und Wissenstradition ohne weiteres zu erwerben, aber die politische Geltung ward ihr stets versagt. Nur in diesem großen Rahmen ist das politische Handeln des Liberalismus in der Zeit der „Neuen Aera“ verständlich und es wird nun zuletzt noch die Aufgabe sein, diesen so gearteten Liberalismus in der Totalität des 19. Jahrhunderts zu sehen und damit die soziologische Bedeutung der „Neuen Aera“ festzustellen.

3. Abschnitt.

Die soziologische Bedeutung der „Neuen Aera“.⁹⁰

Drei Faktoren sind es, welche die „Neue Aera“ also soziologisch tragen: einmal die Umschichtung innerhalb des Gesellschafts- und Zivilisationskosmos zur kapitalistisch-technischen Lebensordnung, damit verknüpft die Entwicklung eines breiten deutschen Bürgertums und einer breiten bürgerlichen Gesellschaft, dann die Tradition an Bildung und Wissen aus dem Anfang des Jahrhunderts, welche die bürgerliche Gesellschaft ihrem Sinne nach umgeformt weitertrugen und drittens die ganze aufgewiesene politische Polarität von Legitimusismus und Liberalismus. In dynamischer Beziehung zueinander stehend, bildeten sie das Leben in der Struktur aus, so wie es im einzelnen gezeigt wurde. Das Wesentliche jedoch in diesem

politisch-soziologischen Rahmen ist aber die Stellung jenes ethisch-historischen Liberalismus: sie ist ihrer ganzen Struktur nach eine Verteidigungsstellung, die in einer latenten Spannung existiert. Das Resultat der bisherigen Betrachtungen zeigt sich realiter also: die Verteidigungsstellung des Liberalismus gegen den Legitimus von der Ideologie aus und die Verteidigungsstellung des bürgerlichen Standes gegen die bürgerliche Klasse bezeichnen die Situation der Periode von 1859—1866. Von hier aus kann noch einmal ein Ueberblick geworfen werden auf die ganze politische Haltung der damaligen Liberalen.

Die Verteidigungsstellung gegen den Legitimus wie gegen die Entwicklung zur Klasse wird gebildet aus dem traditional übernommenen Bildungsgut, das man in die Symbolik der natürlich-sittlichen Gestaltung umbogen hatte, mit welcher allein schon der gute Wille zum höchsten des Tuns erhoben wurde, auch wo das Tun erfolglos blieb, mit der aber auch das ganze reale wirtschaftliche Handeln, das sonst doch nach dem metaphysischen Idealismus ohne eigenen Wert bleiben mußte, symbolisiert und gerechtfertigt werden konnte, indem man es zur Gelegenheit sittlichen Handelns überhaupt stempelte. Denn in dem sittlichen Handeln des Menschen vermochte sich der Liberalismus zu erheben über seine ganze politische Erfolglosigkeit der Vergangenheit und über seine politische Ohnmacht in der Gegenwart, vermochte er aber auch dem jetzigen Sein einen Sinn abzugewinnen und mit der Kraft und Intensität dieses Sinnes sein politisches Wollen immer von neuem bis zur Verzweiflung zum Kampfe anzuspornen. Noch war der Liberalismus nicht so weit gediehen, politischen oder wirtschaftlichen Besitz und die Macht als solche in seinen Sinnzusammenhang als selbständige Werte aufzunehmen. Nur die Leistung als solche, und zwar die persönliche, hatte werthafte Geltung, bestand sie auch nur im Reden und Ueberzeugen. Daher wird dem Liberalismus alles zur Diskussion. Er redet über die politischen Dinge, er redet aber auch über die Arbeiterfrage, weil er beide nicht in eigentlichem

Sinne beherrschen kann. Er ist noch nirgends Macht, d. h. er ist auch nicht Klasse in dem heutigen kapitalistisch-ökonomischen Sinn, sondern Stand in dem damaligen Sinn einer inneren und bildungsmäßigen Verpflichtung dem Ganzen gegenüber. So kennt er noch nicht die Macht der realen Sachlichkeit. Alles ist ein Wachsen, kein Machen, ein Reifen und kein Herstellen ein Wirken und kein Betrieb, Gesinnung und nicht Nützlichkeit oder Notwendigkeit. „Lektüre und Vorlesung, Predigt und Rede, Deklamation und Dialog, damit bildet man Ueberzeugungen, formt man Talente und Charaktere, erweckt man Leidenschaften und zeigt neue Schicksale auf. Damit regiert man am menschenwürdigsten auch den Staat“⁹¹. Darum genießen höchstes Ansehen als öffentliche Wirkungsstätten Universität, Parlament und Theater. In diesem Zusammenhang läßt sich auch die historische Einstellung des Liberalismus verstehen. Denn mit der Historie vermochte man sich am leichtesten über die verlorene Vergangenheit, über die Resignation über das Vergangene hinwegzusetzen, mit ihrer Betonung aber gerade dem Legitismus gegenüber sich gut zu verteidigen. So kommt die ganze geschilderte Einheit der liberalen Geistigkeit aus deren Tradition und realen Situation zustande. Die Stellung der Verteidigung in Verfassung und Recht ist hier, wie schon betont, nichts anderes als der Ausdruck der Erfolglosigkeit im Politischen. Denn überall, wo nicht reale Wirkung des Wortes in erfolgreicher Tat, da stellt sich umso stärker die ideologische Verteidigung des Gewollten ein. Damit ist aber nur die innere Spannung des Liberalismus deutlich, die sich aus der dargestellten Konstellation der Polarität von Legitismus und Liberalismus ergab. Die eigentliche äußere Spannung aber, die mit dieser inneren zusammenhängt, ist eben die von Ethik und Wirtschaft⁹². Von diesen polaren Seiten des Liberalismus her sucht man nun die politischen Begriffe umzuformen und der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer damaligen Struktur gemäß zu bilden, „wobei der Begriff des „Rechts“- d. h. „Privatrechts-Staates“ als Hebel dient und der Begriff des Privateigentums den Globus bildet, dessen Pole Ethik und Oekonomie nur die gegensätzlichen Ausstrahlungen dieses Mittelpunktes sind“,

wie C. Schmitt⁹² es etwas scharf formuliert und damit ethisches Pathos und „material-ökonomische Sachlichkeit“ als die beiden Punkte bezeichnet, zwischen denen hier die schärfste Spannung kultursoziologischer Prägnanz gesehen wird.

Denn damit wird der ganze Zusammenhang des Liberalismus klar: der politisch Begriff der Macht und des Kampfes wird auf der geistig-ethischen Seite zur moralisch überzeugenden Diskussion, auf der wirtschaftlichen zur Konkurrenz, mit dem Ziele, einen Zustand allgemeinen Friedens und Glückes zu schaffen. Der Staat wird zur Gesellschaft von freien und vernünftigen Individuen, die auf der geistig-ethischen Seite zur Menschheit erweitert wird, auf der ökonomisch-technischen zum Produktions- und Verkehrssystem. Der politische Wille wird zum politischen Programm, zum Prinzip; zur Tendenz der geistige Wille, zur Berechnung der ökonomische. Aus dem Volk wird einerseits ein kulturell interessiertes, klassenmäßiges Publikum, andererseits ein Betriebs- und Arbeitspersonal oder eine Masse von Konsumenten. Aus Herrschaft und Macht wird moralgefüllte Propaganda im Geistigen und vor allem im Politischen; im Wirtschaftlichen dann die „Kontrolle“. Zwischen all dem schwankt das liberale Leben: auf der einen Seite seine geistig-ethische Tradition, auf der anderen die ökonomisch-technische Entwicklung und innerhalb dieser Spannung die politische Polarität von Legitimus und Liberalismus. Während also auf der einen Seite die „Neue Ära“ die Periode der wirtschaftlichen und sozialgesellschaftlichen Adäquierung Deutschlands an die neuen Gestalttendenzen Europas war, war sie auf der anderen die letzte entscheidende Auseinandersetzung zwischen Legitimus und Liberalismus. Die Verknüpfung der Errichtung des Einheitsstaates und der Entwicklung Deutschlands zum Kapitalismus und seiner Gesellschafts- und Lebensordnung aus einer ganz besonders starken Sphäre monarchisch-dynastischer partikularer und ständischer Gebunden-

heit machte die besondere Konstellation des deutschen 19. Jahrhunderts und mit ihr der „Neuen Aera“ und des deutschen Liberalismus aus. Durch diese Verknüpfung mußte dieser zu dem Zwitter des Konstitutionalismus kommen, einem Kompromiß zwischen Legitimus und eigentlichem demokratisch-parlamentarischem Liberalismus. Denn in ihm konnten Geschichte und Fortschritt ausbalanciert werden, Macht und Freiheit, Recht und Freiheit, Adel und Bürgertum, Bürgertum und „Volk“, Regierung und Regierte. Das Ganze der staatstechnischen Gestaltung des Liberalismus ist ein System der Gewaltenbalance, wie sie — als Harmonie — in der Gesellschaft unter dem Prinzip der freien Konkurrenz und in dem Dualismus von privater und öffentlicher Lebenssphäre vorgestellt wurde. Darüber aber wurde nun eine irrationale Decke gezogen, die die beginnende Apparaturhaftigkeit des Lebens verdeckte. Dieser Liberalismus mußte mit seiner geistigen Haltung immer mehr zu einem Ueberbau werden, unter dem der Prozeß der Gesellschafts- und Zivilisationsgestaltung weiterfloß und Strukturen schuf, die diese Geistigkeit immer mehr aushöhlen mußten, die im tiefsten noch auf dem ständischen Gesellschafts- und Lebensaufbau fußte. Schon allein dies hätte zu einem Verfall dieses liberalen Kulturtyps führen müssen. Dazu kam aber nun noch die Spannung der politischen Polartät, durch die der Liberalismus mit seiner Haltung immer wieder in einen Lebensprozeß eingreifen mußte, der ihm im Innersten fremd war. So fehlte ihm auch der „große Mann“, der vollbrachte, was seine Zeit wollte, weil er eben in der Verwirrung seiner Spannung nicht die reale Struktur des Politischen in der europäischen Stellung des legitimistischen Preußen sehen konnte. Mußte dieser liberale Typ auch schon der ökonomischen Lebensstruktur weichen: am Politischen mußte er nun erst recht scheitern, weil hier mit der historisch-ethischen Haltung als politischem Glauben

nichts auszurichten war. Gemessen an dieser ganzen Wirklichkeit erscheint dieser liberale Typ immer noch als ein Biedermeier-Typ, der seinen Sinn umso mehr verlor als aus der statisch-ständischen Gesellschafts- und Lebensordnung die dynamisch-ökonomisch-technische wurde. In der „Neuen Aera“ ist nun die Spannung am stärksten, die 1866 auch zerriß und sich ausdrückte in der Einwilligung in Bismarcks preußisch-deutsche Politik (in der Nachsuchung um „Indemnität“) und in der Gründung der Nationalliberalen Partei 1867.

In dieser Spannung ist also die kultursoziologische Einheit der „Neuen Aera“ zu sehen, in ihr liegt aber auch die soziologische Bedeutung derselben. Von hier aus läßt sich die Einordnung der „Neuen Aera“ vollziehen in den Sinnzusammenhang, den das Heute als Vision der Vergangenheit entgegenhält, in dem sie das Vergangene als Lebendiges versteht und wirken läßt. Jede Zeit sieht die Vergangenheit in einem Verstehensbild, das ihrer historisch-soziologischen Sinngebung des Lebens überhaupt entspricht. Unser Heute sieht aber die politische Vergangenheit des Liberalismus der „Neuen Aera“ in einem tragischen Bilde, nämlich in der Tragik der deutschen Nationalität. Denn nicht die Anpassung Deutschlands an die neuen Gestalttendenzen der europäischen bürgerlichen Gesellschaft und in deren Folge die Umschichtung der staatlichen und politischen Verhältnisse brachte den Liberalismus, sondern an der Nationalidee entstanden erst Liberalismus und bürgerliche Gesellschaft. Und deren gemeinsames Werden in einer großen politischen Polarität und aus einer unerschütterten ständischen Lebens- und Gesellschaftsordnung bedingte dann die Gestalt beider. In der „Neuen Aera“ wird der Nationalgedanke aber aus seiner Verbundenheit mit dem europäischen Humanitätsgefühl und Kulturbewußtsein herausgehoben und in den legitimistischen, machtpolitischen, durch alte Tradition gepflegten Boden gesetzt. Das Entscheidende in dieser Epoche ist nicht die technische Staatsgestaltung, die vom Liberalismus gefordert wurde, auch nicht die politische Freiheit seiner gesellschaftlich-zivilisatorischen Existenz wegen, sondern die endgültige Beanspruchung des Nationalgedankens durch den Legitimus und

seine Behauptung durch dessen rein machtpolitische Haltung. Damit aber wurde der Nationalgedanke auf dieselbe Ebene geschoben, auf der die wirtschaftliche technische Entwicklung verlief: beide trafen sich in ihrer Machtstruktur, in ihrem Abgelöstsein von jeglicher Kultur und Humanität. Deshalb erscheint der damalige Liberalismus als *illusionistische Ideologie par excellence*, da er gezwungen war, nur mit geistig-ideologischen Waffen zu kämpfen und zwar mit der Freiheitsliebe für die deutsche Einheit. Dadurch aber ist gerade die freiheitliche Staatsentwicklung nicht organisch zur Entfaltung gekommen wie in den anderen europäischen Staaten. Während sich dort Kapitalismus und Demokratie korrelativ entwickeln konnten, weil sie einander bedingten, konnte sich in Deutschland nur der Kapitalismus nicht aber die Demokratie gleichzeitig mit ihm entwickeln, sondern nur der stets von dem legitimistischen politischen Einheitswillen großpreußisch-europäischer Prägnanz abhängige konstitutionelle Liberalismus. Denn als die deutsche Einheit im legitimistischen Sinne geschaffen war, vermochte sie nicht mehr, sich zur Demokratie umzuwandeln, so daß auch die innere wie die äußere Staatsentwicklung dem Legitimus verblieb, der sich den kapitalistischen Interessen der bürgerlichen Gesellschaft durchaus anzupassen wußte und so allen Wind aus den Segeln demokratischen Staatswillens nahm. Darin liegt die tragische soziologische Bedeutung der „Neuen Aera“, daß sie für fast zwei Generationen entschied, wer in Deutschland den politischen Willen des Volkes führen sollte. Die politische Willensbildung blieb von da ab bis ins 20. Jahrhundert hinein den alten politischen Gewalten vorbehalten: der Dynastie und dessen Stützen, die sich um eine, das industrielle Bürgertum, vermehrt hatten. Ueber diese politische Struktur fiel dann die Krise, in der wir heute stehen, die durch das Schicksal des Weltkrieges heraufgeführt wurde. Aber trotzdem bleiben auch heute noch in Deutschland gerade durch diese Situation beide Seiten politischer Gestaltung, die einheitliche und die freiheitliche, zusammen bestehen. Beide sind noch nicht im europäi-

schen Sinne gelöst. Das ist die Aufgabe der Zukunft, die eben in dieser tragischen Verknüpfung von Einheit und Freiheit nur durch eine umgreifende Idee lösbar scheint, die aus der nur-deutschen Umgebung in gesamteuropäische Perspektiven eingeordnet werden muß.

Anmerkungen.

1. Siehe hierzu die Arbeiten von Alfred Weber: „Prinzipielles zur Kulturosoziologie“ im Archiv für Sozialwissensch. u. Sozialpolitik, Bd. 47, 1920 und „Ideen zur Staats- und Kulturosoziologie“ Karlsruhe 1929, sowie von K. Mannheim: „Das Problem einer Soziologie des Wissens“, Archiv f. Sozialpol. Bd. 53, 1925, S. 577—652.

2. Siehe dazu A. Weber, „Ideen“, S. 74 ff., der Aufsatz: „Der Kulturtypus und seine Wandlung“.

3. S. J. Plenge, „Realistische Glossen zu einer Geschichte des deutschen Idealismus“, im Archiv für Sozialwiss. und Sozialpolitik, Bd. 32 1911, S. 11/12.

4. Es können hier nicht die Zusammenhänge im einzelnen aufgewiesen werden. Doch ist jener Kulturtyp eine prägnante Bildung des damaligen intellektuell aufgehellten Bürgertums, das aber in engeräumigen, kleinen Verhältnissen lebend mehr oder weniger lokalisiert, sein idyllisches Dasein führte, in sich die protestantische Religiosität bewahrend, die sozusagen in dem Grund und Boden lag, auf dem man seinen Handel und sein Gewerbe trieb.

5. S. Löwenstein, „Hegels Staatsidee, ihr Doppelgesicht und ihr Einfluß im 19. Jahrhundert“, Berlin 1927.

6. Hier ist aber der Ort, darauf hinzuweisen, in welchem hohem Grade diese ganze Entwicklung, dieses ganze Hin und Her von Kräften und Gegenkräften, gesamt-europäisches Schicksal war, in welcher Art eben die deutsche Seite dieses Prozesses symptomatisch für Gesamteuropa wurde, insofern als hier die Gegenkräfte wuchsen, die im 19. Jahrhundert wesentlich die weitere Entwicklung getragen haben. Es ist ja nicht so, daß die französischen Revolutionstendenzen sich geradlinig nach allen Seiten durchgesetzt haben, sondern erst in der bestimmten Umformung, die sie auch in Deutschland gefunden haben, nachdem sie selbst im Jakobinismus und Napoleonismus aggressiv gegen Europa aufgestanden waren (zugleich ihrerseits Ausdruck jener Verflochtenheit, in der Frankreich selbst mit Europa steht). Gerade diese Umformung der revolutionären Kräfte im rheinöstlichen Europa war für Gesamteuropa die Rettung seiner überkommenen staatspolitischen Gliederung (s. A. Weber, „Krise“ S. 41). Ihren sichtbaren Ausdruck fand diese Situation in der „Heiligen Allianz“, dem „deutschen Bunde“, der „Pent-

archie der Großmächte“, ein System staatlich-europäischer Kontrolle. Von ihr hing das weitere staatliche Leben Europas ab; man erkennt, daß es der Legitimus war, in dem sich alle diese Gegenkräfte gesammelt haben.

7. Wie Nadler es in seinem Buche: „Die Berliner Romantik 1800 – 1814“, Berlin 1923 darstellt.

8. Seit dem frühen Naturrecht zum ersten Male in Deutschland die politische Ideenbildung aus dem Philosophischen.

9. Es wird hier der Begriff „Subjektivismus“ und nicht der des Individualismus gebraucht, in der Erkenntnis, daß Individualismus die Sinngabe des Lebens restlos in den einzelnen hineinverlegt, und alle Kultur nur aus ihm in seiner Freiheit entsteht, während mit Subjektivismus bezeichnet wird, daß der Einzelmensch nur insofern Kulturträger und Kulturbildner ist, als er kraft seines So-Seins und gemäß seiner so seienden Umwelt die Verpflichtung hat, ein von ihm Erkann-tes oder ihm „geoffenbartes“ Andere zu verwirklichen. Subjekt bezieht sich stets auf ein Objekt, Objekt ist hier aber das „Andere“. Beim Individualisten fallen Subjekt und Objekt in Eins zusammen.

9a. S. R. Böttger, „Die politische Bedeutung der Philosophie“, Jahrbuch der Gehestiftung Bd. XIV, Dresden 1908, S. 26.

10. Aus einem soziologischen Seminar K. Mannheims, Heidelberg.

11. S. Schmitt-Dorotic, „Polit. Romantik“, 2. Aufl. 1925, S. 22/23.

12. S. Schmitt-Dorotic, a. a. O. S. 24.

13. Schmitt-Dorotic, a. a. O. S. 131: „Daß es zur romantischen Situation gehört, sich zwischen mehreren Realitäten — Ich, Volk, Staat, Geschichte — zu reservieren und sie gegeneinander spielen zu lassen, ist allerdings verwirrend und verdeckt die einfache Struktur ihrer Wesensart. Ein Okkasionalismus mit mehreren durcheinander agierenden „wahren Ursachen“ könnte jeden über seine wahre Natur täuschen. Es ist ein Okkasionalismus, der von einer Realität zur andern entweicht, und von dem „das höhere Dritte“, das okkasional notwendig etwas Entferntes, Fremdes, Anderes enthält, bei der beständigen Abbiegung auf ein anderes Gebiet, zum Andern oder Fremden schlechthin und schließlich, wenn die überlieferte Gottesvorstellung fällt, das Andere, Fremde mit dem Wahren und Höheren eins wird. Erst damit ist die Romantik vollendet.“

14. S. A. Weber, „Krise“ S. 42.

15. W. Dilthey, zitiert bei H. Heller, „Hegel und der nationale Machtstaatsgedanke in Deutschland“ Berlin 1921, S. 90.

16. S. Schmitt-Dorotic, a. a. O. S. 138.

17. S. Schmitt-Dorotic, a. a. O. S. 172.

18. So bei Gunnar Rexius: „Studien zur Staatslehre der historischen Schule“, Hist. Ztschr. Bd. 107, 1911, S. 531: „So lehrt man, daß an dem unveränderlichen Kern der Verfassung, welcher einen Teil der Nation ausmacht, sich vom Wechsel der Zeiten bedingte Bestände

teile als äußere Hülle angliedern, woraus dann die Aufgabe entsteht, die Reformen ohne Verletzung jenes Kerns auf die äußere Schale zu beschränken“.

19. S. A. Weber, „Krise“ S. 43.

20. S. Hegel, Rechtsphilosophie 1821 S. XX.

21. Hegel, zitiert bei Löwenstein a. a. O. S. 2.

22. Hegel, „Philosophie der Weltgeschichte“, S. 160; zitiert bei Fr. Meinecke, „die Idee der Staatsräson“, S. 458.

23. Hegel, „Rechtsphilosophie“ 1821, § 260: „Das Prinzip der modernen Staaten hat diese ungeheure Stärke und Tiefe, das Prinzip der Subjektivität sich zum selbständigen Extrem der persönlichen Besonderheit vollenden zu lassen und zugleich es in die substantielle Einheit zurückzuführen und so in ihm selbst zu erhalten“.

24. Löwenstein, a. a. O. S. 43.

25. S. Heller, a. a. O. S. 94.

26. S. Löwenstein, a. a. O.

27. S. A. Weber, „Krise“ S. 59.

28. S. A. Weber, „Ideen“ a. a. O. S. 75.

29. S. A. Weber, „Krise“, S. 58.

30. S. Löwenstein, a. a. O. S. 72.

31. Im Rheinbund bei Frankreich, in den späteren Befreiungskriegen bei Preußen/Oesterreich und dem bei Oesterreich im Deutschen Bund und 1866.

32. Man erinnere sich der deutschen Vertreter: Rotteck und Welcker vor allem.

33. Hier ist an die „Karlsbader Beschlüsse“, an die Gefangennahme politischer Männer, Verwaltungsschikane, Zensuredikte etc. zu erinnern, die bis weit in die 50er Jahre hinein dauerten.

34. Es war das Wort in jener Rede vom 8. November 1858 an das Staatsministerium: „In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungselementen ... Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist“. Damit wurde dann zugleich das neue Programm aufgestellt, das sich auf die Unzertrennlichkeit des Wohles der Krone von dem Wohl des Landes gründe. S. Gebhardts Handbuch der deutschen Geschichte. hg. v. A. Meister, 6. Aufl. 3. Bd. 1923, S. 109 und Brandenburg, Die Reichsgründung, Bd. 5, 1916, S. 396—434.

35. Dieser Abriß stützt sich vornehmlich auf Brandenburgs „Reichsgründung“ Leipzig 1916; Joh. Ziekursch: „Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreichs“, 1. Bd. „Die Reichsgründung“ Frankf./M. 1925, Heinrich v. Sybel: Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., Hermann Oncken „Rudolf von Bennigsen“, Bd. 1 und auch Gebhardts Handb. d. Deutschen Geschichte Bd. 3.

36. S. Anm. 34.

37. Diese ganze Situation hat Hugo Preuß äußerst klar dargestellt in „Der deutsche Nationalstaat“ Frankfurt/M. 1924: „Diese Problematik der preußischen Großmacht ist das Gegenstück zur Problematik des deutschen Nationalstaates; beide stehen in unlöslicher Wechselwirkung... Im Verhältnis zu Deutschland mußte die preußische Monarchie um ihrer Staatlichkeit willen ihre souveräne Selbständigkeit betonen und damit die staatliche Zerrissenheit Deutschlands vertiefen und befestigen. Dennoch kam sie nicht von Deutschland los, konnte sich gar nicht von ihm lösen wollen, weil sie alle inneren Kräfte ihres Daseins und alle Möglichkeiten ihrer Entfaltung nur aus Deutschland sog.“ S. 12.

38. Dieser „volkswirtschaftliche Kongreß“ hatte sich die Aufgabe gestellt, die praktischen wirtschaftlichen Probleme, die innerhalb des Zollvereins-Gebietes akut wurden, sachlich zu diskutieren und real zu gestalten. Seine Bedeutung war eine ungeheure. Es ist im wesentlichen ihm mitzuverdanken, daß die deutsche Einheit geschaffen wurde, denn durch ihn und seine Theorie des Freihandels ist die wirtschaftliche Seite der Einheit geschaffen worden. Der wirtschaftliche Strukturwandel Deutschlands ist von ihm stark beeinflußt worden; er enthielt die bedeutendsten Köpfe des „wirtschaftlichen Liberalismus“, die sich auch zuerst politisch an Bismarck anschlossen, weil die faktische Einheit wichtiger war als die Art, mit der sie zustandegebracht wurde. Seine Kongresse wiesen folgende Besucherzahlen auf:

1858	1859	1860	1861	1862	1864	1867
108	150	200	322	244	139	359

39. So den preußischen Jahrbüchern, den Grenzboten, den deutschen Jahrbüchern, dann all den Zeitungen und dem Organ des Nationalvereins und auf dessen Jahresversammlungen. S. vor allem hierzu Oncken, a. a. O.

40. S. hierzu das Buch von W. H. Riehl „Die bürgerliche Gesellschaft“, 2. Bd. seiner „Naturgeschichte des Volkes“ Stuttg. 1851.

41. S. oben Anm. 38.

42. Die ersten Genossenschaften, Kreditinstitute und andere sozial-wirtschaftliche Assoziationen entstanden wesentlich zunächst zum Schutze des Handwerks und dehnten sich später auf die Lohnarbeiterklasse aus. Diese suchte man z. Zt. der neuen Aera — da sie vorerst durch den aufstrebenden Kapitalismus Beschäftigung, wenn auch nicht übermäßigen Lohn fanden — mit der „Bildung“ intellektueller Aufhellung und damit Erzeugung eines sittlichen Bewußtseins für ihr Handeln einzufangen. Wie beim Bürger, so sollte auch beim Arbeiter sein „Fortschritt“ beruhen auf Bildung und Arbeit, diese in freier Konkurrenz (s. hierzu die Lehre des Manchestertums vom Kapital).

43. W. Sombart, „Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert“, Berlin 1921. S. 82. (dort gesagt speziell von den Aktien-Gesellschaften).

44. S. hierzu die Dissertation von Gertrud Beushausen „Zur Strukturanalyse parlamentarischer Repräsentation in Deutschland vor der Gründung des Norddeutschen Bundes“. Hamburg 1926.

Die preußische Fortschrittspartei ist ein erster Versuch, die Partei als ein politisches Zweckgebilde zu errichten. Jedoch gründete sie sich doch weitgehend noch auf die Persönlichkeit der sie gründenden Abgeordneten als der politischen Führer.

45. In der 2. Kammer Preußens waren unter allen Abgeordneten Akademiker:

1849: 68 $\frac{0}{0}$; 1855: 63 $\frac{0}{0}$; 1862: 65,5 $\frac{0}{0}$; 1866: 58,5 $\frac{0}{0}$.

S. Beushausen a. a. O. S. 105.

46. S. Beushausen a. a. O. S. 49.

47. S. hierzu: S. Günther, Geschichte der Naturwissenschaften, Bd. 3, erschienen bei Reclam-Leipzig.

48. S. hierzu vor allem W. Windelband „Geschichte der Philosophie“, Tübingen 1924.

49. S. W. Windelband, a. a. O. S. 526.

50. Die ganzen historisch-soziologischen Unterschiede zwischen dem norddeutschen und dem süddeutschen Liberalismus bedürften einer gesonderten Darstellung auf Grund einer Untersuchung der ganz verschiedenartigen Strukturen der Lebenssubstanz, die diese beiden Teile Deutschlands erfüllen, und auf Grund ihres ganz verschiedenen Schicksals, das sie politisch hatten.

51. S. hierzu z. B. Gustav Mayer, „Die Trennung der proletarischen und der bürgerlichen Demokratie in Deutschland 1863-1870“ im Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung 1911 und ders. „Joh. B. v. Schweitzer und die Sozialdemokratie“ Jena 1909, sowie F. Mehrings „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ Bd. 1 Stuttgart 1903 und H. Onckens „Lassalle“. 1920.

52. Zu Worte kamen ständig diese liberalen Führer in ihren Abgeordneten-Reden, in politischen Broschüren, vor allem aber in den preußischen Jahrbüchern, den deutschen Jahrbüchern, den Grenzboten, der Zeitung des Nationalvereins und ihrem politischen Briefwechsel. Ihre politische Intensität war eine ungeheuer leidenschaftliche, wie sie aus der realen Situation und ihrer geistigen Haltung entspringen mußte. Hier seien nur einige der bekannten Namen liberalen Klanges angeführt: R. Haym, M. Duncker, Dilthey, Springer, Neumann, Treitschke in seiner Frühzeit u. a.

53. Bezeichnend hierfür ist folgendes Zitat aus den preuß. Jahrbüchern Bd. XIV, 1864 S. 415/16: „Die sittliche Aufgabe des Einzelnen ist es, die verschiedene Zwecke seines Daseins in richtige Harmonie und Ordnung zu setzen, die sittliche Aufgabe des Ganzen ist es, die verschiedenen Zwecke der Menschheit durch richtige Gliederung der Gesellschaft und richtige Wechselwirkung unter den Gliedern in Harmonie und Ordnung zu bringen“.

54. Darauf ist z. B. auch das Programm der preußischen Jahrbücher ausgerichtet. S. hierzu O. Westphal a. a. O. S. 44—47.

55. Die Gesellschaft als soziales Phänomen zu sehen, wurde der Liberalismus erst mit dem Entstehen der Arbeiterbewegung gezwungen, die ja primär als soziale Bewegung entstand. Die Verständnislosigkeit, die der Liberalismus der „Neuen Aera“ der Arbeiterbewegung entgegenbrachte, läßt sich aus dieser Haltung der bürgerlichen Gesellschaft verstehen. Indem man den Arbeitern die Methode der Selbsthilfe und der Bildung beizubringen versuchte, übertrug man die Mittel, als bürgerliche Gesellschaft zur politischen Macht zu gelangen, auf eine primär sozial bedingte Menschenschicht. Selbsthilfe und Bildung aber konnten dem Proletarier unter den gegebenen kapitalistischen Umständen nicht seine soziale Lage verbessern. Hier liegen also auch die Wurzeln der Verselbständigung der Arbeiterbewegung und ihre Loslösung vom Nationalverein.

56. S. O. Westphal a. a. O. S. 204.

57. So vor allem Haym, Dilthey, auch Ranke. S. O. Westphal a. a. O. S. 254 f. Das geht so weit, daß z. B. Ranke von einer Auslöschung seiner selbst spricht, nur um die Wirklichkeit in ihrem unmittelbaren Dasein zu erfassen. Typisch ist auch Haym: „... frei in den fortfließenden Strom der Geschichte hineinzutreten und mit angestemtem Geist in seine Wogen hineinschauen.“ S. O. Westphal a. a. O. S. 203. Oder auch in den preuß. Jahrbüchern Bd. VII., 1860/61 S. 392: „Denn die ganze Bewegung der Geschichte besteht in einer fortwährenden und ausgleichenden Versöhnung zwischen den gleichberechtigten Mächten des Beharrens und der fortschreitenden Geistesfreiheit.“

58. So vor allem Dilthey. S. Westphal a. a. O. S. 239—241.

59. Von dieser sittlichen Harmonie aus ist vor allem die geistige Haltung des wirtschaftlichen Kapitalismus (Freihandelslehre, Manchester-Ideologie) verstehbar. Alles Tun des Menschen, auch das wirtschaftliche, wird hier in die sittliche Totalität des Seins eingeordnet, die als sittliche eine harmonische ist. In ihr liegt das Prinzip des wirtschaftlichen Interessenausgleichs, der der gesellschaftlich-zivilisatorischen Struktur des Bürgertums entsprechend nur in der Freiheit des Wirtschaftens bestehen konnte. In diesem Zusammenhang wurde auch der Kapitalismus gezogen, der ebenfalls nicht in einem bloßen Mehrerwerb von Geld gipfelte, sondern in der Möglichkeit der Entbindung sittlicher Kräfte im Einzelnen. Nicht der Besitz selbst gilt als das Sittliche diesem wirtschaftlichen Liberalismus, sondern die Tätigkeit des Erwerbens selbst. Zugleich mit dieser Einstellung ist dann wiederum die Stellung des Liberalismus zum Arbeiter abhängig: die Predigt von der Selbsthilfe.

60. Vgl. hierzu O. Westphal a. a. O. S. 226—236. Absatz über den Begriff einer geschichtlichen Kultur.

61. Siehe vor allem R. Haym; Vgl. O. Westphal a. a. O. S. 233
 62. Und wie er andererseits die Hand zu dessen Veräußerlichung im Fortschrittsgedanken reichte, der vom naturwissenschaftlichen und technischen Denken ausging.

63. Vgl. hierzu Westphal a. a. O. S. 236, S. 248.

64. Vgl. hierzu Westphal a. a. O. S. 291—303.

65. So z. B. typische Sätze wie: „Der Staat ist der kategorische Imperativ, die ethische Anforderung an die Gesamtheit“. Preuß. Jahrb. Bd. XI, 1863. S. 328. Oder: „Der Staat ist nur eine Erscheinung. . . er ist gleichzeitig ein Postulat, das dem freien Willen gestellt ist“. Preuß. Jahrb. Bd. XIV. (1864) S. 315.

Auch hier läßt sich die Analogie ziehen zum wirtschaftlichen Liberalismus: war dort nicht der Besitz sondern die Tätigkeit des Erwerbens das eigentlich Sittliche, so hier nicht der politische Erfolg, sondern gesinnungsgemäßes politisches Handeln.

66. S. Westphal a. a. O. S. 207—219.

67. Vgl. hierzu Westphal a. a. O. S. 207—219.

68. Für diese Haltung typisch ist jener Satz aus den preuß. Jahrbüchern Bd. III (1859) S. 369: „. . . wir sind reicher als die Franzosen an politischer Bildung (lies: historische Bildung), an klarer Erkenntnis unserer staatlichen Zwecke und vor allem reicher an öffentlicher Moral“.

69. Vgl. hierzu Westphal a. a. O. S. 278—290.

70. So sagt Dilthey: „Ohne das sichere Gefühl des Bürgers wäre uns das Leben nicht mehr lebenswert“ zitiert bei O. Westphal a. a. O. S. 293.

71. S. Westphal a. a. O. S. 281.

72. Vgl. hierzu z. B. die Schilderungen W. H. Riehls in seiner „bürgerlichen Gesellschaft“. Stuttgart 1851.

73. Vgl. hierzu Westphal a. a. O. S. 255—269.

74. Hierzu typisch eine Wendung in den preuß. Jahrbüchern Bd. VI. (1860). S. 32: „Denn darin liegt ja das Charakteristische des Staates als eines Lebendigen, als einer sittlichen Institution, daß er . . . mit den materiellen Leistungen seiner Bürger sich nicht begnügen kann, sondern auf ihre persönlichen Dienste, auf sittliche Faktoren, rechnen muß.“

75. S. Westphal a. a. O. S. 292.

76. Aus den „Grenzboten“. Ztschr. f. Politik und Literatur, hsg. v. Gust. Freytag und Julian Schmidt, 18. Jahrgang. 1859, 2, S. 74.

77. S. Preuß. Jahrbücher, Bd. VII, 1860 S. 384.

78. S. Westphal a. a. O. S. 300 und 301.

79. S. Westphal a. a. O. S. 256.

82. Bis auf die Fälle in den Konfliktsjahren, in denen es politisch-taktische Notwendigkeit war, diesen Fragen selbständige Bedeutung zuzuerkennen, so bei der Frage der Umwandlung des Herrenhauses („liberaler Pairsschub“).

81. Hierzu einige Zitate: Preuß. Jahrb. Bd. VII, 1860, S. 387:

„Als ein Rechtsgrundsatz ist anzuerkennen, das fruchtbarste Ergebnis der methaphysischen Freiheitskämpfe des vergangenen Jahrhunderts die Wahrheit, der Bürger soll vom Staate nie bloß als Mittel benutzt werden. Sodann: jede Wirksamkeit der Regierung ist segensreich, welche die Selbsttätigkeit der Bürger hervorruft, fördert, läutert . . . und jener Staat ist der sittlichste, welcher die Kräfte der Bürger zu den meisten gemeinnützigen Werken vereinigt und demnach einen jeden, unberührt vom Zwange des Staates und der öffentlichen Meinung, aufrecht und selbständig seiner persönlichen Ausbildung nachgehen läßt.“

Preuß. Jahrb. Bd. XIV (1864) S. 416: „Alles Recht ist nichts anderes als ein Minimum sittlicher Pflichten für das äußere Zusammenleben.“

Daselbst S. 421: „Darum ist Selbsthilfe und Selbstverantwortlichkeit das einzige Heilmittel für unsere Zeit, wenn hiermit das Prinzip ausgesprochen werden soll, daß nur solche Aenderungen dauernd etwas frommen, die das innere Selbst, das Denken und Wollen der arbeitenden Klassen umwandeln.“

Daselbst S. 421: „Die Forderung der Selbsthilfe und der Selbstverantwortlichkeit der arbeitenden Klassen ist richtig verstanden nichts anderes als die Anerkennung des großen Satzes, daß alles menschliche Handeln und Betreiben aus den inneren sittlichen Grundlagen des Menschen entspringt, daß die Welt mehr von innen nach außen als von außen nach innen umgestaltet werden muß“.

Solche Beispiele könnten in Dutzenden zitiert werden.

82. S. Westphal a. a. O. S. 258.

83. S. Westphal a. a. O. S. 205/206.

84. So schildert H. Oncken in „Rudolf v. Bennigsen“ Stuttgart 1910:

„Duncker dachte sich den künftigen Nationalverein als einen einmütigen Chorus der öffentlichen Meinung in Nord und Süd, aus dessen brausendem Zuruf Preußen das moralische Recht zur diplomatischen Durchführung seiner Bundesreform herleiten sollte“ Bd. 1 S. 337.

oder v. Unruh: „Die Herzen müssen durch energisches Auftreten Preußens in der nationalen Frage, durch sicheres Ergreifen jeder passenden Gelegenheit erobert werden“.. Zitiert bei Oncken a. a. O. S. 341. Bd. 1.

Sehr treffend ist Onckens Schilderung dieser Haltung bei Bennigsen und der ganzen Stellung der Liberalen zu Nord- und Süddeutschland auf S. 443 des 1. Bds. zum Ausdruck gebracht.

85. S. hierzu die Schilderungen Oncken's a. a. O. Bd. 1 über den Frankfurter Fürstentag und den ersten Abgeordnetentag. S. 603 ff.

86. So z. B. das Zitat eines Briefes Bennigsen's an Reyscher in Oncken a. a. O. Bd. 1 S. 376, die Ausführungen S. 436 ff., das Zitat eines Briefes Bennigsen's an Böhmert Bd. 1, S. 499, usw.

87. Hier setzten sich ja auch in der Verwaltung die wirtschaftlichen Freiheiten wie Gewerbe-, Handelsfreiheit, die Freizügigkeit, die Verkehrsfreiheit usw. durch. Ebenso die Freiheit der privaten Sphäre des Individuums in der Zivilehe, dann die Freiheiten von Rede und Druck (soweit sie nicht aus Opportunismus beschränkt wurden; jedoch nie prinzipiell.) S. Bismarcks Presseordonanz vom 1. Juni 1863.)

88. Für diese ganze Haltung kann von der dritten Generalversammlung des Nationalvereins 1862 Oncken a. a. O. Bd. 1, S. 585 zitiert werden jenes Bekenntnis, das zur Reichsverfassung von 1849 abgelegt wurde: „Dem Rechtsbewußtsein der Nation und ihrem Verlangen nach Macht und Freiheit entspricht nur eines: Die Ausführung der Reichsverfassung vom 28. März 1849 samt Grundrechten und Wahlgesetz, wie sie von den legal erwählten Vertretern des Volkes beschlossen sind. Auf die Verwirklichung dieses Rechts, vor allem auf die Berufung eines nach den Vorschriften des Reichswahlgesetzes gewählten Parlaments mit Ernst und Kraft zu dringen, ist die Aufgabe der nationalen Partei“. Oder aus der Ausschußsitzung des Nationalvereins am 13. und 14. Mai 1866: zitiert bei Oncken a. a. O. Bd. 1 S. 709: „Solange die preußische Verfassung ein toter Buchstabe ist, wird unsere Nation niemals an eine deutsche Verfassung glauben, welche ihr von Preußen in Aussicht gestellt wird, geschweige denn durch solche Aussicht in eine tiefgehende Bewegung (den Krieg mit Oesterreich) setzen lassen.

89. S. Oncken a. a. O. Bd. 1, S. 528/553 und 577.

90. Zu diesem Kapitel vgl. die Analysen des Imperialismus von Karl Schmitt in „Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus“, München 1923 und „Der Begriff des Politischen im Archiv f. Sozialw. und Sozialpol. Bd. 58, 1927 S. 28 ff.

91. Siehe W. Hellpach: „Die Krisis des deutschen Parlamentarismus“, Karlsruhe 1927, S. 9 und S. 10.

92. Siehe Karl Schmitt: „Das Wesen des Politischen“, a. a. O. S. 29.

Literaturverzeichnis.

- Ackermann: Gustav von Struve. Dissertation Heidelb. 1914.
- Altmann, W.: Ausgewählte Urkunden zur deutschen Verfassungsgeschichte seit 1806. 2 Bde. 1898.
- Arndt, E. M.: Staat und Vaterland, in der Sammlung: „Der deutsche Staatsgedanke“. München 1921.
- Aulard, A.: Politische Geschichte der französischen Revolution. München 1924.
- Bassermann, Fr. v.: Denkwürdigkeiten 1811—1855. Frankfurt/M. 1926.
- Bauer, Bruno: Deutschland während der Zeit der französischen Revolution in „Geschichte der Politik, Kultur und Aufklärung“, Bd. II. Charlottenburg. 1843/44.
- Bauer, Edgar: Geschichte der konstitutionellen und revolutionären Bewegungen. 3 Bde. 1845.
- Die Parteien. Politische Revue Hamburg 1845.
- Baumgarten, G.: Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik. Preußische Jahrbücher. Bd. 18. 1866.
- Reden und Aufsätze. Hg. von E. Marcks, 1894.
- Becker, J.: Das deutsche Manchestertum. Dissert. Bern 1907.
- Beiträge zur Parteigeschichte. Herausg. v. Adalbert Wahl, 9. Bde. Tübingen 1910 ff.
- Bennigsen, R.: Reden. Hg. von Schultze-Thimme. Bd. 1. 1911.
- Berger, L.: Der alte Harkort. Leipzig 1902.
- Bergsträßer, L.: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. Mannheim 1926.
- Die parteipolitische Lage beim Zusammentritt des Vorparlaments. Ztschr. f. Politik, Bd. VI. 1913.
- Die Parteien von 1848. Preuß. Jahrb. Bd. 177. 1919.
- Die Verfassung des deutschen Reiches vom Jahre 1849. Bonn 1913.
- Geschichte der Reichsverfassung in „Archiv des öffentl. Rechts“. Beilageheft 3. 1914.
- Das Frankfurter Parlament und die deutsche Gegenwart. Berlin 1923.
- Kritische Studien zur Konfliktzeit in „Historische Vierteljahrsschrift“. Jahrgang XIX. 1919.

- Bernhardi, Th. v.: Aus meinem Leben; Tagebuchblätter, Bde. IV-VI. Lpzg. 1895.
- Beushausen, G.: Zur Strukturanalyse parlamentarischer Repräsentation in Deutschland vor der Gründung des Norddeutschen Bundes. Diss. Hamburg. 1926.
- Biedermann, K.: Das erste deutsche Parlament. Breslau 1898.
- Biese, Alfred: Deutsche Literaturgeschichte, Bd. 3. München 1911.
- Binding, K.: Der Versuch der Reichsgründung durch die Paulskirche 1848/49. Leipzig 1892.
- Bismarck, O. v.: Gedanken und Erinnerungen. Stuttgart 1908.
- Bluntschli, J.: Charakter und Geist der politischen Parteien 1869.
- Böttger, Richard: Die politische Bedeutung der Philosophie. Im Jahrbuch der Gehe-Stiftung. Bd. XIV, 6. Dresden 1908.
- Bourgin, G.: Die französische Revolution in Weltgeschichte in gemeinverständlicher Darstellung, Hg. v. L. M. Hartmann Bd. 7. München 1923.
- Brandenburg, E.: Die Reichsgründung, 2. Bde. Leipzig 1916.
Dazu Untersuchungen und Aktenstücke.
— Die deutsche Revolution 1848. Leipzig 1917.
- Brinkmann, C.: Die Umformung der kapitalistischen Gesellschaft in geschichtlicher Darstellung im Grundriß der Sozialökonomik, Abt. IX, I. Tübingen 1926.
- Brode, R.: Max Dunckers Anteil an der deutschen Geschichtsschreibung in Forschungen z. brandenb.-preuß. Gesch. Bd. VI, 1893.
- Dahlmann, F. C.: Die Politik. Klassiker der Politik, Bd. 12, 1924.
- Dankworth, H.: Das alte Großdeutschum. Frankfurt/M. 1925.
- Dehio, L.: Benedikt Waldeck. Histor. Ztschr. Bd. 136. 1927.
— Die preußische Demokratie und der Krieg von 1866 in Forschungen zur brandenb./preuß. Gesch. Bd. 39, 1927.
- Delbrück, R.: Lebenserinnerungen 1817—1867, 2 Bde. Berlin, 1905.
- Dietzel, H.: Das 19. Jahrhundert und das Programm des Liberalismus. Bonn 1910.
- Duckwitz, A.: Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben 1841—1866. Bremen 1877.
- Dunker, M.: Zur Geschichte der deutschen Reichsversammlung 1849.
— Politischer Briefwechsel, hrsg. v. J. Schultze 1923.
- Elkuß, S.: Zur Beurteilung der Romantik und zur Kritik ihrer Erforschung. Hist. Bibliothek, Bd. 39. 1918.
- Enax, K.: O. v. Manteuffel und die Reaktion in Preußen. Dissert. Leipzig 1907.
- Ernst II Koburg: Aus meinem Leben und aus meiner Zeit, 3 Bde. 1887/89.
- Feißkohl, K.: Ernst Keils publizistische Wirksamkeit und Bedeutung. Leipzig 1914.

- Ficker, J.: Das deutsche Kaisertum in seinen universalen und nationalen Beziehungen. 1861.
- Deutsches Königtum und Kaisertum. 1862.
- Frahm, A.: Paulskirche und Volkssouveränität. Hist. Ztschr. Bd. 130. 1924.
- Frantz, C.: Kritik aller Parteien. Berlin 1862.
- Die Wiederherstellung Deutschlands. Berl. 1865.
- Freytag, G.: Vermischte Aufsätze aus den Jahren 1848/49. 2 Bde. Leipzig 1903.
- Briefwechsel mit H. v. Treitschke. Leipzig 1900.
- Im Briefwechsel mit Herzog Ernst, hrsg. von E. Tempelhey. 1904.
- Friedjung, H.: Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859—1866. 2 Bde. Stuttgart. 1900.
- Gratz, W.: Der deutsche Liberalismus im 19. Jahrhundert in „die Entwicklungsgeschichte der großen politischen Parteien in Deutschland“, Heft 2 der Schriften der deutschen Gesellschaft für Politik an der Universität Halle/Wittenberg. 1922.
- Grambow, L.: Die Deutsche Freihandelspartei zur Zeit ihrer Blüte. Jena 1903.
- Grenzböten: Zeitschr. Jahrgänge 1859—1866.
- Griewank, K.: Vulgärer Radikalismus und demokratische Bewegung in Berlin 1842—1848.
- in Forschungen zur brandenb./preuß. Gesch. Bd. 36, 1924.
- Großdeutsch-Kleindeutsch: in Sammlung „Der deutsche Staatsgedanke“, München 1922.
- Günther, S.: Geschichte der Naturwissenschaften Bd. 3, bei Reclam, Leipzig.
- Häußer, L.: Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badischen Revolution. Heidelberg 1851.
- Haufe, R.: Der deutsche Nationalstaat in den Flugschriften von 1848/49, Leipzig 1915.
- Haym, R.: Das Leben Max Dunckers. Berlin 1891.
- Aus meinem Leben. Berlin 1902.
- Die deutsche Nationalversammlung, 3 Bde. 1850.
- Hefele, H.: Demokratie und Liberalismus in „Hochland“, Jahrg. 22, 1924.
- Hell: Bismarck und der Konstitutionalismus, Dissertation, Kiel 1912.
- Heller, H.: Hegel und der nationale Machtstaatsgedanke in Deutschland. 1921.
- Die politischen Ideenkreise der Gegenwart, Breslau 1926.
- Hellpach, W.: Die Krisis des deutschen Parlamentarismus, Karlsruhe, 1927.
- Heyderhoff, J.: Joh. Fr. Lenzenberg, der erste rheinische Liberale, Düsseldorf 1909.
- Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks, Bd. 1. Frankfurt a. M. 1925.

- Ein Brief Max Duncikers an Herm. Baumgarten über Junkertum und Demokratie in Preußen. Hist. Ztschr. Bd. 113. 1914.
- Karl Twestens Wendung zur Politik und seine erste politische Broschüre. Hist. Ztschr. Bd. 126. 1922.
- Rudolf von Haym und Karl Twesten. Ein Briefwechsel über positive Philosophie und Fortschrittspolitik 1859—1863. Preuß. Jahrb. Bd. 161. 1915.
- Humboldt, v. W.: Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen.
Ges. Schriften. Bd. 1. Ausg. d. preuß. Akademie der Wissenschaften. Berlin 1903.
- Hofmann, J.: Gustav Freytag als Politiker. Leipzig 1922.
- Honegger, H.: Vom Geist des Liberalismus. Archiv für Politik und Geschichte. Bd. IV. 1925.
- Jacoby, J.: Die Grundsätze der preuß. Demokratie. Berlin 1858.
Jahrbücher, Deutsche 1861—1863.
Jahrbücher, Preussische 1858—1866.
- Jellinek, G.: Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. Leipzig 1919.
- Kaufmann, G.: Politische Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert. 1900.
- Klein-Hattungen, O.: Geschichte des deutschen Liberalismus. Bd. 1, Berlin 1911.
- Koigen, D.: Zur Vorgeschichte des modernen philosophischen Sozialismus in Deutschland. Bern 1901.
- Koser, R.: Zur preußischen Geschichte im 19. Jahrhundert. Forschungen zur brandenb./preuß. Gesch. Bd. III. 1890.
- Krause, H.: Die demokratische Partei von 1848 und die soziale Frage. Frankfurt/M. 1923.
- Lammers, K.: Die geschichtliche Entwicklung des Freihandels.
- Laube, H.: Das erste deutsche Parlament. 3 Bde. Leipz. 1849.
- Lederer, E.: Das ökonomische Element und die politische Idee im modernen Parteiwesen. Ztschr. f. Politik. Bd. V, 1912.
- Lenz, Friedr.: Staat und Marxismus. 2 Bde. Stuttgart, 1922/24.
- Lenz, M.: Die großen Mächte. 1900.
- Geschichte Bismarcks. 1911.
- Löwenstein, J.: Hegels Staatsidee, ihr Doppelgesicht und ihr Einfluß im 19. Jahrhundert.
Philosoph. Forschungen Bd. IV, Berlin 1927.
- Lotz, W.: Die Ideen der deutschen Handelspolitik von 1860—1892. Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 50. Leipzig 1892.
- Lukacs, G.: Geschichte und Klassenbewußtsein Berlin 1923.
- Maier: Die geistesgeschichtlichen Grundlagen der konstitutionellen Theorie. Tübingen 1914.
- Mang, R. Le: Deutscher Nationalverein, Berlin 1909.

- Mayer, Georg: Die Freihandelslehre in Deutschland in „Deutsche Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftslehre. Bd. 4. 1927.
- Mayer, Gustav: Die Trennung der proletarischen und der bürgerlichen Demokratie in Deutschland 1863—1870 im Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. 1911.
- Joh. B. v. Schweitzer und die Sozialdemokratie. Jena 1909.
- Die Anfänge des politischen Radikalismus im vormärzlichen Preußen. Ztschr. f. Politik VI, 1913.
- Mehring, Fr.: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Bd. 1, Stuttgart 1903.
- Meinecke, Fr.: Weltbürgertum und Nationalstaat. München 1922.
- Die Idee der Staatsraison. München 1925.
- Preußen und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. München 1918.
- Zur Geschichte des älteren deutschen Parteiwesens. Hist. Zeitschr. 118. 1918.
- Radowitz, Bd. 2. 1913.
- Joh. v. Radowitz, ausgewählte Reden und Schriften, Sammlung „Der deutsche Staatsgedanke“, München 1921.
- Republik, Bürgertum und Jugend. Frankfurt/M. 1924.
- Alfred Dode und der klassische Liberalismus im neuen Reiche. 1925.
- Meinecke-Festschrift: Deutscher Staat und deutsche Parteien. 1922.
- Metzger, Wilh.: Gesellschaft, Recht und Staat in der Ethik des deutschen Idealismus. 1917.
- Mises, B.: Liberalismus. Jena 1927.
- Müsebeck, K.: Die ursprünglichen Grundlagen des Liberalismus und Konservatismus in Deutschland, im Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine. Berlin 1915.
- Nadler, J.: Die Berliner Romantik 1800—1814. Berlin 1923.
- Nelson, L.: Die philosophischen Grundlagen des Liberalismus. München 1910.
- Neumann, H.: Franz Wilhelm Ziegler. Ein Beitrag zur Geschichte der liberalen Opposition in Preußen (1803—1876). Dissertation Berlin 1922.
- Nirrnheim, O.: Das erste Jahr des Ministeriums Bismarck und die öffentliche Meinung. Heidelberger Abhandlungen, Bd. 20, 1908.
- Obser, K.: Briefe K. Schlossers und Ludwig Häußers an Großherzog Friedrich I. von Baden in Ztschr. f. d. Geschichte des Oberrheins. Bd. 36. Neue Folge. 1921.
- Oesterreich, Tr. K.: Die deutsche Philosophie des 19. Jahrhunderts in Fr. Ueberwegs Grundriß der Geschichte der Philosophie. Berlin 1923.
- Oncken, H.: Rudolf v. Bennigsen. 2 Bde. Stuttgart 1910.
- Bennigsen und die Epoche des parlamentarischen Liberalismus in Deutschland und Preußen. Hist. Ztschr. Bd. 104, 1910.

- Großherzog Friedrich I. und die deutsche Politik von 1854—1871. 2 Bde. 1927.
- Lassalle. 1920.
- Bismarck, Lassalle und die Oktroyierung des gleichen und direkten Wahlrechts in Preußen während des Verfassungskonfliktes. Preuß. Jahrb. Bd. 146. 1911.
- Der Nationalverein und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung 1862/63.
Im Archiv für die Gesch. d. Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Bd. II. 1912.
- Oppenheim, H. G.: B. Fr. L. Waldeck, der Führer der preußischen Demokratie. Berlin 1880.
- Parisius, L.: Hoverbeck. 2 Bde. Berlin 1897/1900.
- Die politischen Parteien unter dem Ministerium Bismarcks. 1878.
- Pauls, E. E.: Der politische Biedermeier. Lübeck 1925.
- Pfizer, P. A.: Briefwechsel zweier Deutscher. 1831 (1911).
- Politische Aufsätze und Briefe in der histor. polit. Bücherei v. Küntzel, Heft 3. Frankfurt/M. 1924. —
- Philippovich, E. v.: Die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Ideen im 19. Jahrhundert, im Grundriß der Sozialökonomik. Abt. I. 1. Tübingen 1924.
- Die Aenderungen unserer Wirtschaftsverfassung im 19. Jahrhundert. Wien 1895.
- Philippson, M.: Max von Forckenbeck. Leipzig 1898.
- Planck, K. Chr.: Deutsche Zukunft. Sammlung „Der deutsche Staatsgedanke“. München 1923.
- Plenge, Joh.: 1789 und 1914. Berlin 1916.
- Realistische Glossen zu einer Geschichte des deutschen Idealismus. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 32. 1918.
- Pohle, Ludw.: Das deutsche Wirtschaftsleben im 19. Jahrhundert, Leipzig 1921.
- Politischer Katholizismus, in der Sammlung „Der deutsche Staatsgedanke“ München 1924.
- Poschinger, H. v.: Erinnerungen aus dem Leben von v. Unruhs. Stuttg. 1895.
- Fürst Bismarck und die Parlamentarier. Berl. 1894/95.
- Preuß, H.: Der deutsche Nationalstaat. Frankf./M. 1924.
- Die Wandlungen des deutschen Kaisergedankens. Berlin 1917.
- Quarck, M.: Die erste deutsche Arbeiterbewegung 1848/49. 1924.
- Rachfahl, F.: Die deutsche Politik Friedr. Wilhelms IV. im Winter 1848/49. 1919.
- Radbruch, G.: Grundzüge der Rechtsphilosophie. 1914.
- Rapp, A.: Der Deutsche Gedanke, seine Entwicklung im politischen und geistigen Leben seit dem 18. Jahrhundert. Bücherei der Kultur und Geschichte, Bd. 8. 1920.

- Die Württemberger und die nationale Frage 1863—1870. Stuttgart 1910.
- Rexius, G.: Studien zur Staatslehre der historischen Schule. Histor. Zeitschr. Bd. 107. 1911.
- Riehl, W. H.: Die Naturgeschichte des Volkes, Bd. 2: Die bürgerliche Gesellschaft. Stuttgart. 1851.
- Ritter, G.: Die preußischen Konservativen und Bismarcks deutsche Politik von 1858—1866. Heidelberger Abhandlungen, Bd. 43. 1913.
- Rochau, A. L. v.: Grundsätze der Realpolitik. Stuttgart 1859.
- Rohden, P. R.: Die politische Gedankenwelt der Neuzeit. Archiv für Politik und Geschichte. Bde. II, III. 1924.
- Die weltansch. Grundlagen der politischen Theorien; Meinecke-Festschrift, München 1922.
- Röbber, C.: Ausgewählte Aufsätze. Berlin 1902.
- Rosenbaum, L.: Beruf und Herkunft der Abgeordneten zu den deutschen und preußischen Parlamenten 1847—1919. Frankf./M. 1923.
- Rosenkranz, K.: Ueber den Begriff der politischen Partei. Rede zum 18. Januar 1843. Königsberg 1843.
- Rosenzweig, F.: Hegel und der Staat. 2 Bde. Berlin 1920.
- Rotteck, C. v.: Sammlung kleinerer Schriften meist politischen und historischen Inhalts. 3 Bde. Stuttgart 1848.
- Rousseau, J. J.: Der Gesellschaftsvertrag. Berlin 1873.
- Rudel, R.: Geschichte des Liberalismus und der deutschen Reichsverfassung. Guben 1891.
- Salomon, F.: Die deutschen Parteiprogramme. Hefte I und II. Leipzig 1919/20.
- Sartorius v. Waltershausen: Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815—1914. 1923.
- Schauer, K.: Der Einzelne und die Gemeinschaft (1848). Frankfurt/M. 1923.
- Scherr, J.: Deutsche Kultur- und Sittengeschichte. 1897.
- Schmitt-Dorotic, K.: Politische Romantik. 2. Aufl. 1925.
- Schmitt, K.: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus; Bonner Festgabe für E. Zitelmann. 1923.
- Das Wesen des Politischen; im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpol. Bd. 58. 1927.
- Schnabel, F.: Deutschland in den weltgeschichtlichen Wandlungen des 19. Jahrhunderts. 1925.
- Schneider, W.: Wirtschafts- und Sozialpolitik im Frankfurter Parlament 1848/49. Frankfurt/M. 1925.
- Schunke, W.: Die preußischen Freihändler und die Entstehung der nationalliberalen Partei. Leipziger hist. Anhandlungen, Bd. 41. 1916.
- Schultheß: Europäischer Geschichtskalender 1861—1866.
- Sieveking, H.: Grundzüge der neueren Wirtschaftsgeschichte vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart; im Grundriß der Geschichtswissenschaft, Bd. II, 2. Leipzig 1915.

- Sombart, W.: Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus. Bd. 3. München 1924.
- Die Ordnung des Wirtschaftslebens; in der Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften, Bd. XXXV.
- Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert. Berlin 1921.
- Der Bourgeois. München 1923.
- Spahn, M.: Zur Entstehung der nationalliberalen Partei. Ztschr. für Politik I, 1908.
- Spickernagel, W.: Der deutsche Liberalismus. Berlin 1920.
- Stahl, Fr. J.: Ueber die gegenwärtigen Parteien in Staat und Kirche. Berlin 1863.
- Stein, L. v.: Geschichte der sozialen Bewegungen in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage. 3 Bde. 1850.
- Steinhausen, G.: Geschichte der deutschen Kultur. Bd. 2. 1913.
- Stillich, O.: Der Liberalismus. Leipzig 1911.
- Sutter, O. E.: Die Linke der Paulskirche. Frankfurt/M. 1924.
- Sybel, H. v.: Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. 3 Bde. 1901.
- Treitschke, H. v.: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Bd. 4/5. 1879/94.
- Historische und politische Aufsätze. 4 Bde. 1897.
- Twisten, K.: Woran uns gelegen ist. Kiel, 1859.
- Valentin, V.: Die erste deutsche Nationalversammlung. München 1919.
- Wahl, Ad.: Die französische Revolution und das 19. Jahrhundert. Zeitschr. für Politik, Bd. I. 1908.
- Beiträge zur Geschichte der Konfliktszeit. Tübingen 1914.
- Beiträge zur deutschen Parteigeschichte im 19. Jahrhundert. Hist. Ztschr. Bd. 104, 1910.
- Weber, A.: Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa. Stuttgart 1925.
- Ideen zur Staats- und Kultursoziologie. Karlsruhe 1927.
- Deutschland und Europa. 1848 und heute. Frankfurt/M. 1923.
- Prinzipielles zur Kultursoziologie. im Archiv für Sozialwissensch. und Sozialpolitik. Bd. 47, 1920.
- Aegypten und Babylonien. Archiv für Sozialwiss. u. Sozialpolitik, Bd. 55. 1926.
- Weber, H.: Der deutsche Zollverein. Leipzig 1869.
- Westphal, O.: Welt- und Staatsauffassung des deutschen Liberalismus. München 1919.
- F. Chr. Dahlmann. Klassiker der Politik. Bd. 12. München 1924.
- Der Staatsbegriff H. v. Treitschkes. Leipziger hist. Abhandlungen Bd. 41. 1916.
- Wiese, L. v.: Der Liberalismus in Vergangenheit und Zukunft. Berlin 1917.

- Windelband, W.: Geschichte der Philosophie. 11. Aufl. Tübingen 1924.
- Wydenbrugg, O.: Die deutsche Nation und das Kaiserreich. München 1862.
- Ziegler, Th.: Die geistigen und sozialen Strömungen Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin 1921.
- Ziekursch, J.: Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreichs, Bd. I. Die Reichsgründung. Frankf./M. 1925.